



# DEMOKRATIE BRAUCHT QUALITÄT!

Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen  
für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus



Roland Roth

# **DEMOKRATIE BRAUCHT QUALITÄT!**

Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen  
für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus



ISBN: 978-3-86872-372-4

Impressum

Herausgegeben von:

Nora Langenbacher  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Berlin  
Projekt „Auseinandersetzung  
mit dem Rechtsextremismus“  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
[www.fes-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de)

Autor:

Professor Roland Roth

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Angela Borgwardt  
Nora Langenbacher

Lektorat:

Barbara Hoffmann

Fotos

*Umschlag:*

Theo Schneider/Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus Berlin (MBR)

*Innen:*

Maurice Reisinger: S. 8, S. 34, S.44; S. 80;  
dpa Picture-Alliance GmbH: S.12;  
Peter Himself: S. 22; Polizei Bayern: S. 41;  
dpa Picture-Alliance GmbH: S. 47;  
© 2010 Violence Prevention Network: S.49;  
Theo Schneider/MBR: S.56;  
Haus Abraham e.V.: S.59; VAJA e.V.: S.61;  
Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit  
und Demokratie: S.62;  
Foto: S.68 (aus rbb Abendschau vom 16.04.2008);  
Unternehmensgruppe Freudenberg: S.70;  
© [www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de): S.72;  
Ramona Behrend (ArcelorMittal Eisenhüttenstadt): S.74;  
PRIMA 2008, Konstantin Normann: S.76

Layout:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck:

Wagemann-Medien, Berlin

© Friedrich-Ebert-Stiftung

## INHALT

Vorwort .....	5
Vorbemerkung .....	6
<b>1 Einleitung:</b>	
<b>Warum Demokratie Qualität im Engagement gegen Rechtsextremismus braucht</b> .....	8
<b>2 Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft</b> .....	12
<b>2.1 Konzepte und Diskussionslinien</b> .....	13
Rechtsextremismus .....	14
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) .....	16
Rassismus .....	17
Antisemitismus .....	18
Faschismus, Nationalsozialismus, Neofaschismus .....	18
<b>2.2 Erscheinungsformen des gegenwärtigen Rechtsextremismus</b> .....	19
Drei Ausprägungen .....	19
Kennzeichen des Rechtsextremismus in Deutschland .....	20
<b>3 Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus als zentrale Bestandteile der Arbeit für Demokratie</b> .....	22
<b>3.1 Bilanz der Bundesprogramme</b> .....	23
„Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) 1992–1997 .....	23
Modellprogramme der rot-grünen Bundesregierung 2001–2006 .....	25
Bundesprogramme seit 2007 .....	26
Kontroversen um die Weiterführung der Bundesprogramme .....	28
<b>3.2 Weiterreichende Perspektiven für die Bundesprogramme</b> .....	29
Eckpunkte zur Ausgestaltung künftiger Programme .....	29
Anregungen für eine neue Runde in der Qualitätsdebatte .....	32
<b>4 Gute Praxis bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus:</b>	
<b>Beispiele aus den Handlungsfeldern Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft</b> .....	34
Untersuchungskonzeption .....	35
Zur Auswahl der Beispiele .....	36
<b>4.1 Handlungsfeld Staat</b> .....	37
Der Staat als zentraler Akteur bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus .....	37
Zur Rolle staatlicher Repression .....	38
Auf dem Weg zu einer „integrierten“ staatlichen Strategie? .....	41
<i>Beispiele guter Praxis</i> .....	41
• <b>Ausschöpfen der rechtlichen Möglichkeiten –</b>	
<b>Repressive Praxis der Polizeidirektion Passau, Bayern</b> .....	41
• <b>Aufsuchende Polizeiarbeit –</b>	
<b>Polizeiliche Prävention im Rems-Murr-Kreis, Baden-Württemberg</b> .....	44
• <b>Phantasievoller Einsatz gerichtlicher Mittel –</b>	
<b>Jugendrichter Andreas Müller am Amtsgericht Bernau, Brandenburg</b> .....	46
• <b>Gefängnisarbeit mit rechtsextremen Straftäter/innen –</b>	
<b>Violence Prevention Network e.V., Brandenburg</b> .....	49
<b>Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Staat</b> .....	51

<b>4.2 Handlungsfeld Zivilgesellschaft</b> .....	53
Zu den Besonderheiten zivilgesellschaftlichen Engagements .....	53
Vorzüge und Grenzen zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus .....	54
Wege zu einer zivilgesellschaftlich orientierten Politik gegen Rechtsextremismus:	
das Beispiel Lokale Handlungsstrategien .....	55
<i>Beispiele guter Praxis</i> .....	56
• <b>Mobile Beratungsteams – MBR Berlin und MBT „Ostkreuz“, Berlin</b> .....	56
• <b>Interreligiöse Projekte – Abrahamhaus in Denkendorf und Stuttgart, Baden-Württemberg</b> .....	59
• <b>Akzeptierende Jugendarbeit – VAJA in Bremen</b> .....	60
• <b>Zusammenschluss von Bürger/innen – Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie, Sachsen-Anhalt</b> .....	62
<b>Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Zivilgesellschaft</b> .....	64
<b>4.3 Handlungsfeld Wirtschaft</b> .....	66
Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen im Umgang mit Rechtsextremismus .....	66
Handlungsmöglichkeiten der Unternehmen .....	67
<i>Beispiele guter Praxis</i> .....	68
• <b>Boycott-Aktion – „Servicewüste für Nazis“ in Berlin-Friedrichshain</b> .....	68
• <b>Engagement für Vielfalt – Unternehmensgruppe Freudenberg / Freudenberg Stiftung</b> .....	70
• <b>Innovatives Bildungsprojekt – „Sozialkompetenz in der Ausbildung“ (SKA), Sachsen</b> .....	72
• <b>Konsequente Umsetzung eines betrieblichen Handlungskonzepts – ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt, Brandenburg</b> .....	74
• <b>Unternehmerisches Engagement und gezielte Integrationspolitik – „Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe“ (AKG) und „Netzwerk Spätaussiedler“, Brandenburg</b> .....	76
<b>Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft</b> .....	77
<b>5 Demokratie über Qualität gestalten und sichern – Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus</b> .....	80
Über die Abwesenheit einer notwendigen Gesamtstrategie .....	81
Gelingensfaktoren guter Praxis in den Handlungsfeldern Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft .....	82
Einige pragmatische Vorschläge zur Stärkung guter Praxis .....	83
Handlungsempfehlungen für eine anspruchsvolle und angemessene Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus .....	86
Abkürzungen .....	96
Literatur .....	98

## Vorwort

Liebe Demokrat/innen,

„Demokratie braucht Demokrat/innen“, so bringt ein vielzitatierter Ausspruch Friedrich Eberts die Relevanz eines engagierten Eintretens mündiger Bürger/innen für unsere Gesellschaft auf den Punkt. Dieses ist besonders dann und dort unverzichtbar, wo demokratische Werte missachtet, Menschenrechte negiert und die Gleichwertigkeit aller in Frage gestellt werden. Um der Gefahr entgegenzuwirken, die einerseits von der extremen Rechten, andererseits von antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft ausgeht, ist das entschiedene Engagement aller gesellschaftlicher Akteure gefragt. Gute Arbeit gegen Rechtsextremismus gelingt im Ganzen nur als gemeinsames und umfassendes Eintreten der Demokrat/innen für Demokratie.

Das kreative Engagement verschiedenster Initiativen und Projekte von Bürger/innen, von Nichtregierungsorganisationen, von Unternehmen und der Politik zeigt auf, dass es bereits eine breite erfolgreiche Praxis in der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gibt. Insbesondere die Bundesförderung hat dazu beigetragen, dass sich in Deutschland gerade in der Zivilgesellschaft ein hohes Maß an Professionalität und Kompetenz entwickeln konnte.

Doch was macht sie aus, die „gute Praxis gegen rechts“? Welche Erfahrungen, Ansätze und

erfolgreichen Beispiele gibt es? Wie können sich Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren und welche Gelingensfaktoren fördern dieses? Und was bedeutet das für eine zukünftige erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus?

Mit diesem Gutachten möchte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung die aktuelle Debatte über erfolgreiche Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus bereichern, nach guten Beispielen und nötigen Rahmenbedingungen fragen und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen aufzeigen.

Unser herzlicher Dank gilt Roland Roth, der im Folgenden Gelingensfaktoren und Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus herausarbeitet und diese an aus gewählten Praxisbeispielen aus den Bereichen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft illustriert. Gedankt sei ebenfalls allen weiteren Beteiligten, die zu dieser Publikation beigetragen haben.

*Nora Langenbacher*  
Projekt „Auseinandersetzung  
mit dem Rechtsextremismus“  
Forum Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung

## Vorbemerkung

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus lebt nicht von Heldentaten, auch wenn Zivilcourage hilfreich sein kann. Sie braucht das Engagement und die Klugheit der Vielen. Ganz in diesem Sinne ist die vorliegende Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Gemeinschaftswerk, auch wenn ich als Autor verantwortlich zeichne.

Meine Überlegungen und Vorschläge gehen zurück auf eine langjährige, praxisorientierte und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit zuweilen bestürzenden Erfahrungen in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland, in dem ich seit 1993 als Hochschullehrer tätig bin. Ziemlich am Anfang standen die Magdeburger Herrentagsereignisse von 1994, als am hellen Tag eine grölende Horde junger Männer aus der rechtsextremen Szene eine Gruppe von dunkelhäutigen Asylbewerbern durch die Magdeburger Innenstadt jagte. Als die Polizei schließlich einschritt, sperrte sie die Opfer ein und behandelte sie entwürdigend, sekundiert von einem Polizeichef, der in der Verfolgungsjagd keine rassistischen Motive, sondern nur die Wirkung von „Sonne und Alkohol“ zu erkennen vermochte. Er musste zurücktreten, und die Leugnung, ein Problem mit einer rechtsextremen Szene zu haben, ist selbst in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts in den Folgejahren seltener geworden. Als die rechtsextreme DVU (Deutsche Volksunion) bei den Landtagswahlen 1998 eine Rekordmarke von 12,9 Prozent erzielte und bei den unter 30-Jährigen zur stärksten Partei avancierte, hatte das zur Folge, dass die schockierte neue Landesregierung mit beachtlichen Mitteln

professionelles und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus förderte.

Solche Erfahrungen führten dazu, dass die Auseinandersetzung mit den Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt in meiner Lehre und in Praxisseminaren an der Hochschule Magdeburg-Stendal wurde. Dabei zeigte sich immer wieder, dass es gerade auch in den neuen Bundesländern nicht nur die oft beklagte Ignoranz, sondern auch viel Engagement und durchaus kompetente Akteure für die Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus gibt. In Sachsen-Anhalt machte sich vor allem der Verein „Miteinander“<sup>1</sup> einen Namen. Er hat das Engagement für Demokratie in diesem Bundesland wesentlich geprägt.

Mit den 2001 aufgelegten Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus vervielfältigte sich diese Praxis vor allem in den neuen Ländern – oft von konservativ geführten Landesregierungen nur unwillig geduldet. Neben phantasievollen und angemessenen Projektansätzen gab es, wie gemeinsame Evaluationen für „Miteinander e.V.“ zeigten, höchst problematische Unternehmungen – oft geboren aus einer phantasielosen Übertragung von westdeutschen und ausländischen Modellen auf eine gänzlich andere Wirklichkeit. So scheiterten z. B. interkulturelle Ansätze schon deshalb regelmäßig, weil es bei einem Anteil von durchschnittlich unter zwei Prozent Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung in den meisten Regionen an einer sichtbaren „anderen“ Kultur fehlte. Die Verfestigung von Stereotypen war eine fast

.....

1 Siehe die Website des Vereins „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.“ (<http://www.miteinander-ev.de/index.php>).



zwangsläufige Folge. Um Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpfen zu können, bedarf es somit einer gezielten Abstimmung der Projekte und Maßnahmen auf den jeweiligen Kontext. Die Erfahrungen mit den Bundesprogrammen, ihren Verantwortlichen, mit der Programmsteuerung, der wissenschaftlichen Begleitung und den flankierenden politischen Debatten markieren ein bis heute kontroverses Themenfeld, mit dem ich mich seit vielen Jahren beschäftige.

Die fehlende Bereitschaft, die Modellprogramme als „lernende Programme“ mit einer starken Beteiligung der geförderten Projekte und ihrer Nutzer/innen anzulegen, ihre Erfahrungen öffentlich und kontrovers zu debattieren, widersprach nicht nur dem so häufig proklamierten Programmziel der Demokratieförderung. Sie blockierte auch notwendige Lernprozesse. Über allem schwebte ein Erfolgszwang, der jede Fehlerfreundlichkeit vermissen ließ und nur noch „Hochglanz“ gestattete.

Dazu hat eine konservative Begleitmusik erheblich beigetragen, die grundsätzliche Zweifel an der zivilgesellschaftlichen Projektarbeit hegte. Das „überschätzte“ Phänomen Rechts extremismus sei bei der Polizei und dem Verfassungsschutz doch in den besten Händen. Und überhaupt, so lautete die reflexartige Antwort, sei man ja gegen jeden Extremismus und die Programme seien „einseitig“. Auch wenn die Extremismus-Formel auf Bundesebene derzeit mit der schwarz-gelben Regierung eine erstaunliche Auferstehung erfährt, deutet sich selbst in den konservativ geführten neuen Bundesländern ein Umdenken an. Mit ihren immer dünner besiedelten Landstrichen haben sie nur eine Zukunft, wenn es ihnen gelingt, Zuwanderung zu ermöglichen. Wo gestern noch die Angst vor „Überfremdung“ bedient wurde, wird heute eine neue Willkommenskultur gefordert. Eine oft latente, aber

auch häufig gewalttätige Fremdenfeindlichkeit wird endlich als eines der größten Probleme für die Zukunftsfähigkeit des Landes benannt. Der Verweis auf einen ominösen „Extremismus“ hilft hier nicht weiter, gefragt ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Auch wenn es in Berlin erneut um das Profil und die Fortsetzung der Bundesprogramme unter der neuen Regierungskoalition geht, stehen in vorliegender Publikation die Landes- und Bundesprogramme nicht im Vordergrund. Der Fokus richtet sich vielmehr auf die gute Praxis von Initiativen und Projekten in Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – unabhängig davon, von wem sie gefördert (oder behindert) werden und in welche Programme sie eingebettet sind. Insgesamt werden 13 Praxisbeispiele vorgestellt, die meines Erachtens besondere Beachtung verdienen. Dass es viel mehr davon gibt, versteht sich von selbst.

Für die Kooperation und Unterstützung der Projektverantwortlichen durch ausführliche Interviews und die großzügige Überlassung von Materialien möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Mein Dank gilt auch in starkem Maße Jutta Aumüller und Frank Gesemann, mit denen ich gemeinsam und weitgehend parallel an der Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gearbeitet habe. Davon hat dieses Gutachten profitiert. Einige Überlegungen und Passagen knüpfen direkt an die gemeinsame Arbeit an. Besonders hilfreich waren die Projektrecherchen von Karin Lenhart, die mir mit ihren Interviews zahlreiche Zugänge zum Feld erschlossen hat.

Schließlich geht mein nachdrücklicher Dank an Nora Langenbacher für ihre ebenso geduldige wie intensive Begleitung und Unterstützung dieses Vorhabens.

*Roland Roth, im Mai 2010*



Einleitung  
**Warum Demokratie Qualität  
im Engagement gegen  
Rechtsextremismus braucht**

## 1 Einleitung

# Warum Demokratie Qualität im Engagement gegen Rechtsextremismus braucht

An Studien über Rechtsextremismus herrscht kein Mangel,<sup>2</sup> auch wenn – noch und immer wieder – viele Fragen offen sind. Zudem haben wir es mit einem Handlungsfeld zu tun, dessen Akteure sehr beweglich sind und das damit schnellen Veränderungen unterworfen ist. Angesichts der Fülle von Darstellungen und Analysen zum Rechtsextremismus fällt es zuweilen schwer, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen. Zudem gibt es schon lange eine große Zahl von Erklärungsansätzen und -ebenen, die häufig eher zur Unübersichtlichkeit als zum Verständnis beitragen.

Es geht in dieser kleinen Expertise um gute Handlungsansätze in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Auch in dieser Hinsicht gibt es bereits einen beachtlichen Erfahrungsschatz. Dennoch kommt es in regelmäßigen Abständen – vor allem bei Haushaltsberatungen – im Bund, aber auch in den Ländern und Kommunen zu heftigen Debatten über die Notwendigkeit, die Bedeutung, das Profil und nicht zuletzt über die Wirkungen von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und verwandte Erscheinungen.

Eine zentrale Botschaft dieser Publikation ist die Aufforderung zur nachhaltigen, d. h. dauerhaften, umfassenden und wirksamen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Denn es gibt gute Gründe für die Annahme, dass es dabei auf absehbare Zeit um eine wichtige politische Daueraufgabe geht, auch wenn aus heutiger Sicht kein neues „1933“ droht. Eingreifendes und anhaltendes Engagement schulden wir auch den Opfern rechtsextremer Gewalt, wenn wir weitere Opfer verhindern wollen. Denn hier liegt die besondere Herausforderung des Rechtsextremis-

mus. Er wendet sich in Worten und Taten gegen Menschenrechte und Demokratie insgesamt, attackiert ausgewählte Opfergruppen und untergräbt damit die normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Rechtsextremismus stellt deshalb – so die zweite Annahme – eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar. Es geht nicht um eine exklusive Angelegenheit einiger weniger Akteure in eingrenzbaaren Lebensbereichen und -phasen – etwa um aggressive junge Männer in ländlichen Abwanderungsregionen, um die sich Jugendarbeit und Polizei kümmern sollten. Rechtsextremismus erfordert vielmehr das alltägliche Engagement in allen gesellschaftlichen Sphären und in jeder Phase des Lebenslaufs. Abwertungen, Vorurteile, Stereotype, Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Diffamierungen<sup>3</sup> sind subtile oder offene Begleiter unseres Alltagslebens und der Stoff, aus dem sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickeln kann.

Diese Grundannahmen werden von vielen Engagierten und Expert/innen geteilt. Die Worte „integriert“, „ganzheitlich“ und „nachhaltig“ fallen in der Debatte über Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus häufig. Ihre Umsetzung in die Praxis ist demgegenüber ungleich schwerer. Diese Expertise soll dazu beitragen, den Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Engagement gegen Rechtsextremismus zu verringern. Es geht um eine angemessene, weder dämonisierende noch verharmlosende und vor allem erfolgreiche, Menschenrechte und Demokratie stärkende Praxis in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

2 Nicht zuletzt die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich in vorbildlicher Weise dieses Themas angenommen und stellt eine Fülle von grundlegenden Studien, Dokumentationen, aktuellen Analysen und Handlungsempfehlungen kostenlos zur Verfügung.

3 Einen Überblick über diese sozialpsychologischen Konzepte und mögliche Interventionsformen vermittelt die einführende Studie von Petersen/Six 2008, s. auch Beelmann/Jonas 2009.

Qualität und gemeinsame Standards für gute Praxis sind gerade in einem Themenfeld angesagt, das niemanden kalt lässt, sondern moralische Abscheu und politische Ängste ebenso provoziert wie das Bedürfnis, eine unangenehme Wirklichkeit zu beschweigen oder zu ignorieren, solange dies irgendwie möglich ist. Gerade den vielen Engagierten fehlt es nicht an Kompetenz und Leidenschaft. Zuweilen kommen dabei aber Augenmaß und Distanz zu kurz.

Dies gilt z. B. für die verbreitete Neigung, es mit den Bürger- und Menschenrechten gerade der politischen Gegner nicht so genau zu nehmen und polizeiliches Eingreifen in einem Umfang und einer Weise zu fordern, die ansonsten unerwünscht wäre und bürgerrechtlich zweifelhaft ist. Eine große Schwierigkeit besteht offensichtlich darin, auch in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – jenseits des stets unabdingbaren, auch repressiven Opferschutzes – auf Zivilität, Demokratie und Menschenrechte zu setzen. Zu häufig dominiert ein Kampfvokabular, das bereits Konzession an ein rechtsextremes Politikverständnis enthält, das von der Unterscheidung von Freund und Feind lebt und dem ein auf Vertreibung und Vernichtung zielender Gewaltkern innewohnt.<sup>4</sup>

Die Qualität zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus zeichnet sich gerade dadurch aus, dass Zivilitätsnormen wie Gewaltfreiheit auch dann nicht außer Kraft gesetzt werden, wenn der Konfliktgegner dies tut. Friedliche Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche sind in jüngster Zeit zur „guten Praxis“ im Sinne entschlossenen Engagements geworden, mit dem öffentliche Räume und zugleich zivile Normen verteidigt werden. Zur „Entfeindung“ haben auch Entscheidungen wie die des Jugendrichters Andreas Müller im brandenburgischen Bernau beigetragen, der in der Hochzeit der Nazi-Skins ein Verbot für Springerstiefel in seinen Verhandlungen und als Auflage für die Verurteilten im öffentlichen Raum durchgesetzt hat (siehe Kapitel 4.1).

Diese Beispiele machen deutlich, dass über Qualität in diesem Feld nicht ohne demokratisch-menschenrechtliche Maßstäbe gesprochen werden kann. Die Illusion, es ginge bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus um minimal-invasive chirurgische Eingriffe an einem ansonsten gesunden Körper, führt in die Irre. Alltagserlebnisse und demoskopische Umfragen belehren uns darüber, dass gerade fremdenfeindliche Haltungen, an die Rechtsextreme zentral anknüpfen, auch in der „Mitte der Gesellschaft“ anzutreffen sind. Hinzu kommt eine Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, die in vielen rechtlichen und behördlichen Ausprägungen – wie z. B. Sammellager, Arbeitsverbote und Residenzpflicht – als institutionalisierter Rassismus erfahren wird.

Dennoch wird die Reduzierung rechtsextremer Handlungen und Einstellungen als übergreifendes Ziel all der Projekte und Maßnahmen leicht Zustimmung finden. Die Minimalanforderung lautet, dass die Angebote mit Blick auf dieses Ziel nicht schaden („do no harm“-Regel). Eine weitergehende Zielsetzung besteht in einer positiven Wendung der zunächst nur negativ bestimmten Absichten. Es geht schließlich darum, die jeweiligen Zielgruppen dauerhaft für Demokratie, Menschenrechte und zivile Umgangsformen zu gewinnen.

In der seit mehreren Jahrzehnten geführten Debatte über angemessene Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gibt es einige Wegmarken. Erinnerung sei nur an einen Sammelband aus den frühen 1980er Jahren, der sich unter dem Titel „Dem Faschismus das Wasser abgraben“ (Hafenecker et al. 1981) mit neuen Formen der historisch-politischen Bildung auseinandersetzte. Stiftungen, Bundesprogramme, Bildungsstätten und viele andere Institutionen und Initiativen haben sich verstärkt seit den 1990er Jahren in diesem Themenfeld bewegt. Mit diesem Engagement ist eine kaum mehr überschaubare Zahl von Informationsmaterialien, Arbeitshilfen, Ratgebern, Handreichungen, pädagogischen Forma-

4 Zu diesem Themenfeld hat Micha Brumlik eine eindrucksvolle Analyse eines „Antifa“-Aufklebers aus der Autonomen Szene beigesteuert (vgl. Brumlik 1989).

ten und bereichsspezifischen Handlungsempfehlungen entstanden. Schwerpunkte liegen dabei auf der individuellen Ebene (Basisinformationen, Orientierungs- und Argumentationshilfen, konkrete Anregungen zu interkulturellem und zivilcouragiertem Handeln etc.) und auf pädagogischen Formaten.<sup>5</sup> Zugenommen haben aber auch die Handreichungen für institutionelle Akteure (bei Anmietungsversuchen und Demonstrationsanmeldungen von Rechtsextremen, im Umgang mit NPD-Mandatsträgern etc.) und die systematische Auseinandersetzung mit erfolgreichen Strategien in bestimmten Handlungsfeldern.<sup>6</sup>

Solche Materialien und Informationen sind hilfreich, einige sogar unentbehrlich. Sie ermöglichen und erleichtern die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen. Darüber hinaus muss jedoch nach einer Antwort auf die Frage gesucht werden, was an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu ändern wäre, damit sich der Bedarf nach rechtsextremen Erlebniswelten und ideologischer Gewalt nicht weiter reproduziert. Die Rechtsextremismusforschung setzt überwiegend auf eine Kombination von individuellen, kollektiven und gesamtgesellschaftlichen Ursachen.<sup>7</sup> Ein Großteil der Handbücher kümmert sich um Qualitätsanforderungen an Interventionen auf der individuellen Einstellungs- und Verhaltensebene, während die gesamtgesellschaftliche Dimension weitgehend ausgespart wird.

Wenn nachfolgend von Qualität die Rede ist, geht es vor allem um zwei Schwerpunkte: Zum einen werden Qualitätsanforderungen formuliert, die sich aus konzeptionellen Überlegungen und vor allem aus bisherigen Erfahrungen mit den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus ergeben. Zum anderen werden Beispiele guter Praxis in der Arbeit gegen Rechtsextremismus aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen vorgestellt.

Eine wesentliche Voraussetzung erfolgreichen Handelns gegen Rechtsextremismus dürfte das Zusammenwirken aller gesellschaftlicher Bereiche sein. Staatliches Handeln allein kann wenig ausrichten, wenn es an entsprechenden Initiativen in der Zivilgesellschaft fehlt oder rechtsextreme Tendenzen in der Wirtschaft geduldet oder gar unterstützt werden. Umgekehrt sind die alltäglichen Diskriminierungen und Abwertungen bestimmter Bevölkerungsgruppen durch öffentliche und private Einrichtungen eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung rechtsextremer Mobilisierungen. Deshalb können – trotz vielfältiger Wechselwirkungen – Gelingensfaktoren für die Arbeit gegen Rechtsextremismus hinreichend präzise nur bereichsspezifisch benannt werden. Es ist jedoch möglich, Handlungsempfehlungen – auf dem Weg zu einer notwendig übergreifenden, integrativen Strategie im Engagement gegen Rechtsextremismus – auch bereichsübergreifend zu entwickeln. Konkret ist dieses Gutachten wie folgt aufgebaut: Zunächst werden aktuelle Konzepte und Deutungsangebote im Umgang mit Rechtsextremismus dargestellt, die den thematischen Rahmen abstecken, sowie die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus – insbesondere in Deutschland – kurz skizziert. Danach werden die Erträge der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus bilanziert, um zu einer konstruktiven Weiterführung und Profilierung der andauernden Diskussion beizutragen. Anschließend werden ausgewählte Praxisbeispiele aus den Bereichen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vorgestellt, die Handlungsmöglichkeiten und Gelingensfaktoren sichtbar machen sollen und Grundlage für eine Qualitätsdebatte sein können. Abschließend werden die Ergebnisse beider Teilabschnitte in Thesen zusammengefasst, die als Anregungen für die aktuelle Diskussion in diesem Themenfeld dienen sollen.

.....

5 Hier sei nur auf einige wenige handlungsorientierte Beiträge zur Zivilcourage (Meyer et al. 2004), zur politischen Bildung (Menke et al. 2003) und zum interkulturellen Lernen (Auernheimer et al. 1998) sowie auf einen aktuellen, übergreifenden Band zum Umgang mit Rechtsextremismus (Kulick/Staud 2009) verwiesen.

6 So z. B. die Handbücher der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Molthagen et al. 2008 und Molthagen/Korgel 2009).

7 Richard Stöss hat dazu ein komplexes Schaubild entworfen, das bei den individuellen Ursachen auf Sozialisation, Einstellungen, individuelles und kollektives Verhalten verweist, bei den gesamtgesellschaftlichen Ursachen antidemokratische Elemente in der politischen Kultur sowie politische, soziale und ökonomische Krisenerscheinungen integriert (Stöss 1989: 243).



## Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft

## 2 Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft

### 2.1 Konzepte und Diskussionslinien

Wer Strategien gegen Rechtsextremismus entwickeln möchte, kommt ohne theoretische und empirische Grundannahmen nicht aus. Auf der Suche nach gesicherten und anerkannten Begriffen und Konzepten gerät man allerdings leicht in einen Irrgarten. Immer wieder ist die unpräzise, inkonsistente, gelegentlich auch inflationäre Verwendung des Begriffs „Rechtsextremismus“ beklagt worden (z. B. Winkler 2000: 39). Ein Blick auf die Begriffs- und Forschungsgeschichte hilft weiter, weil dabei deutlich wird, wie stark die sich wandelnden inhaltlichen Bestimmungen von Rechtsextremismus durch zeitgenössische Erscheinungsformen, politische Kontroversen und Nutzungsversuche dieser Etikettierung geprägt sind (Klärner/Kohlstruck 2006: 7ff.).

Die bislang überwiegend auf Deutschland bezogenen Debatten über Rechtsextremismus werden noch komplizierter, wenn berücksichtigt wird, dass wir es – zumindest in den letzten beiden Jahrzehnten – mit einer internationalen und in sich sehr komplexen Erscheinung zu tun haben (Minkenberg 2008: 9f.). Dass eine international vergleichende Perspektive auch hilfreich sein kann, wenn es um den Austausch von Erfahrungen über erfolgreiche Gegenstrategien geht, findet erst in den letzten Jahren verstärkte Beachtung.<sup>8</sup> Die Gleichzeitigkeit rechtsextremer und rechtspopulistischer Mobilisierungen in vielen Ländern Europas und den USA nach dem Ende des Ostblocks verlangt zeitgeschichtliche und gesellschaftsanalytische Erklärungen jenseits der nationalen politischen Kulturen. Mit

dem Zusammenbruch der Sowjetgesellschaften sind wir weltweit in eine Phase beschleunigten gesellschaftlichen Wandels eingetreten, in der sicher geglaubte soziale Ordnungen zuerst in Ost- und später auch in Westeuropa zur Disposition stehen. Globalisierung und Migration sind zu Chiffren einer vor allem extern verorteten Veränderungszumutung geworden. Es ist dieses tief-sitzende Krisengefühl, auf das die extreme Rechte reagiert und ihre „Antworten“ anbietet. Diese sind in der Regel rückwärtsgewandt und reaktionär, weil sie nicht nur eine Entschleunigung des Wandels versprechen, sondern die fiktive Rückkehr zu einer festen homogenen Ordnung: die „Fremde“ ausschließende Solidarität einer „Volksgemeinschaft“ und eine national regulierte und abgeschottete, dem „eigenen Volk“ verpflichtete Nationalökonomie. Ausländerfeindlichkeit, die Anrufung nationaler Interessen gegen globale Zumutungen und die Kritik des globalen Kapitalismus gehören deshalb zu den „modernen“ Bestandteilen rechtsextremer und rechtspopulistischer Mobilisierungen. Gegenstrategien müssen solche Umbruch- und Krisenstimmungen ernst nehmen und demokratisch-menschenrechtlich vertretbare Antworten geben.

Die deutsche Debatte über die extreme Rechte ist von teilweise heftig geführten Kontroversen geprägt. Dies beginnt bereits bei den Begriffen. Der Begriff „Rechtsextremismus“ hat sich zwar in jüngerer Zeit eingebürgert,<sup>9</sup> wird aber auch mit unterschiedlichen Begründungen zurückgewiesen, vor allem weil er durch die Definitionsmacht und Praxis des Verfassungsschutzes zu einseitig geprägt sei oder das Problem unzulässig verharm-

8 Vgl. Spöhr/Kolls 2010; Bertelsmann Stiftung 2009 sowie das laufende Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (<http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalt/proj.htm>; 12.05.2010).

9 Aus diesem Grund wird der Begriff Rechtsextremismus auch in diesem Gutachten verwendet.

lose, indem nur der „rechte Rand“ in den Blick genommen werde. Ähnlich geht es dem Begriff „Rechtsradikalismus“, der diese Funktion bis Anfang der 1970er Jahre hatte. Zusätze wie „neu“, „neo“ oder „modern“ sollen auf Formveränderungen im Erscheinungsbild des Rechtsextremismus aufmerksam machen, die selbst wieder kritisch inspiziert werden.<sup>10</sup>

Ohne auf einzelne Kontroversen und Forschungsfragen einzugehen, sollen nachfolgend einige der prominenten Konzepte des Feldes in ihren jeweiligen Zugängen und Leistungen für die praktische Auseinandersetzung charakterisiert werden.

Dabei wird deutlich, dass dieser Pluralismus durchaus produktiv sein kann, wenn er dazu genutzt wird, den für die jeweiligen lokalen und regionalen Verhältnisse angemessenen Deutungsrahmen zu wählen. Zudem legen die unterschiedlichen Konzeptionen jeweils besondere Veränderungsschritte und Interventionsformen nahe. Auch diese Konkurrenz wirkt produktiv, wenn sie zur wechselseitigen Korrektur und zu einer nüchternen Bilanz der Ergebnisse eingesetzt wird.

## Rechtsextremismus

Einer der einschlägigen Definitionsversuche macht deutlich, dass Rechtsextremismus ein kompliziertes Phänomen darstellt:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von

der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen“ (Jaschke 1994: 31).

Für die politische Auseinandersetzung sind vor allem zwei Merkmale des Rechtsextremismuskonzepts wichtig: erstens die Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhalten und zweitens eine differenzierte Sicht auf beide Bereiche.

## Rechtsextreme Einstellungen

Rechtsextremismus beschreibt einerseits ein vielschichtiges Einstellungsmuster: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“<sup>11</sup> Diese können etwa aus Angst vor Sanktionen bzw. wegen sozialer Unerwünschtheit latent bleiben oder sich in einer breiten Palette von Verhaltensweisen ausdrücken, die von Gewalt und Terror, einer Protest- und Provokationspraxis von Bewegungen über jugendlich geprägte Szenen und Erlebniswelten, diskriminierende Alltagspraxis bis zur Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen und Parteien sowie deren Wahl reicht (vgl. Stöss 2007: 27).

10 Die internationale Debatte hilft hier auch nicht weiter, weil sie – auch ohne Verfassungsschutzvorgabe – durch eine bunte Begriffsmischung gekennzeichnet ist: „Radical Right“, „Right-Wing Extremism“, „New Extreme Right“. Cas Mudde hat in einer Analyse des internationalen Sprachgebrauchs bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre 26 unterschiedliche Definitionen entlang von 58 Kriterien gezählt (vgl. Mudde 1996: 229). Es dürften seither noch einige hinzugekommen sein.

11 So beschreiben Decker/Brähler 2006: 20 den Konsens einer größeren Gruppe von Forscher/innen in diesem Bereich.



In der Rechtsextremismusforschung herrscht Konsens darüber, dass entsprechende Einstellungen wesentlich verbreiteter sind als rechtsextremeres Verhalten – und bestimmte Verhaltensweisen, wie z.B. die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei, wesentlich seltener sind als andere niedrigschwellige Formen, wie etwa die Beteiligung an einschlägigen Demonstrationen oder das Tragen von Szene-Symbolen. Immerhin stellen Einstellungen ein vergleichsweise dauerhaftes Potenzial von Rechtsextremismus dar, das unter günstigen Bedingungen für entsprechende Aktionen mobilisiert werden kann.<sup>12</sup>

Da Einstellungen ein mehr oder weniger verfügbares und ausgeprägtes kognitives Element enthalten, richtet sich ein Großteil der pädagogischen Anstrengungen zu Recht darauf, Einstellungsänderungen durch Argumente und Wissen zu erzielen. Gleichzeitig sind Einstellungen aber eng mit Selbstkonzepten und Emotionen (Bindungen, Sympathien/Antipathien, Wut etc.) verbunden, die rein kognitive Angebote gewöhnlich nicht erreichen. Rechtsextrême Deutungen betonen in der Regel starke Gefühle (Wut, Aggressionen, Gemeinschaft etc.) und verbinden diese mit diversen Aufwertungsangeboten („natürliche“ Überlegenheit der eigenen Nation, übersteigerte Männlichkeit, polare Geschlechterrollen etc.).

Die Anforderungen an pädagogische Formate werden umso größer, je festgefügt die Einstellungen sind und je mehr kognitiv nicht erreichbare Anteile sie enthalten. Hier liegen die besonderen Herausforderungen für die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Es braucht Angebote, die das Lebensgefühl der Jugendlichen erreichen, ihre Deutungen aufgreifen, alternative Sichtweisen

und Erlebniswelten eröffnen und trotzdem Anerkennung vermitteln (vgl. Jäger 2003).

Der „Kampf um die Köpfe“ ist zwar notwendig, aber er sollte mit bescheidenen Erwartungen verbunden werden, weil er mit früh erworbenen Einstellungsmustern rechnen muss, die nur schwer verändert werden können. Häufig sind Veränderungen nur – wie z.B. die Forschung zu Aussteigern zeigt (vgl. Rommelspacher 2006) – auf dem Weg über einschneidende lebensweltliche Verunsicherungen, Gegenerfahrungen, persönliche Krisen und lebbar Alternativen möglich. Zudem gehen Aufklärungsangebote meistens gerade an jenen bildungsfernen und sozial schlechter gestellten Gruppen vorbei, die am stärksten auf rechtsextrême Parolen reagieren.

Jede der Einstellungsdimensionen des Rechtsextremismus existiert auch unabhängig von den anderen und verdient besondere Aufmerksamkeit. Die erheblichen Unterschiede in der Befürwortung einzelner Einstellungsdimensionen erinnern nicht nur daran, dass z.B. die breit vorhandene Fremdenfeindlichkeit nicht mit rechtsextrême Einstellung gleichzusetzen ist, sondern verdeutlichen auch, wie sinnvoll es ist – gleichsam präventiv – solche Einstellungsmuster aufzugreifen, bevor sie sich zu einem rechtsextrêmen Weltbild verdichten. In der deutschen und mehr noch in der internationalen Debatte finden sich Stimmen, die mit guten Argumenten vorschlagen, den Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ differenzierter zu benutzen und davon „Partikularismus“ im Sinne der Bevorzugung der eigenen Gruppe<sup>13</sup> und Vorbehalte gegen mehr Zuwanderung (immigration scepticism) auf der einen Seite und Rassismus auf der anderen zu unterscheiden.<sup>14</sup>

12 Diese Differenz gilt auch für andere Einstellungskomplexe und deren Mobilisierbarkeit. Politische Kampagnen zu Wahlen oder die Mobilisierung von Netzwerken für bestimmte Proteste stellen Versuche dar, Einstellungen in Handeln zu verwandeln.

13 Nunner-Winkler et al. 2005 haben auf sozialmoralische Unterschiede in der Dimension Partikularismus/Universalismus zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen aufmerksam gemacht, die es zu berücksichtigen gilt, wenn Aussagen zum Themenfeld „Ausländer/innen“ bewertet werden. Mit der Bevorzugung der eigenen Gruppe müsse keineswegs die Abwertung der Fremdgruppe verbunden sein.

14 Rydgren 2008 kommt in einem 6-Länder-Vergleich zu dem Ergebnis, dass weniger Fremdenfeindlichkeit als solche, sondern vielmehr Vorbehalte gegen mehr Zuwanderung die Unterstützung von rechtsextremen Parteien bei Wahlen begünstigen. Diese Parteien seien besonders erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, das Thema Zuwanderung mit Kriminalität und sozialen Unruhen zu verknüpfen.

Mit den Einstellungsdaten werden auch Bevölkerungsgruppen sichtbar, die etwa bei rechtsextremen Gewalttaten kaum vertreten sind. Junge Frauen und die ältere Generation insgesamt neigen sehr viel stärker zu rechtsextremen Einstellungen,<sup>15</sup> als ihre geringe Präsenz in den Zielgruppen von Programmen gegen Rechtsextremismus vermuten lässt. Da sie als Sozialisationsinstanzen weit wirksamer sind als junge Männer, ist diese Vernachlässigung nicht zu rechtfertigen.

### **Rechtsextreme Verhaltensformen**

In der Auseinandersetzung mit den variablen Verhaltensformen von Rechtsextremismus ist immer wieder eine starke Fixierung auf rechtsextreme Gewalt zu beobachten, die oft situativ ausgelebt wird. Dies ist, wenn es darum geht, potenzielle Opfer zu schützen, sicher berechtigt. Besondere Aufmerksamkeit erfahren auch die Wahlergebnisse von rechtsextremen Parteien, die mit dem Zugang zu Ressourcen und besonderer medialer Präsenz verbunden sind. Es kommt jedoch darauf an, die gesamte Aktionspalette im Blick zu behalten. Wenn in neuerer Zeit von „modernem“ Rechtsextremismus die Rede ist, wird vor allem auf den Bedeutungsgewinn bewegungsförmigen Engagements in der rechtsextremen Szene hingewiesen (z. B. Klärner/Kohlstruck 2006; Minkenberg 2008). Sie hält damit Anschluss an die Praxis neuer sozialer Bewegungen, deren Erfolgsmodell das zeitlich begrenzte, organisationsferne „projektorientierte“ Engagement ist. Dies macht auf die Grenzen von Gegenstrategien aufmerksam, die mit Organisations- und Parteiverboten in erster Linie auf den klassischen organisationsgeprägten Rechtsextre-

mismus zugeschnitten waren, aber in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bewegungen weit weniger Wirkung entfalten können.

### **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)**

Die von Wilhelm Heitmeyer angestoßene Erweiterung der Rechtsextremismusforschung um zusätzliche Einstellungsdimensionen (vor allem Sexismus, Homophobie, Rassismus und Islamophobie – während die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen eher als Konkretisierung des Sozialdarwinismus zu sehen ist) und ihre regelmäßige Beobachtung hat neue Akzente in der Präventionsdebatte gesetzt.<sup>16</sup>

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit öffnet den Blick für menschenfeindliche Entwicklungen insgesamt und stärkt menschenrechtliche Gegenpositionen, die im Alltagsleben Deutschlands nicht besonders nachhaltig verankert sind (vgl. Addy 2003). Es knüpft zudem an internationale Debatten und Praxisformen an, die eine breite Palette von „hate crime“ (Hasskriminalität)<sup>17</sup> und Rassismus-Ausprägungen in den Blick nehmen und damit eine exklusive Fixierung auf Rechtsextremismus vermeiden. Diese menschenrechtliche Horizont-erweiterung, die gerade für die politische Kultur wie die politische Bildung sehr zu begrüßen ist, bringt jedoch in der analytischen Betrachtung auch Nachteile mit sich. Einige Dimensionen der Einstellungsuntersuchungen zum Rechtsextremismus bleiben zwar auch im GMF-Konzept erhalten (vor allem Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit), auf die Dauerbeobachtung der

15 Die große Mehrzahl der empirischen Studien zeigt, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Dimensionen bei den über 60-Jährigen stärker verbreitet sind als bei den unter 30-Jährigen (vgl. Decker/Brähler 2006: 50; Decker/Brähler 2008: 27; Stöss 2007: 69). Mit Blick auf die geschlechtsspezifische Verteilung ist das Bild weniger einheitlich. Während z.B. Stöss auf ein leicht höheres rechtsextremes Einstellungspotenzial bei Frauen aufmerksam macht (Stöss 2007: 69), weisen Decker/Brähler (2008: 26) auf niedrigere Werte bei Frauen hin.

16 Die „Deutschen Zustände“ erscheinen seit 2002 im jährlichen Rhythmus mit jeweils neuen thematischen Schwerpunkten (Heitmeyer 2002ff.).

17 Das Konzept entstammt der angloamerikanischen Kriminologie und bezeichnet Straftaten, die sich gegen Personen oder Personengruppen mit bestimmten Merkmalen richten („Rasse“, Hautfarbe, Nationalität, Religion, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung etc.). Einzelne werden allein aufgrund dieser zugeschriebenen Zugehörigkeit zu Opfern von Gewalttaten, die gegen die gesamte soziale Gruppe gerichtet sind (vgl. Özsoz 2008).

für rechtsextreme Bewegungen besonders brisanten Einstellungsdimensionen Verharmlosung bzw. Unterstützung des Nationalsozialismus und Diktaturbefürwortung wird aber verzichtet. GMF ist deshalb keine Alternative zum Rechtsextremismuskonzept, sondern eine sinnvolle Ergänzung und Erweiterung, besonders wo es – wie in pädagogischen Zusammenhängen oder mit Anerkennungs- und Gleichwertigkeitsaudits (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2006 und 2008; Kleff/Seidel 2009) – um die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Einstellungen und alltäglichen Verhaltensweisen in herkunftsheterogenen Gesellschaften geht.

### Rassismus

Die GMF-Untersuchungen können auch als Beitrag zu einer international expandierenden Forschungsrichtung betrachtet werden, die sich länderübergreifend mit Konzepten wie Rassismus, negativen Klassifikationen, Diskriminierungen, Ungleichwertigkeitskonzepten und mit der Dynamik der Ab- und Ausgrenzungen unter den gesellschaftlichen Bedingungen von Zu- und Abwanderung beschäftigt. Rassismus – verstanden als „quasi biologisch“ begründete Abwertung und Ausgrenzung von Menschengruppen – gehört dabei zu den klassischen ideologischen Elementen von Faschismus und Rechtsextremismus, die durch die weltweite Migrationsdynamik einen neuen Schub erfahren haben. Während sich die Debatte über Rechtsextremismus schnell auf Einstellungen und Taten radikaler Minderheiten eingrenzen lässt, ist mit der aktuellen Rassismusdebatte eine deutlich andere politische Perspektive verknüpft.<sup>18</sup>

Diskriminierungen und Ausgrenzungen durch die (einheimische) Mehrheitsgesellschaft und ihre Institutionen stehen im Zentrum die-

ses Ansatzes. Es geht um eine privilegien- und statussichernde politische Praxis aus der „Mitte der Gesellschaft“, nicht selten befördert durch eine Mobilisierung von Vorurteilen durch etablierte Akteure, Massenmedien und politische Eliten. Wenn breit in der Gesellschaft vorhandene fremdenfeindliche, rassistische und negativ klassifizierende Einstellungen durch entsprechende politische Unternehmer<sup>19</sup> aufgegriffen und politisch gebündelt werden, können – wie in einigen Ländern Europas – rechtspopulistische Bewegungen entstehen und erfolgreich in politische Machtkämpfe eingreifen.

Auch wenn negative Klassifikationen der Mehrheitsgesellschaft und ihr „institutioneller Rassismus“ bzw. ihre fehlende interkulturelle Öffnung wichtige Themen darstellen, trägt diese Forschungsrichtung mit sehr unterschiedlichen Konzepten dem Umstand Rechnung, dass wir es gerade in urbanen Zonen mit einer pluralen, herkunftsheterogenen Bevölkerung zu tun haben, deren Konflikte und Problemlagen nicht mehr angemessen mit Sammelkategorien wie „Einheimische“ und „Zugewanderte“ bzw. „Menschen mit Migrationshintergrund“ begriffen werden können. Vielmehr entstehen unterschiedliche Milieus und Gemengelagen, die quer zu diesen Zuschreibungen integrativ bzw. ausgrenzend wirken können. Damit verbunden sind Einstellungen, Akteursgruppen und politische Konflikte, in denen z.B. Intoleranz, Abwertungen, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus kein Privileg der „Mehrheitsgesellschaft“ sind. In lokalen Fallstudien wird beispielsweise von „etablierten“ türkischstämmigen Selbstständigen und ihren Familien berichtet, die verächtlich auf ein deutschstämmiges Arbeitslosenmilieu in ihrer Nachbarschaft herabblicken und ihm fehlende Disziplin und Moral vorwerfen (vgl. Neckel/Soeffner 2008).

18 Über den aktuellen Diskussionsstand in Deutschland und die Schwierigkeiten, bruchlos an andere europäische und nordamerikanische Konzepte anzuschließen, informiert ein Sammelband von Melter und Mecheril 2009.

19 Das Konzept „politisches Unternehmertum“ kommt aus der US-Bewegungsforschung. Es geht davon aus, dass es in Gesellschaften Konfliktlinien und Themen gibt, die durch ressourcenstarke Akteure (Medienunternehmer, charismatische Persönlichkeiten etc.) aufgegriffen, politisch sichtbar gemacht und genutzt werden können. Primäres Ziel dieser Akteure ist die Steigerung von Macht, Einfluss und Erträgen. Sie können vor allem dann erfolgreich sein, wenn die klassischen Akteure politischer Interessenvermittlung (Parteien, Gewerkschaften, Verbände) schwach sind und/oder brisante Themenfelder unbearbeitet lassen.

## Antisemitismus

Obwohl Antisemitismus ein klassisches Einstellungsmerkmal des Rechtsextremismus darstellt, gibt es genügend Anlass, sich seinen vielfältigen aktuellen Erscheinungsformen auch jenseits der rechtsextremen Szene zu widmen. Neuere vergleichende Studien zu Vorurteilen in Europa weisen darauf hin, dass sich das Ausmaß von Antisemitismus in den einzelnen Ländern Europas stark unterscheidet – von vergleichsweise niedrigen Niveaus in Großbritannien und den Niederlanden bis hin zu weit überdurchschnittlichen in Portugal, Spanien, Polen, Ungarn und Russland.<sup>20</sup> Nicht bekannt ist demgegenüber, inwieweit beispielsweise deutschstämmige Zuwander/innen aus der GUS oder Osteuropa antisemitische Einstellungen mitbringen. Dass Formen des Antisemitismus und religiös geprägte Vorurteile auch bei in Deutschland lebenden jungen Migrant/innen aus muslimischen Herkunftsländern häufiger anzutreffen sind, wird nicht nur aus der Praxis der Sozialarbeit berichtet, sondern auch in einer repräsentativen empirischen Studie bekräftigt.<sup>21</sup>

## Faschismus, Nationalsozialismus, Neofaschismus

Politische Szenen und Projekte, die heute mit „antifaschistischem“ Selbstverständnis von „Nazis“ und „Faschos“ sprechen, geraten leicht in den Verdacht der Realitätsverfehlung. Auch wenn dieser Vorbehalt im Einzelfall berechtigt sein mag, sollten weder der Realitätsgehalt noch die Legitimität vernachlässigt werden, die – vor dem Hintergrund der historischen Faschismusforschung<sup>22</sup> – grundsätzlich in dieser Perspektive liegen.

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern, die nach dem Ende des Kalten Krieges ebenfalls einen Aufschwung rechtsextremer und rechtspopulistischer Strömungen erlebten, steht Rechtsextremismus in Deutschland auch heute noch weitgehend im Banne des Nationalsozialismus. In dem Land, in dem der Nationalsozialismus mit verheerenden Folgen an der Macht war, scheint rechtsextreme Politik mit gesellschaftlicher Resonanz bislang nur als revisionistische Anknüpfung an die Vorstellungswelten der Nazis möglich zu sein. Trotz all der aktuellen Verweise (von Hartz IV bis zur Globalisierung), jugendkulturell aufgemotzten Werbestrategien (von der Schulhof-CD bis zu Musikevents) und modern bewegten Aktionsformen spielen Geschichtsrevisionismus (Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung, Aufmärsche zu „nationalen“ Gedenktagen, Mobilisierungen für Heroen der Nazi-Zeit, Rückgriff auf die Symbolwelten der Nazis etc.) und der Rekurs auf zentrale Politikkonzepte des Nationalsozialismus („Volksgemeinschaft“, geschlossene Großraumwirtschaft) für den aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland eine wichtige und vermutlich unverzichtbare Rolle. Dazu gehört neben der Anrufung einer völkisch verstandenen Volksgemeinschaft vor allem das Bekenntnis zur Gewalt als einer zentralen und legitimen Politikform (vgl. Wildt 2008: 14ff.; Reichardt 2002).

Von den historischen faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit hat der aktuelle Rechtsextremismus ein weiteres Merkmal übernommen: die „soziale Beweglichkeit in veränderten historischen Konstellationen“ (Schieder 1983: 10). Sie lässt sich heute am erstaunlich schnellen Organisations- und Strategiewandel im rechtsextremen Lager beobachten.<sup>23</sup> Dass heute „Ausländer“ im Alltag vielfach die Stelle von Juden

20 Hierzu bieten Daten: The Pew Global Attitudes Project 2008; ADL 2009; Universität Bielefeld/Amadeu Antonio Stiftung 2009; siehe auch den Überblick in FRA 2009.

21 Bei antisemitischen Vorurteilsbekundungen weisen junge Muslime mit 15,7% die höchsten Zustimmungswerte auf, während einheimische Jugendliche mit 5,4% und Nichtmuslime mit Migrationshintergrund mit 7,4% deutlich besser abschneiden (Brettfeld/Wetzels 2007: 275).

22 Nicht alle Autor/innen gehen so weit wie Wippermann: „Faschismus global ist nicht Vergangenheit, er stellt eine gegenwärtige und weltweite Gefahr dar“ (Wippermann 2009: 14). Aber der aktuelle Aufschwung von Frühformen des Faschismus wird auch von anderen Historiker/innen betont (vgl. Paxton 2006).

23 Dies wird in neueren Lokalstudien besonders deutlich (vgl. Borchert 2004; Klärner 2008; Thein 2009).

als „Gemeinschaftsfremde“ eingenommen haben, also Fremdenfeindlichkeit den weiterhin virulenten Antisemitismus überlagert und ergänzt, ändert nichts an den politischen Grundmustern – zumal Ausländerfeindlichkeit bereits im historischen Nationalsozialismus eine wichtige Rolle spielte. Der Rekurs auf NS-Symbole und entsprechende Kleidermoden ist deshalb keine Marginalie oder pubertäres Imponier- und Provokationsgehabe, sondern verweist auf Kontinuitäten und aktuelle Anleihen im grundlegenden Politikverständnis von wichtigen Segmenten der rechtsextremen Szene. Gäbe es nicht entsprechende Strafandrohungen für Propagandadelikte, die zu immer neuen Camouflagen nötigen, könnten diese Kontinuitätslinien, so ist zu vermuten, noch weitaus stärker öffentlich sichtbar werden.

Die vorgestellten Konzepte tragen gemeinsam zum Verständnis dessen bei, was wir aktuell als extreme Rechte wahrnehmen und erleben. Es ist nicht sinnvoll, sie in öffentlichen Debatten vorschnell gegeneinander auszuspielen, denn sie beleuchten unterschiedliche Realitätsausschnitte, denen an konkreten Orten unterschiedliche Bedeutung zukommt. In Regionen, in denen Zuwanderung und Migrationshintergrund in der Zusammensetzung der Bevölkerung keine große Rolle spielen, dürften jene Formen gruppenbezogener Abwertung und Menschenfeindlichkeit wenig Brisanz gewinnen, die sich in urbanen Zuwanderungsmilieus entwickeln können. Wo sich vor allem traditionelle Akteure zusammenfinden, dürfte das Thema Faschismus eine größere Rolle spielen als in „modernen“, jugendlich geprägten rechtsextremen Erlebniswelten.

Die Aufforderung, den vorhandenen konzeptionellen Pluralismus als Erkenntnischance zu begreifen, ist nicht mit einem Plädoyer für Beliebigkeit zu verwechseln. Es geht um die Angemessenheit der Konzepte für das Verständnis der Entwicklungen in der jeweiligen Stadt und Region.

## 2.2 Erscheinungsformen des gegenwärtigen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus tritt in Deutschland und Europa in verschiedenen Erscheinungsformen auf, die von subkulturellen Milieus über soziale Bewegungen bis zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien reichen. Die Konturen und das jeweilige Machtpotenzial dieser politischen Strömung sind von Land zu Land sehr unterschiedlich und unterliegen schnellen Veränderungen. In einigen Ländern, wie in Österreich, der Schweiz und Italien haben es rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen immerhin bis in Koalitionsregierungen geschafft oder durch die Tolerierung von Minderheitenregierungen (Dänemark) Einfluss ausüben können. Davon sind wir in der Bundesrepublik aktuell weit entfernt. Der „cordon sanitaire“<sup>24</sup> ist hier bislang höchstens in einigen Kommunen gefährdet. Aber es gibt keine Garantie, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Gelegenheiten für Rechtsextremismus künftig nicht verbessern werden und es in dieser Szene Gruppierungen bzw. Führungsfiguren geben wird, die ihre politischen Chancen künftig besser zu nutzen verstehen. Dann könnte auch die politische Quarantäne löchrig werden.

### Drei Ausprägungen

Vergleichende Studien unterscheiden zwischen drei Ausprägungen des gegenwärtigen Rechtsextremismus: Parteien, soziale Bewegung, Milieu bzw. Subkultur (vgl. Minkenberg 1998). Am meisten Beachtung findet in der Regel der Erfolg auf Parteiebene. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien haben in einigen EU-Ländern bei Wahlen mehr als ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen können. Fast überall existiert Rechtsextremismus als subkulturelles Milieu. Öffentliche Beachtung finden auch noch Aufmärsche, Demonstrationen und Protestaktionen, die

.....

24 Gemeint ist die strikte Weigerung von allen anderen politischen Akteuren, mit der extremen Rechten zu kooperieren. Im parlamentarischen Raum geht es dabei z.B. um die generelle Absage, deren Anträge oder Wahlvorschläge zu unterstützen oder mit ihnen Koalitionen einzugehen.

zum Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen gehören. Weniger sichtbar sind dagegen Milieus, die durch gemeinsame Musik- und Kleidungsstile, Symbole und Mentalitäten, Freizeitangebote und andere alltägliche Gesellungsformen gebildet werden. Meist interessieren solche Szenen nur, wenn von ihnen Provokationen und Straftaten ausgehen (von Propagandadelikten bis zu Gewalttaten). Besonders Bewegungspolitik ist von der Existenz solcher Milieus abhängig, weil sie eine wichtige Grundlage wiederholter und erfolgreicher Protestmobilisierungen darstellen.

Jede dieser Ausprägungen hat eigene Handlungslogiken und Entfaltungsbedingungen. Parteiförmige Zusammenschlüsse müssen sich in der Konkurrenz mit anderen Parteien und in Parlamenten bewähren und sind damit abhängig von den jeweiligen Wahl- und Parteiensystemen. Die Mobilisierungsstärke von Bewegungen hängt von Themen, Anlässen und organisierenden Bewegungsunternehmern ab, aber auch von der Stärke der Gegenmobilisierungen und anderen sozialen Bewegungen. Milieus stehen in Konkurrenz mit alternativen Angeboten der Gesellung, mit Vereinen und kommerziell geprägten Szenen. Rechtsextreme Milieus können als „normal“ behandelt, aber auch mit einem Stigma belegt und ihre Anhänger/innen mit sozialer Ächtung konfrontiert werden.

### **Kennzeichen des Rechtsextremismus in Deutschland**

Verglichen mit anderen Ländern liegt der Schwerpunkt des Rechtsextremismus in Deutschland auf der Ebene einer sozialen Bewegung. Bewegungsstrukturen gibt es in Deutschland nicht

überall und flächendeckend, sondern vor allem in zahlreichen ländlichen Regionen, aber auch in Großstädten wie Dortmund. Zu den aktiven Bewegungsorganisationen zählen vor allem die „freien Kräfte“, Kameradschaften und „autonomen Nationalisten“, die zentral auf sichtbare Proteste setzen. Auf Machtdemonstrationen und Identitätsstiftung durch Protest und Aufmärsche setzt heute auch die NPD, die sich seit 1996 unter dem Vorsitz von Udo Voigt in Richtung „Bewegungspartei“ gewandelt hat. Die Jugendorganisation der Partei „Junge Nationaldemokraten“ (JN) bildet häufig das Scharnier zu den „freien Kräften“ und zu den lokalen Subkulturen verschiedenster Ausprägung. Die größte Attraktion scheint dabei heute jugendlich geprägten Erlebniswelten zuzukommen, zu denen auch sozial bewegte „Kampferfahrten“ gehören können (vgl. Glaser/Pfeiffer 2007).

Zentral für rechtsextreme Bewegungen ist es, ihre Agenda immer wieder durch Protestereignisse öffentlich zu machen, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren bzw. zu erweitern und die politischen Gegner einzuschüchtern. Gemessen an ihrer eher bescheidenen Anhängerschaft gelingt dies der rechtsextremen Szene gegenwärtig in einem erstaunlichen Maße.<sup>25</sup>

Weniger spektakulär sind dagegen die parlamentarischen Erfolge. Sie halten sich, wie das „Superwahljahr 2009“ gezeigt hat, glücklicherweise in Grenzen. Aber wir haben es auch nicht mit einer wenig sichtbaren, nach innen gerichteten Subkultur zu tun, sondern mit einer Bewegungsszene, die vielfältige Handlungsmöglichkeiten anbietet.<sup>26</sup> Von dieser Bewegungsszene, ihren Aktionen und ihrer Veralltäglichung sind zudem erhebliche negative Sozialisationswirkun-

25 Im Jahre 2008 zählte die Bundesregierung in ihren Antworten auf kleine Anfragen – eher untertreibend – insgesamt 103 Aufmärsche mit einer Gesamtzahl von 23 600 Beteiligten, 2009 waren es 137 Aufmärsche mit rund 35 600 Beteiligten. Musikveranstaltungen der extremen Rechten bieten einen weiteren Anhaltspunkt für das Protestgeschehen. 2008 gab es ungefähr 135 RechtsRock-Konzerte und 28 Liederabende mit zusammen ca. 20 000 Teilnehmenden. 17 Konzerte wurden aufgelöst, 20 verboten. Im Jahre 2009 verzeichnete die Bundesregierung etwa 130 RechtsRock-Konzerte und 37 Liederabende mit zusammen fast 17 000 Teilnehmenden. 19 Konzerte wurden aufgelöst, 24 verboten. Bei einem Personenpotenzial, das für 2008 mit rund 30 000 Personen angegeben wurde, haben wir es also mit einer durchaus bemerkenswerten Mobilisierungsdichte zu tun.

26 „Über die Verszenung der Organisationsstrukturen werden locker strukturierte, punktuelle, temporäre, weniger verbindliche, ‚projektförmige‘ und medial vernetzte Integrationsofferten und Mitmachforen angeboten (z. B. ‚freie Kameradschaften‘ oder Internetplattformen), die gerade für die Jüngeren leichter zugängliche Anknüpfungspunkte liefern als die traditionell zentralistisch ausgerichteten und stark hierarchisierten Mitgliedsorganisationen extrem dogmatischer Ausrichtungen“ (VAJA/Möller 2007).

gen zu erwarten. Sie sind dort umso größer, wo es für junge Menschen keine alternativen lokalen Erlebniswelten gibt und zivilgesellschaftliche Akteure zu schwach sind bzw. keine Alternativen anzubieten haben. Nicht wenige von jenen, die sich zu Beginn der 1990er Jahre als Jugendliche an den pogromartigen Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte beteiligten, betreiben heute die Infrastruktur (Kneipen, Klamottenläden, Musikvertriebe etc.) der bewegten extrem rechten Szene. Gerade die in den letzten Jahren erfolgreichste Partei im rechtsextremen Lager, die NPD, verfügt über Kommunal- und Landesparlamentarier/innen, die rund zehn Jahre jünger sind als die der Konkurrenzparteien. Außerdem entstehen rechtsextrem dominierte Regionen, in denen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als „Normalität“ hingegenommen oder aktiv unterstützt wird.

Anders sieht es auf der Straße aus. In unschöner Regelmäßigkeit zeigt sich die rechtsextreme Szene erstaunlich mobilisierungsfähig. Sie hat „ihre“ Gedenktage, wie z.B. die Jahrestage der Bombardierungen Magdeburgs oder Dresdens. In der Regel sind zwar die Gegendemonstrationen deutlich stärker, aber die rechtsextremen Aufmärsche unterstreichen Bekennterum und Machtwillen. Diese Stärke als soziale Bewegung beruht auf den weniger sichtbaren Milieubildungen, die solche regelmäßigen Mobilisierungen erst ermöglichen. Zu diesen Milieus gehören Musikszenen, Festivals, Treffs, Kameradschaften,

„autonome Nationalisten“ und politische Netzwerke, denen zuweilen der Brückenschlag zur organisierten extremen Rechten gelingt. Die intensive Nutzung der Internetkommunikation sorgt für überregionale Vernetzungen und Mobilisierungen.

Trotz ihrer modernen Bewegungspolitik ist die extreme Rechte in der Bundesrepublik stärker als in anderen Ländern *vergangenheitsfixiert* und damit *politisch radikaler*, d.h. ihr harter Kern bewegt sich in der Gedankenwelt des Nationalsozialismus (Revisionismus, Symbolik, historische Mobilisierungsanlässe) und seinen Politikkonzepten (Freund/Feind, maskuline Gewalt, Opfermythos, Volksgemeinschaft):<sup>27</sup> Der Weg der NPD zu einer von Neonazis dominierten Partei ist hierfür symptomatisch. Dass ihre Vertreter/innen an manchen Orten erfolgreich als biedere „Kümmerer“ auftreten und als solide Mittelständler/innen oder Trainer/innen der Fußballjugend Anerkennung finden, sollte über den strategischen Charakter solcher „Normalisierungsanstrengungen“ nicht täuschen. Ethnopluralistische, zivilere neu-rechte und rechtspopulistische Positionen sind in Deutschland demgegenüber zur Zeit vergleichsweise schwach vertreten. Ob es den vor allem anti-muslimisch auftretenden „Bürgerbewegungen“ vom Typus „PRO NRW“ bzw. „PRO DEUTSCHLAND“ gelingen wird, einen gemäßigten rassistischen Populismus auf der politischen Bühne dauerhaft zu etablieren, lässt sich aktuell nicht absehen.<sup>28</sup>

27 Für diese Einschätzung sprechen auch die Daten der Verfassungsschutzberichte. Der Anteil der „systemfeindlichen“ Rechtsextremist/innen (Subkulturen, Neonazis und nach 1996 auch die NPD) am gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzial hat sich demnach zwischen 1993 von 12 % bis 2007 auf 70 % erhöht (vgl. Stöss 2009: 7).

28 Vgl. hierzu die Beiträge in Häusler 2008 – aktuelle Informationen bietet die Expertise von AK Ruhr/LAGA NRW 2010.



# 3

**Die Bundesprogramme gegen  
Rechtsextremismus  
als zentrale Bestandteile der  
Arbeit für Demokratie**



## 3 Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus als zentrale Bestandteile der Arbeit für Demokratie

### 3.1 Bilanz der Bundesprogramme

In der Bundesrepublik wurde die rechtsextreme Herausforderung nach der deutschen Vereinigung nicht nur durch beachtliche Gegenmobilisierungen aus der Zivilgesellschaft (erinnert sei nur an die Zeit der Lichterketten), sondern auch mit einer Fülle von unterschiedlichen staatlichen Programmen und Maßnahmen beantwortet. Im staatlichen Bereich kam einerseits in der Tradition der „wehrhaften“ bzw. „streitbaren“ Demokratie ein Arsenal von repressiven Praktiken (Organisationsverbote, Verfolgung von Propagandadelikten, Verfassungsschutz, Demonstrations- und Versammlungsverbote etc.) zum Einsatz, andererseits wurde von einer breiten Palette präventiver und pädagogischer Maßnahmen Gebrauch gemacht, die von der politischen Bildung und Demokratieerziehung bis zur Erlebnispädagogik, von öffentlich geförderten mobilisierenden Netzwerken der Zivilgesellschaft bis zur „akzeptierenden“ Jugendarbeit reichen. Besonders starke präventive Impulse sind von zwei Generationen von Bundesprogrammen ausgegangen: dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) und den Modellprogrammen der rot-grünen Bundesregierung.

#### „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) 1992–1997

Auslöser der ersten Programmphase war eine Welle von fremdenfeindlichen und rassistischen Mobilisierungen (Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte, auf Wohnungen von Migrant/innen

und ehemaligen Vertragsarbeiter/innen, Verfolgungsjagden auf ausländisch aussehende Menschen u.a.m.), die in den ersten Jahren des vereinten Deutschlands bis zum „Asylkompromiss“ von 1993 teilweise pogromartigen Charakter mit mehreren Dutzend Todesopfern annahmen.<sup>29</sup> Sie waren Teil eines heftigen migrationspolitischen Konflikts über die verstärkte Zuwanderung Asylsuchender nach der Maueröffnung („Das Boot ist voll!“).

Die damalige Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl reagierte mit einem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG), das sich zentral an aggressionsbereite Jugendliche wandte. Das ausschließlich an die neuen Bundesländer und die Berliner Ostbezirke adressierte Modellprogramm wurde 1992 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gestartet und bis 1997 vom Bund finanziert. Erreicht wurden – je nach Angaben – zwischen 6 500 und 8 000 Jugendliche. Einige der zunächst 124 Projekte in 30 Schwerpunktregionen wurden danach von den beteiligten Ländern weiter gefördert. Mit dem Fokus „aggressive Jugendliche“ ist das Modellprogramm der täterorientierten sekundären und tertiären Prävention (siehe Info-Kasten Prävention) zuzuordnen.<sup>30</sup> Gleichzeitig ging es – zentrale Voraussetzung für eine professionelle problemgruppenorientierte Arbeit – um die Übertragung von „bewährten“ westlichen Jugendhilfestrukturen und pädagogischen Formaten (Streetwork, offene Jugendarbeit etc.) auf die neuen Bundesländer sowie die Qualifizierung des sozialpädagogischen Personals vor Ort.

29 Einige dieser Mobilisierungen und ihre lokalen Rahmenbedingungen analysiert Karapin 2007.

30 Die wissenschaftliche Begleitung betonte allerdings, dass es „für die Arbeitsansätze der Projekte [...] charakteristisch [sei], dass sie die gesamte Bandbreite der Jugend- und Jugendsozialarbeit umfassen“ (Bohn 1997: 61) bzw. für die lokale Jugendarbeit insgesamt vorbildliche „offene, gemeinwesenorientierte und netzwerkbezogene Arbeitsformen“ entwickelt haben (Böhnisch et al. 1997: 14).

Zum positiven Erbe des ansonsten heftig kritisierten AgAG-Modellprogramms gehören differenzierte Konzepte zur sozialpädagogischen Arbeit mit aggressiven, fremdenfeindlichen, rechtsextremen Einstellungen nahestehenden Jugendlichen (Sport- und Fan-Projekte, Streetwork, soziokulturelle Arbeit, erlebnispädagogische Projekte, Arbeit mit straffälligen Jugendlichen etc.).<sup>31</sup>

Die Einbettung „akzeptierender“ Jugendarbeit in das AgAG-Programm war jedoch mit bleibenden Hypotheken verknüpft. Dazu gehört die Befürchtung, in Zeiten knapper öffentlicher Mittel Täter zu begünstigen und die Opfer zu vernachlässigen. Zweifel an der Wirksamkeit und die Angst vor nicht-intendierten Folgen kommen hinzu. Dies hat bis heute zu anhaltenden Konflikten und zur Randständigkeit der täterorientierten Tertiärprävention erheblich beigetragen.<sup>32</sup>

## PRÄVENTION

Meist wird in der Debatte über Programme gegen Rechtsextremismus die in der Kriminalprävention und Gesundheitsförderung übliche Unterscheidung zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention übernommen.

- **Primärprävention** zielt demnach darauf ab, mittels struktureller, gruppenbezogener und individueller Maßnahmen Bedingungen zu schaffen, um Rechtsextremismus schon im Vorfeld zu verhindern (vgl. Frindte/Preiser 2007). Dazu gehören u. a. die Gründung lokaler Netzwerke für Demokratie und Toleranz, Angebote der politischen Bildung oder Jugendkulturprojekte.
- **Sekundäre Prävention** richtet sich gezielt an Risikogruppen, um deren Orientierungen und Verhaltensweisen vorbeugend zu beeinflussen (vom Mitternachtssport bis zu Anti-Aggressionstrainings) und alternative Orientierungen und Verhaltensweisen anzubieten.
- **Tertiärprävention** richtet sich an rechtsextreme Gewalttäter/innen, Mitglieder rechtsextremer Vereinigungen und Szenegänger/innen, um sie aus ihrem Umfeld zu lösen und von künftigen Straftaten abzubringen. Dazu zählt die Arbeit mit verurteilten Straftäter/innen in der Haft, wie sie z. B. das Berliner Violence Prevention Network leistet (siehe Kapitel 4.1). Aber auch die Angebote der verschiedenen Aussteigerprogramme gehören in diese Rubrik.

Quer zu dieser groben Unterscheidung liegen die jeweiligen Ansatzpunkte und konkreten Strategien. So wird in der Kriminalprävention z.B. zusätzlich zwischen täterorientierten, situationsbezogenen und opferbezogenen Strategien unterschieden (vgl. BMI/BMJ 2006: 667ff.). Opferbezogene Primärprävention besteht zum Beispiel in der allgemeinen Aufklärung potenzieller Opfergruppen über mögliche Gefahren (etwa über lokale Angstzonen). Eine opferbezogene Sekundärprävention bietet z. B. Trainings- und Selbstverteidigungskurse für gefährdete Personengruppen an, während eine tertiäre Präventionsstrategie an der Betreuung und Beratung von Opfern ansetzt.

.....

- 31 In dieser Tradition „akzeptierender Jugendarbeit“ steht auch das Bremer Projekt „VAJA“, das in Kapitel 4.2 des vorliegenden Gutachtens beschrieben wird.
- 32 Verglichen mit der Ausgangslage, einer Welle von gewaltsamen fremdenfeindlichen Mobilisierungen und Anschlägen in ganz Deutschland mit der Beteiligung breiter Bevölkerungskreise und einer medialen und politischen Flankierung aus der „Mitte der Gesellschaft“ und von dominierenden Teilen der politischen Elite, die von handlungsbereiten jüngeren Menschen als Ermutigung verstanden werden konnte, die „Asylantenflut“ durch eigene Aktionen einzudämmen, lässt sich der Zuschnitt des AgAG-Programms soziologisch als erstaunliche, politisch-professionell vorangetriebene Problemverkleinerung und -verschiebung beschreiben, die allerdings in der Soziologie sozialer Probleme nicht ungewöhnlich ist. Übrig geblieben sind aggressive Ostjugendliche, die es in einer vereinigungsbedingten Umbruchsituation durch die Ausdehnung „bewährter“ westlicher Einrichtungen und Mittel der Jugendsozial- und Jugendarbeit zu zivilisieren galt. Interessant ist, dass die begleitenden Evaluationen diese Problemverschiebung mit ihrem Fokus auf professionelle und institutionelle Umsetzungsprozesse in der Jugendarbeit verstärkt und nicht korrigiert haben. Sozialräumliche und biografische Entwicklungen wurden nicht systematisch untersucht, aber ihre gewaltreduzierende Wirkung behauptet (Bohn 1997: 68). So kann es geschehen, dass ein Programm als „erfolgreich“ beschrieben wird, während es in dessen Laufzeit, wie in Magdeburg, zu massiven gewalttätigen Konflikten und fremdenfeindlichen Übergriffen kommt. Kader der rechtsextremen Szene beschreiben es rückblickend als ihre politisch „beste Zeit“, als sie über „eigene“, d. h. AgAG-finanzierte Jugendclubs verfügten (Albrecht et al. 2007: 198ff.). Dieser Hinweis auf unintendierte Programmfolgen aus einer späteren Lokalstudie sollte nicht zu vorschnellen Verallgemeinerungen verleiten. Über die längerfristigen Wirkungen und Nebenfolgen an anderen Orten wissen wir zu wenig.

## Modellprogramme der rot-grünen Bundesregierung 2001–2006

Eine Welle von gewaltförmigen Mobilisierungen, die Stabilisierung rechtsextremer Milieus und eine erneut anwachsende Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten machte bereits Ende der 1990er Jahre deutlich, dass mit dem AgAG-Programm und seinen Ansätzen keine nachhaltige Problemlösung gelungen war. Die rot-grüne Bundesregierung beschloss im Jahr 2000 deshalb weitere Modellprogramme mit einer weitgehend neuen Ausrichtung, die auf Defizite des Vorgängerprogramms antwortete.

Zu ihren hervorstechenden Besonderheiten gehörte die zivilgesellschaftliche Orientierung. Ungewöhnlich war bereits die Einbettung der staatlich finanzierten Programme in ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt“. Für dessen Gründung hatten sich zwar die einschlägigen Bundesministerien engagiert, aber Ende 2002 waren ihm bereits etwa 900 Gruppen und Einzelpersonen beigetreten. Auch in die Umsetzung der Programme wurden zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen, vor allem Stiftungen, die sich in diesem Feld hervorgetan hatten (z.B. Stiftung Demokratische Jugend, Amadeu Antonio Stiftung). Die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft war das zentrale Programmziel, das u.a. durch politische Bildung, Beratung von Initiativen und Vereinen sowie deren Vernetzung erreicht werden sollte. Am Ende der Modellfinanzierung 2006 hatte der Bund in der Zeit von 2001 bis 2006 rund 4 500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit etwa 192 Millionen Euro gefördert: „Dabei entfallen auf den Programmteil ENTIMON rund 65 Millionen Euro, auf den Programmteil CIVITAS rund 52 Millionen Euro und auf den Programmteil XENOS 75 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, die durch zusätzliche Kofinanzierung in Höhe von 87 Millionen Euro ergänzt werden“ (BMFSFJ 2006: 4).<sup>33</sup>

Mit den finanziell vergleichsweise gut ausgestatteten Bundesprogrammen war zunächst ein politisch bedeutsamer Anerkennungseffekt verbunden. Er galt nicht nur dem Thema, sondern auch den Engagierten. Bis ins sprichwörtlich „letzte Dorf“ und seine Schule drang die Botschaft, dass es notwendig und legitim ist, etwas gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu unternehmen und jene Gruppen zu unterstützen, die in diesem Sinne handeln. Wichtig waren konzeptionelle Neuerungen. Einmal abgesehen vom Bundesprogramm „Soziale Stadt“ (mit Quartiersmanagement, der Mobilisierung lokalen Sozialkapitals etc.) stellten die Programme aus dem Jahr 2000 den ersten Großversuch dar, bürgerschaftliches Engagement mit staatlichen Mitteln für bestimmte Ziele zu fördern. Unterstützt werden sollten in erster Linie lokale Initiativen und Netzwerke, die sich für Zivilcourage und Demokratie stark machen. Die zivilgesellschaftliche Orientierung der Programme, d.h. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eher als Problem der politischen Kultur und nicht als abweichendes Verhalten in einer bestimmten Lebensphase („gewaltbereite Jugendliche“) zu betrachten, bedeutete eine programmatische Weiterentwicklung, die Anschluss an die wissenschaftliche Debatte hielt. Positiv zu bewerten ist auch die große Fülle von zusätzlichen Initiativen, Projekten und Maßnahmen, die durch die Bundesprogramme in diesem gesellschaftlichen Problembereich ermöglicht worden sind. Allen Programmen war zudem gemeinsam, dass sie auf die Stärkung bzw. Entwicklung einer demokratischen Kultur setzten, politische Bildung als Schwerpunkt auswiesen und überwiegend lokal orientiert waren (u.a. durch die Mobilisierung lokaler Öffentlichkeit, Gemeinwesenarbeit, kommunale Kooperationsstrukturen, Vernetzung lokaler Akteure).

Die rot-grünen Bundesprogramme haben erheblich dazu beigetragen, zwei zentrale Formate zu profilieren, die seither als unverzichtbar gel-

.....

33 Zu den Details dieser Einzelprogramme und ihrer Umsetzung gibt es eine Fülle an Literatur – vgl. den Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung (BMFSFJ 2006). Meine begleitende Sicht auf die Programme findet sich u.a. in Roth/Benack 2003 sowie Roth 2003 und 2006.

ten können, wenn es um zivilgesellschaftliche Mobilisierung und Demokratieentwicklung geht: mobile Beratung und Opferberatung. Sie sind heute als notwendige Infrastruktur für zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus weitgehend anerkannt und haben eigene Qualitätsstandards für ihre Arbeit entwickelt.<sup>34</sup>

### Bundesprogramme seit 2007

Unter dem Eindruck rechtsextremer Wahlerfolge, einer Welle von spektakulären Gewaltakten und durch massiven öffentlichen Druck gelang es 2006 trotz erheblicher politischer Widerstände, in der Großen Koalition Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt fortzuführen und zu entfristen. Auch wenn die Programmnamen „Civitas“ und „Entimon“ verschwunden sind, wurden einige der institutionellen und konzeptionellen Ansätze der rot-grünen Programmphase aufgenommen und fortgesetzt – nun unter den Titeln „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Das seit 2007 laufende Programm „Vielfalt“ umfasst drei Schwerpunkte: Lokale Aktionspläne in der Verantwortung der Kommunen; Förderung von innovativen Modellprojekten in mehreren Themenclustern und schließlich die forschungs- und evaluationsgestützte Vernetzung auf Bundesebene. Auch wenn zentrale Begriffe erhalten geblieben sind, wurde die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nun stärker in staatliche

Regie genommen. Dies wurde besonders in der kommunalen Zuständigkeit für die „Lokalen Aktionspläne“ (LAPs) deutlich, aber auch in der Neuausrichtung der Beratungsarbeit, die ebenfalls in staatliche „Obhut“ genommen werden sollte. In welchem Umfang und mit welchen Folgen diese umstrittene Neuorientierung gegriffen hat, wird (vermutlich 2011) mit Vorlage der abschließenden Evaluationsberichte deutlicher werden.

Alle Programmteile wurden nun auch für die westlichen Bundesländer geöffnet. In der Folge deutet sich eine gegenläufige Entwicklung an. Während die neuen Bundesländer weitgehend versucht haben, ihre bewährten zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Beratung zu erhalten, haben die westlichen Bundesländer eher staatliche Beratungsstrukturen errichtet (meist bei den Innenministerien und im Verbund mit den Verfassungsschutzämtern). Der Kontrast wird besonders deutlich mit Blick auf das 2009 verabschiedete „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“, das zivilgesellschaftliche Akteure nicht einbezieht und stattdessen die Beratungsaufgaben direkt in die Hand von Innenministerium und Verfassungsschutz legt.

Wie stark und einflussreich der zivilgesellschaftliche Initiativenanteil an den kommunal verantworteten Lokalen Aktionsplänen ist bzw. wie prägend Kommunalverwaltung und -politik im Einzelfall gewirkt haben, variiert sicherlich von Ort zu Ort.<sup>35</sup>

Wurden bislang vor allem die innovativen Aspekte der Bundesprogramme in diesem Feld betont,<sup>36</sup> die in der aktuellen Förderperiode aller-

34 In Kapitel 4.2 werden zwei Berliner Beratungsprojekte vorgestellt.

35 Die vorliegenden Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitung zu den LAPs lassen nicht erwarten, dass der Endbericht etwas zu diesem Streitpunkt aussagen kann. Die bisher gewählte Gegenüberstellung Kommune und Zivilgesellschaft ist zu undifferenziert, um den Besonderheiten lokaler Leistungserbringung durch freie Träger im Rahmen der institutionellen Subsidiarität Rechnung zu tragen (vgl. ISS/Camino 2009: 20ff.). Je nach Ausrichtung und Angebotsstruktur können solche Träger entweder als quasi-staatliche Dienstleister, als Sozialunternehmen oder als zivilgesellschaftliche Akteure betrachtet werden. Zuweilen handelt es sich auch um hybride Organisationen, die Elemente aller drei Sektoren kombinieren. Ähnlich differenziert wäre auch zu fassen, was in diesem Zusammenhang Kommune meint: die Kommunalverwaltung, das kommunale Vertretungsorgan und/oder die lokale Bürgerschaft. Seit die Direktwahl der Bürgermeister/innen aus dem deutschen Süden kommend auch von anderen Bundesländern eingeführt wurde, ist zudem der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin als eigenes Machtzentrum zu betrachten, wenn es um die lokale politische Agenda geht.

36 Im europäischen Vergleich können die Bundesprogramme – trotz aller Einschränkungen – als „gute Praxis“ gelten (vgl. Schellenberg 2009: 226). Zu den Einschränkungen zählt Schellenberg ihre Orientierung an befristeten Modellen, die nur wenig Aussicht auf Weiterführung und breite Umsetzung haben. Auffällig sei auch der Mangel an Koordination, Auswertung und Kontinuität in diesem Feld. Zudem erscheint Schellenberg der Fokus „Rechtsextremismus“ zu eng, um dem zugrunde liegenden Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gerecht zu werden. Xenophobie und islamophobe Einstellungen gerieten deshalb eher an den Rand der Aufmerksamkeit (ebd.).

dings deutlich schwächer ausfallen dürften, so sind einige Defizite hervorzuheben, die auch die Qualität der Programme beeinträchtigen:

- Es gibt bisher keinen ernsthaften Versuch auf Bundesebene, zu einem übergreifenden, integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus zu kommen. Vielmehr sind die Modellprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Teil eines unkoordinierten Nebeneinanders von unterschiedlichen und unverbundenen Ressortpolitiken (Innenministerium, Arbeitsministerium, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bildungsministerium, Justizministerium, Bundeszentrale für politische Bildung etc.), von repressiven und präventiven staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Strategien geblieben. Dies belegen auch die wenigen Überblicksversuche, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von 2002 (Bundesregierung 2002), der Bericht einer interministeriellen Koordinierungsgruppe unter Mitwirkung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände von 2007 (Koordinierungsgruppe 2007) und der Aktionsplan gegen Rassismus von 2008 (BMI 2008) eindrucksvoll. Wir haben es mit Programmteilen, aber nicht mit einem Programm zu tun, das strategischen Ansprüchen genügen könnte.
- Die horizontale Zersplitterung wird durch die anhaltende Unsicherheit verstärkt, wie im vertikalen Gefüge föderaler Zuständigkeiten die politische Aufgabe der Rechtsextremismusprävention sinnvoll zu ordnen wäre. Die offizielle Philosophie von Modellprogrammen, wonach der Bund Projekte anschiebt und die Länder Bewährtes übernehmen, mag zuweilen sogar gegriffen haben, aber sie bietet auf Dauer kei-

nen sinnvollen Rahmen für die professionelle Bearbeitung eines anhaltenden Problems.

- Politik im „Blindflug“: Es fehlen bis heute kontinuierliche Lageanalysen und Versuche, die Wirkungen der eigenen Anstrengungen ernsthaft zu bilanzieren.<sup>37</sup> Die jährlichen Verfassungsschutzberichte können dies nicht ersetzen, weil sie die Einstellungsebene ebenso vernachlässigen wie die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen – ganz abgesehen von den für ein präzises Lagebild unzulänglichen Polizeistatistiken, die als zentrale empirische Quelle genutzt werden. Europäische Institutionen und Netzwerke, wie die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) bzw. die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) mahnen seit Jahren eine solide Berichterstattung in den Bereichen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung an. Symptomatisch ist der von zentralen Akteuren dieses Feldes als völlig unzulänglich eingestufte „Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ (BMI 2008), mit dem die Bundesrepublik im Oktober 2008 eine UN-Verpflichtung „erfüllte“ – allerdings ohne eigene Lageanalyse, Programm oder Handlungsverpflichtungen (vgl. Follmar-Otto/Cremer 2009).<sup>38</sup>
- Es fehlt nach wie vor an systematischen Versuchen, aus den Modellprogrammen für den Alltag von Regelinstitutionen zu lernen (z. B. obligatorische kommunale Kinder- und Ju-

.....

37 Diesen Mangel können die verdienstvollen empirischen Studien von Stiftungen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung oder die wesentlich von der Freudenberg Stiftung finanzierten „Deutschen Zustände“ nicht beheben. Im politischen Tagesgeschäft werden „externe“ wissenschaftliche Lageanalysen immer wieder abgewehrt und abgewertet. Die Erfahrungen mit den Themen Jugend, Armut oder bürgerschaftliches Engagement machen deutlich, wie hilfreich möglichst unabhängig erstellte, aber „autorisierte“ kontinuierliche Lageberichte des Bundes sein können.

38 Immerhin weist der „Nationale Aktionsplan“ vier Säulen aus, die eine Ausarbeitung verdienten: Menschenrechtspolitik sowie Menschenrechtserziehung, Unterstützung der Zivilgesellschaft und Stärkung der Zivilcourage, Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Maßnahmen, die auf die Täter und deren Umfeld zielen.

gendbeteiligung oder demokratische Schulkultur). Solche Transferperspektiven wurden lediglich im XENOS-Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung am Ende der ersten Förderphase mit einiger Energie betrieben.

- „Projektitis“: Die anhaltende, meist jährliche Befristung der Maßnahmen wurde und wird von vielen Engagierten als permanente Gefährdung von guten Praxisansätzen, Kompetenzen der Beschäftigten und des Vertrauens der Angesprochenen erlebt – und teilweise durch degressive Finanzierungsvorgaben noch gesteigert. Die Distanz zu den Regelangeboten wird dadurch noch befestigt. Seit 2006 gibt es mit der Entfristung der Programme zwar so etwas wie die Anerkennung einer Daueraufgabe, dies hat aber die projektorientierte Finanzierung und Abwicklung in den Bundesprogrammen nicht ausgehebelt. Sie begünstigt automatisch größere Akteure, die in der Lage sind, sich auf die jeweiligen Förderbedingungen flexibel einzustellen und Unwägbarkeiten finanziell und personell abzufedern. Dies kann durchaus zur Qualitätssteigerung führen, aber kleinere zivilgesellschaftliche Akteure haben keine realistische Chance.
- Die positiven demokratischen Impulse der Programme und der gesamten Debatte über Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit sind bislang nicht konzeptionell aufgegriffen worden. Sicher fehlt es in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht an positiven, konsensfähigen Formeln für eine gestärkte Demokratie. Die Betonung liegt dabei zunehmend auf „gelebter“, „erfahrener“ und „alltäglicher Demokratie“. Es brauchte allerdings mutige Schritte, um den Abstand zwischen solchen demokratischen Idealen und politischen Alltagserfahrungen zu verringern und dabei die demokratische Qualität in allen Lebensbereichen zu verbessern. Zu den vielfältigen An-

sätzen gehören das kommunale Wahlrecht für Zugewanderte aus „Drittstaaten“ und die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Mit Begriffen wie „Bürgerkommune“ oder „Bürgerdemokratie“ wird ein demokratischer Erneuerungsbedarf signalisiert, der noch weitgehend ohne konzeptionelle Antwort geblieben ist. Immerhin haben einige Kommunen partizipatorische Haushalte erprobt. Die negativ wie positiv aufgestauten Beteiligungs- und Demokratieansprüche verdienen eigene Anstrengungen auch auf Länderebene. Lokale und regionale Demokratie-Audits, wie sie seit Jahren in anderen Ländern (in der Bundesrepublik bisher nur in einigen Kommunen) üblich sind, könnten weiterhelfen.<sup>39</sup> Eine solche Demokratie-Initiative, die sich darum kümmert, wie Vielfalt, Toleranz und Menschenrechte im demokratischen Alltag systematisch gestärkt werden können, dürfte gegenwärtig den größten gemeinsamen Nenner aller Programmakteure, aber auch weit darüber hinaus bilden.<sup>40</sup>

### Kontroversen um die Weiterführung der Bundesprogramme

Die aktuelle Debattenlage über die Weiterführung der Bundesprogramme ist widersprüchlich. Einerseits scheint es zunächst gelungen, die als thematische Erweiterung (Linksextremismus, islamischer Fundamentalismus) angekündigte Umwidmung der Bundesprogramme zu vermeiden. Mit dem Rückgriff auf die „Extremismus-Formel“, die bereits die Debatten der letzten Jahre begleitet hat, drohen andererseits neue Weichenstellungen, die sich auf die bisherige Ausrichtung der Programme in folgenden Dimensionen auswirken könnten:

- **Politische Instrumentalisierung**  
Die Fokussierung auf Rechtsextremismus war im „bürgerlichen Lager“ stets umstritten, der

39 Diese Praxis wurde in jüngerer Zeit u. a. vom International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) befördert – vgl. <http://www.idea.int>.

40 Es könnte allerdings sein, dass solche weitreichenden Ansprüche weit jenseits des Möglichkeitshorizonts von Modellprogrammen liegen.

notwendige Kampf gegen alle Formen von Extremismus wurde immer wieder betont. Die Zweifel an der wissenschaftlichen Validität und den Erträgen der „Extremismusforschung“ sind in den letzten Jahren nicht geringer geworden. Es dominiert ihr politisch-ideologischer Gebrauchswert, der im Wesentlichen in der Selbstvergewisserung einer „politischen Mitte“ besteht, in der großes Gedränge herrscht. Ob es Sinn macht und möglich ist, die vielfältigen Erscheinungsformen, die mit dem Extremismusbegriff erfasst werden, in einem gemeinsamen Bundesprogramm zu bearbeiten, scheint auch für deren Protagonisten offen.<sup>41</sup>

- **Autoritäre Rückbildung und „Verstaatlichung“ der Zivilgesellschaft**

„Demokratie stärken“ gehört zu den Konsensformeln der Bundesprogramme und darüber hinaus. Dass sich dahinter sehr unterschiedliche Demokratievorstellungen verbergen, dürfte mit der Extremismus-Debatte deutlicher zutage treten. Mit ihrer zivilgesellschaftlichen Orientierung knüpften die Bundesprogramme an die Vision einer „starken Demokratie“ an, in der eine lebendige Zivilgesellschaft ihren eigenen „Verfassungsschutz“ betreibt und rechtsextreme Fehlentwicklungen mit staatlicher Unterstützung korrigiert. Die Protagonisten der Extremismus-Formel stehen dagegen für eine etatistisch verkürzte, „schlanke“ Demokratie, in der sich die gewählten politischen Eliten vor demokratisch unzuverlässigen Bürgerinnen und Bürgern durch repressive Institutionen und Praktiken schützen. Die staatsanwaltlichen und politischen Auseinandersetzungen um die Dresdner Blockade-Aufrufe gegen den Aufmarsch der Neonazis am 13. Februar 2010 oder die erfolgreiche Berliner Sitzblockade am 1. Mai 2010 verdeutlichen das Aufeinanderprallen dieser gegensätzlichen Demokratievorstellungen.

- **Problem marginalisierung**

Die „Extremismus-Formel“ wurde immer wieder dazu genutzt, unerwünschte Erscheinungen als soziale Probleme an die „Ränder“ einer ansonsten „gesunden Mitte der Gesellschaft“ zu verlagern. Gerade die pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus geht – in Übereinstimmung mit den meisten Einstellungsuntersuchungen – in der Regel vom Gegenteil aus. Bestimmte fremdenfeindliche, rassistische und andere vorurteilsgeladene bzw. diskriminierende Haltungen gehören vielfach zur Normalität in der Mitte der Gesellschaft. Gerade hier gilt es anzusetzen, wenn sich solche Einstellungen nicht zu rechtsextremen Weltbildern verdichten und radikalieren sollen.

- **Realitätsverfehlung**

Mit der Extremismus-Perspektive deutet sich eine Realitätsverleugnung an, die nicht nur die Unterschiede zwischen den „Extremisten“ einebnen, sondern einen Phantom-schmerz kurieren will. Dies gilt besonders für die am meisten von rechtsextremen Aktivitäten heimgesuchten ländlichen Regionen. Wer die angewachsene Konfrontationsgewalt zwischen rechtsextremen und eher linken Gruppierungen in überwiegend urbanen Kontexten verstehen will, darf über die Mängel in der staatlichen Rechtsextremismusbekämpfung nicht schweigen.

### 3.2 Weiterreichende Perspektiven für die Bundesprogramme

#### Eckpunkte zur Ausgestaltung künftiger Programme

Diese Bewertung der zivilgesellschaftlichen Programme gegen Rechtsextremismus und ihrer allmählichen „Verstaatlichung“ hat mindestens zwei Konsequenzen: Ein schlichtes „Weiter so“

41 Dies ist der Tenor der Bundestagsdebatte vom 9.2.2010 (BT-Protokoll S.1820ff.) über die Weiterführung der Programme. Selbst die bayerische Landesregierung, die sehr nachdrücklich auf Extremismusbekämpfung setzt, hat bislang lediglich ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus vorlegen können.

ist auf Dauer wenig hilfreich. Ein Verzicht auf die öffentliche Unterstützung von Initiativen, die auf eine demokratische, an Zivilität orientierte Reparatur der Zivilgesellschaft zielen, wäre fahrlässig. Die Rückkehr zu einer vor allem staatlich-repressiven Rechtsextremismusbekämpfung dürfte sich rasch als unzulänglich erweisen. Einerseits muss der Kampf gegen den Rechtsextremismus unbedingt auch mit zivilgesellschaftlichen Mitteln geführt werden und dafür den zivilgesellschaftlichen Akteuren langfristig eine unterstützende Infrastruktur zur Seite gestellt werden. Andererseits aber können solche Programme alleine angesichts des Problemdrucks keine Erfolgsgeschichte werden, so dass eine bloße Fortschreibung von Modellprogrammen für sich genommen keine hinreichende Perspektive bietet. Hält man an dem Ziel fest, dass der Rechtsextremismus durch politische Maßnahmen und Überzeugungsprogramme eingedämmt werden soll, bedarf es komplexerer Politikansätze.

Es ist zu wünschen, dass von der aktuellen Programmphase stärkere Impulse in Richtung eines institutionellen Wandels ausgehen. Dies gilt sowohl für das normative Gerüst („Zivilität“) schwacher Zivilgesellschaften wie für die staatlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Organisationen,<sup>42</sup> die wesentliche Lern- und Praxisfelder politischer Alltagssozialisation darstellen. Auf Dauer sind gute Modelle nicht genug.

Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus sollten stärker als bisher die etablierten Strukturen und Organisationen der Zivilgesellschaft einbinden. So sind z. B. Sportvereine, Feuerwehren, Gesangsvereine wichtige Orte, wo sich Zivilgesellschaft bildet und entfaltet. Einige Vereine und Jugendverbände, wie die Deutsche Sportjugend, die Landjugend und die Feuerwehrjugend (vgl. dsj 2009; Simon et al. 2009) bieten bereits reflektierte Programme, in denen sie betonen, wie wichtig und aussichtsreich es ist, die Multiplikator/innen der organisierten Zivilgesellschaft für das Problem des Rechtsex-

tremismus zu sensibilisieren und als Partner/innen für zivilgesellschaftliche Gegenstrategien zu gewinnen. Gezielte Anreize durch die staatliche Förderpolitik können dabei hilfreich sein. Die organisierte Zivilgesellschaft wird in beträchtlicher Höhe durch öffentliche Mittel unterstützt. Warum nutzen Bund, Länder und Kommunen diese Mittel bislang kaum, um sie mit zusätzlichen Anregungen und Anreizen zu verbinden, sich in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einzubringen – etwa durch Qualifizierungsangebote für Trainer/innen oder durch die Öffnung der Vereine für Migrant/innen?

Die Modellprogramme des Bundes haben staatliche Institutionen in der Regel nicht als Problemstifter, sondern – wenn überhaupt – als Beitrag zur Lösung in den Blick genommen. Dies verkennt nicht nur das Gewicht des „institutionellen Rassismus“, d. h. der diskriminierenden, oft gesetzlich gestützten Praktiken von Behörden im Umgang mit nichtdeutschen Einwohner/innen und „Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus“. Kommunen, die der Integrationspolitik einen zentralen Stellenwert beimessen, gehen deshalb daran, die interkulturellen Kompetenzen ihrer Beschäftigten zu fördern, verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen und ihre Ausländerbehörden „kundenfreundlich“ umzugestalten.

Wichtig ist auch die Sensibilisierung der Polizei. Opferberatungsstellen beklagen häufig, dass Opfer rechtsextremer Gewalt gar nicht erst zur Polizei gehen oder sogar bei der Polizei erneut diskriminiert und durch den Polizeibesuch nur ein weiteres Mal zum Opfer werden.

Die Einbindung staatlicher Stellen und öffentlicher Einrichtungen ist von grundsätzlicher Bedeutung, bilden sie doch einen entscheidenden Kontext für die Entfaltung von Zivilgesellschaft. Sie sind wichtige Verhinderer oder aber (unfreiwillige) Verstärker bei der Herausbildung rechtsextremer Szenen. So gibt es etwa wichtige Einsichten über die Verbreitung von Rechtsex-

.....

42 Hinweise zu den Möglichkeiten des wirtschaftlichen Engagements finden sich im entsprechenden Abschnitt des Projektteils (siehe Kapitel 4).



tremismus in Schulen, die u. a. zeigen, dass es an den Schulen, die eine ausgeprägt demokratische Schulkultur haben, weitaus weniger rechtsextrem eingestellte Jugendliche gibt (vgl. Hormel/Scherr 2004). Eine Schlüsselfunktion könnten auch die kommunalen Spitzenverbände einnehmen, indem sie etwa einschlägige Weiterbildungsangebote für Bürgermeister/innen und Gemeinderät/innen anbieten, welche rechtlichen und administrativen Mittel sie gegen rechtsextreme Umtriebe aufbieten können.

Trotz der anhaltenden Konjunktur des Themas Familie fehlt weitgehend die Auseinandersetzung damit, dass Familien bei der Erziehung zu Toleranz und sozialer Kompetenz sowie bei der Bildung ziviler und demokratischer Orientierungen bei Jugendlichen eine zentrale Bedeutung und große Verantwortung haben (vgl. Oepke 2007). Es gibt noch immer wenig Hilfsangebote für Eltern, deren Kinder in die rechtsextreme Szene abdriften, wenig Sensibilisierungs- und Präventionsangebote. Studien belegen außerdem, dass bei rechtsextremen Gewalttäter/innen sich häufig schon früh Störungen im Sozialverhalten zeigen (vgl. Wahl 1999), die aufmerksame, aufgeklärte Eltern, unterstützt durch kompetente Erziehungsberatungsstellen, identifizieren und bearbeiten könnten.

Mit dem AgAG-Programm setzte ein problematischer Umgang mit Tätern und Opfern ein, dessen dominante Täterfixierung bis heute anhält. Das Interesse an den Tätern und die Sorge für die Täter erscheint erheblich größer als es für

deren Opfer der Fall ist. Im Rahmen eines Xenosonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ unterstützt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit einer Gesamtsumme von 7 Mio. Euro im Zeitraum von 2009–2013 insgesamt 18 Initiativen und Vereine, die den Ausstieg junger Menschen aus der rechten Szene fördern und neue Ideen entwickeln, wie dieser Ausstieg mit dem Einstieg in Arbeit verknüpft werden kann. Ein solches Sonderprogramm ist prinzipiell zu begrüßen, doch sollte auch die Opferberatung und -hilfe eine entsprechende Unterstützung erfahren.

Die Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus – etwa durch kleinere und mittlere Unternehmen, die Kammern, den örtlichen Mittelstand usw. – ist noch völlig unterentwickelt, auch wenn im Kontext von Xenos einige Erfahrungen gesammelt und gute Beispiele entwickelt werden konnten. Die Einflussmöglichkeiten von Arbeitgeber/innen auf ein ziviles Anforderungsprofil ihrer Belegschaften, die Mitwirkung in örtlichen Initiativen, die bewusste Beschäftigung von Migrant/innen können wichtige Handlungsfelder sein, gilt doch Erwerbsarbeit – neben Bildung – als die wichtigste gesellschaftliche Integrationsquelle. Diversity Management, Gender Mainstreaming, Corporate Social Responsibility und andere Konzepte werden zwar breit debattiert und in den Xenos-Projekten ist auch eine beachtliche Kreativität sichtbar geworden, aber viele Unternehmen zögern, stärkere Verantwortung für die Verfassung der Zivilgesellschaft zu übernehmen.

### EINSCHÄTZUNG ZUM STATUS DER MODELLPROGRAMME

Peter Rieker, im Deutschen Jugendinstitut (DJI) für die Gesamtevaluation der Programme verantwortlich, kommt zu einem eingeschränkt positiven Fazit der Leistungen der Bundesprogramme. Sie böten „ein Experimentierfeld zur Entwicklung neuer Ansätze und zur Übertragung existierender Ansätze auf andere Kontexte und Arbeitsfelder. Sie haben damit die unverzichtbare Funktion, innovative Entwicklungen zu fördern sowie die im Programmkontext gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Ansätze zu dokumentieren“ (Rieker 2009: 178). Drängende Zukunftsfragen wie die Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft, der Umgang mit Vielfalt können so allerdings nicht bearbeitet werden: „Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen muss an zentralen gesellschaftlichen Orten geführt werden und die Ergebnisse dieser Diskussionen müssen in den verbindlichen Curricula sowie im Pflichtprogramm von Aus-, Fort- und Weiterbildung Berücksichtigung finden“ (Rieker 2009: 178). Modellprogramme seien hierfür ungeeignet.

Ruhige professionelle Kleinarbeit wird nicht genügen, selbst wenn entsprechende Wahlergebnisse oder Skandale und Gewaltakte gelegentlich Rückenwind verschaffen. Nicht zuletzt dürfte die Nachhaltigkeit von Projekten und Maßnahmen davon abhängen, ob das Thema Rechtsradikalismus einen Weg aus der politischen Nischen- und Randständigkeit findet. Als gelegentlich heroischer „Kampf gegen Rechts“ und ambitionierte Modellpraxis allein kann dies kaum gelingen, aber vielleicht als Engagement für eine angemessene öffentliche Infrastruktur, für mehr Demokratie und Toleranz gerade auch in jenen Institutionen, die unser Alltagsleben prägen und damit als Lernprogramm für die nachwachsende Generation wirken.

### Anregungen für eine neue Runde in der Qualitätsdebatte

Wissenschaftlich unterstützte Fachdebatten, Qualitätssicherung, z. B. durch Qualitätsdialoge, und partizipative Formen der Evaluation ermöglichen eine „lernende“ Programmentwicklung, die auf Erfahrungen mit den verschiedenen Formaten wie auf veränderte Kontexte zu reagieren in der Lage ist. Diese Formen der Qualitätssicherung sind im Kontext der Bundesprogramme bislang zu wenig genutzt worden.<sup>43</sup> Das Instrumentarium ist aus anderen Evaluationsbereichen bekannt, sein Einsatz scheint entweder am Aufwand oder am Kontrollinteresse zu scheitern. Wichtig ist es, dabei den Prozessnutzen von Evaluationen (z. B. die erhöhte Aufmerksamkeit für bestimmte Aspekte in der praktischen Arbeit – vgl. Patton 1998) auf die Ziele von Programmen abzustimmen.

Auch wenn sich bestimmte Standards aus der Präventionsforschung (z. B. Blindversuche und Kontrollgruppendesigns) nicht einfach auf die Evaluation von Programmen gegen Rechtsextremismus übertragen lassen, steckt die kontextsensible Entwicklung von Evaluationsinstrumenten und Qualitätsstandards in diesem Handlungsfeld

noch in den Anfängen. Besonders im Bereich der Primärprävention (siehe Info-Kasten Prävention) gibt es größere Überschneidungen zwischen den verschiedenen Präventionsformen. Einige verdienen besondere Beachtung:

- Förderung von Selbsttätigkeit, Kompetenzbewusstsein, Partizipation und Selbstwirksamkeitserfahrungen gelten sowohl in der Gesundheitsförderung als auch in der Rechtsextremismusbekämpfung als wichtige Erfolgsbedingungen in der Primär- und Sekundärprävention. Selbstorganisation, zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, Selbsthilfe und soziale Bewegungen gelten in beiden Feldern als wichtige Erfolgsfaktoren.
- Partizipativen, auf Freiwilligkeit beruhenden Ansätzen gebührt der Vorrang vor verpflichtenden oder gar repressiven Maßnahmen. In der Präventionspraxis selbst sollten bereits die positiven Ziele der Programme (demokratische Kultur, soziale Anerkennung, Mitbestimmung etc.) erfahrbar werden.
- Längerfristigen und begleitenden Formaten gebührt der Vorrang, wenn es nicht nur um Informationen und Anregungen, sondern um individuelle Einstellungsveränderungen und praktische Handlungsalternativen geht. Auf solche offenen, nachfrageorientierten Zeitperspektiven kommt es besonders an, wenn es um demokratische Zugewinne in der lokalen und regionalen politischen Kultur geht.
- Komplexe, mehrere Präventionsebenen und -formate kombinierende Strategien sind aussichtsreicher als Präventionsprogramme, die nur auf einen bestimmten Interventionstypus setzen. Erfolg versprechend sind passgenaue, verhaltens- und kontextorientierte Angebote und Formate, die auf die jeweiligen Zielgruppen, institutionellen Kontexte und Lebensbereiche zugeschnitten sind.

Die Erfahrungen aus zehn Jahren Modellprogrammen verdienen eine intensive sekundäre Aufbereitung. Hilfreich wäre zum einen eine Meta-Evaluation, die zusätzlich die internatio-

.....

43 Vielmehr dominiert oft eine formelhafte Antragstellung und Berichterstattung, die mit Hilfe von abstrakten, aber elaborierten Zielhierarchien Qualität eher suggeriert als erzielt. Eine Folge ist, dass sich gelegentlich die Ergebnisberichte von LAP-Projekten nicht von den Anträgen unterscheiden lassen.

nalen Erfahrungen in der Bekämpfung von Rechtsextremismus aufarbeitet und zu Handlungsempfehlungen verdichtet. Zum anderen sollten gezielt Transferperspektiven für die Regelbereiche (Kindergarten, Schule, Ausbildung, offene Jugendarbeit, Kommunalverwaltung etc.) ausgearbeitet werden, um die Ergebnisse gelungener Projektarbeit zu sichern und sie institutionellen Akteuren zugänglich zu machen.

Insgesamt fällt auf, dass die Chancen der Begleitforschung weniger in einer kritisch-selbstkritischen Bilanz der gemachten Erfahrungen gesehen werden als in Hochglanz-Erfolgsgeschichten. Gerade weil die Auseinandersetzung mit aktuellen Formen des Rechtsextremismus ein solch hoch emotionalisiertes und moralisch aufgeladenes, mit zahlreichen politischen Fallstricken bestücktes Aktionsfeld darstellt, fallen nüchterne Betrachtungen von Wirkungen und Nebenwirkungen so schwer.

Nachteilig scheint zudem, dass die Evaluationsbestände ausländischer Programme gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, wenn überhaupt, nur selektiv rezipiert worden sind.

Der inflationäre Gebrauch der Vorsilbe „neo“ dürfte dazu beigetragen haben, dass die gerade in jüngster Zeit beachtlichen Erträge der historischen Faschismusforschung bislang zu wenig Eingang in die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus fanden, obwohl gerade in Deutschland rechtsradikale Mobilisierungen ohne einen revisionistischen Bezug auf Hitler-Deutschland schwer vorstellbar sind. Dass zudem der historischen Gedankenwelt des Nationalsozialismus kaum neue Elemente hinzugefügt, sondern allenfalls die verschiedenen Strömungen der Konservativen Revolution und der NS-Bewegung nachgespielt werden, macht dieses verbreitete Desinteresse an der historischen Forschung noch unverständlicher. Von besonderem Interesse dürfte die Auseinander-

setzung mit dem Bewegungskarakter des Nationalsozialismus vor 1933 und die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Vereinigungen für die Ausbreitung bzw. Eindämmung dieser Bewegung sein – natürlich stets eingedenk der Binsenweisheit, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Es herrscht heute Einigkeit darüber, dass man die Qualität des Engagements gegen Rechtsextremismus nicht allein an einer abnehmenden Zahl entsprechender Straf- und Gewalttaten oder an ausbleibendem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien ablesen kann – auch wenn diese Faktoren (neben anderen) sehr wohl Ausdruck dafür sein können, dass Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ihre gewünschte Wirkung entfalten. Unklar ist hingegen nach wie vor, anhand welcher Kriterien man Erfolge in dieser Arbeit messen kann. Es gibt zwar mittlerweile in Deutschland einen großen Erfahrungsschatz in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – insbesondere seit Einführung der Bundesprogramme unter der rot-grünen Bundesregierung. Es fehlt aber an verallgemeinerbaren Erkenntnissen über externe und interne Erfolgsfaktoren.<sup>44</sup>

Das Interesse an solchen Qualitätskriterien hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. In einzelnen Handlungsfeldern (institutionelle Beratung und Opferberatung) existieren bereits lokale und regionale Qualitätszirkel, -handbücher und -kataloge. Besondere Beachtung verdienen dabei Bewertungen und Vorschläge, die aus internationalen Vergleichen gewonnen wurden (vgl. Art 2007; Bleich 2007; Bertelsmann 2009). Ihre verallgemeinernde Zusammenschau und Bewertung steht jedoch aus.

*„There is no single and immediate measure that could do away with the societal and political threat originating from the radical right“*

(Kösemen 2009: 556)

.....

44 Dirk Wilking, seit vielen Jahren in der Mobilen Beratung Brandenburgs tätig, kommt für die ländlichen Regionen zu dem Ergebnis: „Einheitliche Rezepte gibt es derzeit nicht, auch ein Methodenbuch scheint mir noch in weiter Ferne [...] Wir müssen noch viel entwickeln“ (Wilking 2009: 24).



# 4

**Gute Praxis bei der Bekämpfung  
von Rechtsextremismus:  
Beispiele aus den Handlungsfeldern  
Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft**

## 4 Gute Praxis bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus: Beispiele aus den Handlungsfeldern Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft

### Untersuchungskonzeption

Parallel zu den vielfältigen Erklärungsansätzen und Untersuchungsebenen hat sich eine breite Palette von Interventionsformen entwickelt, die von Informations-, Erziehungs- und Bildungsinitiativen bis zu breiter angelegten staatlichen Programmen reichen, wie sie bereits vorgestellt wurden. Es fällt nicht leicht, die Vielfalt der Projekte und Interventionsformen übersichtlich und inhaltlich angemessen zu sortieren. Nachfolgend wird ein gängiges Dreisektorenmodell gewählt, das zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterscheidet. Die Akteure im jeweiligen Handlungsfeld unterliegen dabei den unterschiedlichen Funktionserfordernissen und Handlungsimperativen dieser Bereiche. Die damit verbundenen zentralen Fragen lauten:<sup>45</sup>

- Was leisten Akteure aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?
- Welche besonderen Handlungsbedingungen gelten in den jeweiligen Sektoren für das Themenfeld Rechtsextremismus?
- Welche Gelingensfaktoren lassen sich für gute Arbeit in den jeweiligen Sektoren identifizieren?

Eigentlich gehörte analytisch noch ein vierter Bereich dazu, nämlich die *Gemeinschaften bzw. Familien*.<sup>46</sup> Familien sind auch in der allgemeinen Präventionspolitik zu einem wichtigen Fokus öffentlichen Handelns geworden. Zu den Aktionsfeldern gehören die präventive Erziehungsberatung und neue Modelle der El-

ternselbsthilfe (Stadtteilmütter, Eltern-AG etc.) mit dem Ziel einer demokratischen Erziehung, die soziale Kompetenzen und Anerkennung mit Toleranz, dem Abbau von Vorurteilen und prosozialem Verhalten verbindet.<sup>47</sup> In der Kriminalprävention richten sich polizeiliche „Gefährderansprachen“ nicht zuletzt an die Eltern von Jugendlichen, die zur rechtsextremen Szene gezählt werden. Im Bereich Rechtsextremismus gibt es zudem Beratungsangebote für und Selbsthilfegruppen von Eltern, deren Kinder in die rechtsextreme Szene abgedriftet sind.

Schließlich verdiente noch die Sphäre der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit, die mit einer eigenen Infrastruktur (Versammlungen, Veranstaltungen, alte und neue Medien etc.) zwischen den Sektoren vermittelt, eigene öffentliche Räume markiert, die Wahrnehmung und Kritik von Entwicklungen in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen ermöglicht und schließlich an der Erzeugung der „öffentlichen Meinung“ mitwirkt. Dass den klassischen Medien (von der Tagespresse bis zum Fernsehen) für die Wahrnehmung und Bearbeitung sozialer Probleme eine wichtige Rolle zukommt, ist gerade für das Themenfeld Rechtsextremismus häufig betont worden. Über die besonderen Fallstricke im medialen Umgang mit Rechtsextremismus ist häufiger nachgedacht worden (vgl. Schellenberg 2005). Engagierte Journalist/innen haben entscheidend dazu beigetragen, aktuelle Entwicklungen sichtbar zu machen, zu skandalisieren und auf öffentliche Debatten zu drängen. Gleichzeitig leidet auch die Medienberichterstattung über rechts-

45 Es versteht sich von selbst, dass eine begrenzte Auswahl von gelungenen Beispielen hierauf keine belastbaren Antworten geben kann. Es geht um Anregungen für einen weiteren Wachstumsring in der Qualitätsdebatte.

46 Sozialpolitisch orientierte Analysen dieses Viersektorenmodells bietet der Sammelband von Evers/Olk 1996.

47 In Irland sind z.B. „Family Resource Centres“ in die lokale Integrations- und Antirassismuspoltik einbezogen – vgl. Lynam 2007. Dies ist der deutschen Modellförderung für Mehrgenerationenhäuser und den lokalen Bündnissen für Familien bislang nicht bekannt.

extreme Vorfälle unter den bekannten Strukturproblemen des Mediensektors (Konzentration auf spektakuläre Ereignisse, geringe Tiefenschärfe in der Berichterstattung etc.). Unterhalb dieser etablierten Öffentlichkeitssphäre hat sich längst ein wenig übersichtliches Feld digitaler Kommunikation ausgebreitet, das auch intensiv von Rechtsextremen genutzt wird (Internetseiten, Handykommunikation, YouTube, Schüler VZ, Twitter etc.) und u. a. zu Debatten über die Sperrung entsprechender Seiten geführt hat.<sup>48</sup>

Wie jedes Ordnungsmodell hat auch die Unterscheidung von Markt, Staat und Zivilgesellschaft offensichtliche Unschärfen und Schwächen. Es trennt zuweilen analytisch Dinge, die eigentlich zusammengehören. Einige dieser Problemzonen seien vorab benannt:

- **Intersektorale Kooperation**

Häufig wirken heute Akteure aus mehreren Bereichen zusammen. Das bekannteste Beispiel dürfte die staatliche Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten sein, wie sie im Zentrum der rot-grünen Bundesprogramme stand.

- **Hybride Praxisformen**

Oft treffen wir auf Aktivitäten, die Handlungslogiken aus verschiedenen Sektoren kombinieren. Ein typisches Beispiel ist das Medienimperium des politischen Unternehmers und Verlegers Gerhard Frey, der zwischen 1971 und 2009 die rechtsextreme Partei „Deutsche Volksunion“ führte. Er blieb der zentrale Finanzier der bei ihm schließlich hoch verschuldeten Partei, die gleichzeitig als wichtiger Werbeträger und Vertriebsweg für seine Druckzeugnisse anzusehen ist.

- **Hybride Organisationen**

Um bei dem Beispiel Parteien zu bleiben: Sie können als Organisationsformen betrachtet werden, die in unterschiedlichen Mischungen zivilgesellschaftliche und staatliche Logiken miteinander kombinieren und in schwächerer Form auch als Wirtschaftsunternehmen auftreten. Als freiwillige Mitgliedsorganisationen gehören sie zum zivilgesellschaftlichen Assoziationswesen. Als Zusammenschlüsse, die Personal für Funktionen in Regierungen und im öffentlichen Dienst stellen, unterliegen sie stärker staatlichen Imperativen, zumal als Parteien in der Regierung.

Nachfolgend soll die dominante Logik als Zuordnungsmerkmal für die präsentierten Projekte gewählt werden, ohne Überschneidungen mit anderen Bereichen zu ignorieren.

### Zur Auswahl der Beispiele

Nachfolgend werden einige gute Beispiele aus drei Handlungsfeldern präsentiert.<sup>49</sup> Bei dieser notwendig begrenzten und hoch selektiven Auswahl ging es um folgende Gesichtspunkte:

- thematische und regionale Vielfalt,
- eine Mischung von prominenten und weithin unbekanntem Beispielen,
- um exemplarische Versuche, im Rahmen der jeweiligen beruflichen und bürgerschaftlichen Möglichkeiten zur Überwindung, zumindest aber zur Eindämmung von Rechtsextremismus beizutragen und
- um die Aufhellung von Interventionsbereichen, die bislang weniger Beachtung gefunden haben.

48 Erste Informationen zu diesem Themenfeld bietet die Netzseite der Bundeszentrale für politische Bildung „Rechtsextreme und Medien“ ([www.bpb.de/themen/TIFY6W.html](http://www.bpb.de/themen/TIFY6W.html)).

49 Mit schlechten Beispielen ließen sich Bände füllen. Sie reichen etwa im polizeilichen Bereich von der Weigerung, bei rechtsextremen Übergriffen überhaupt tätig zu werden, der Vernachlässigung aller Hinweise auf den rechtsextremen Hintergrund einer Tat bis hin zur Verfolgung der Opfer und der duldsamen „Nachsicht“ gegenüber den Täter/innen. Die Veröffentlichungen der Opferberatungen sind prall gefüllt mit Beispielen polizeilichen und richterlichen Fehlverhaltens (vgl. etwa die aktuelle Ausgabe Nr. 29 vom Frühjahr 2010 der „Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ aus Sachsen-Anhalt). Vor einigen Jahren wurde in Brandenburg zu einer ungewöhnlichen Tagung mit dem Titel „Gegen die Wand – Zum pädagogischen Scheitern zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ eingeladen. Leider ist der Tagungsband nie erschienen, denn die Beteiligten hatten durchaus den Eindruck, von den Negativbeispielen mehr für ihre alltägliche Arbeit lernen zu können als von den vielen „best practice“-Berichten.

Gute Beispiele sind nicht mit „best practice“ zu verwechseln. Projekte und Ansätze als solche auszuzeichnen, würde umfangreiche vergleichende Studien voraussetzen, die zugleich die jeweiligen Wirkungen, aber auch die Erfolgs- und Transferbedingungen in den Blick nehmen. Auf sie kann diese Expertise nicht zurückgreifen. „Gute Praxis“ bedeutet auch nicht, dass die Beispiele zur uneingeschränkten Nachahmung empfohlen werden – selbst wenn dies möglich wäre. Es handelt sich zum einen um Antworten auf spezifische lokale und regionale Lagen. Ob sie an anderen Orten taugen, wäre erst noch zu klären. Zum anderen loten einige der ausgewählten Beispiele die Möglichkeiten ihres Feldes in einer Weise aus, die an individuelle und konzeptionelle Grenzen führt. So viel Courage und Leidenschaft lassen sich nicht konzeptionell einplanen. Zentrale Akteure der ausgewählten Beispiele zeichnen sich überwiegend durch eine Kombination von Eigenschaften aus, die seit Max Webers berühmter Rede „Politik als Beruf“ (1919) gerne im politischen Raum beansprucht werden: Leidenschaft für die Sache, Verantwortungsgefühl und Augenmaß – eine eher seltene und schwierige Kombination.

Mit „informierter Willkür“ wäre das Auswahlprinzip für die Projekte und Arbeitsansätze wohl am besten beschrieben: informiert, weil ich mich vorab um eine Übersicht über das jeweilige Handlungsfeld bemüht habe; willkürlich, weil letztlich zufällige Begegnungen und Eindrücke, die Erreichbarkeit der Projektträger u. a. m. eine Rolle bei der Auswahl gespielt haben. Erarbeitet wurden die Projektprofile vor allem mithilfe von verschriftlichten Materialien aus unterschiedlichen Quellen (Aufsätze, Selbstdarstellungen, Konzeptpapiere, Vorträge, Zeitungsberichte, wo vorhanden auch wissenschaftliche Studien etc.). Mit Beteiligten aus jedem der Beispiele wurde zudem ein persönlicher Kontakt hergestellt (durch Interviews, E-Mails etc.), um die schrift-

lichen Darstellungen zu überprüfen. Einige der Projektorte konnten auch besucht werden oder waren aus anderen Arbeitszusammenhängen bekannt.

## 4.1 Handlungsfeld Staat

### Der Staat als zentraler Akteur bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus

In der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten spielt staatliche Politik stets eine gewichtige Rolle. Das Spektrum reicht von gesetzgeberischen und repressiven Maßnahmen über verschiedene Formen der Prävention bis hin zu einer Rahmenpolitik, die auf die Stärkung von Demokratie, Toleranz und Vielfalt gerichtet ist. Die Veränderung von gesellschaftlichen Kontexten, die zur Beschränkung der Resonanz rechtsextremer Politik führen, kann dem Bereich der Primärprävention (siehe Info-Kasten Prävention) zugerechnet werden. Im Folgenden wird auf die Aufgaben des Staates als zentraler Akteur problematisierend eingegangen, bevor mit einzelnen Fallstudien Ansätze guter Praxis vorgestellt und Gelingensfaktoren herausgearbeitet werden.

In der politischen Kultur der Bundesrepublik kommt dem Staat somit eine zentrale Aufgabe zu, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geht. Bereits im Grundgesetz angelegt, durch die frühen Parteienverbotsurteile des Bundesverfassungsgerichts bekräftigt, durch ein besonderes politisches Strafrecht<sup>50</sup> flankiert und mit der Institution des Verfassungsschutzes als staatliche Behörde auf Bundes- und Landesebene bewehrt, wurde die institutionell verankerte Leitidee der „streitbaren“ bzw. „wehrhaften Demokratie“ zum Dreh- und Angelpunkt für die Auseinandersetzung mit politischem „Extremismus“. War es nach Kriegsende eine große Portion Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung

50 In seinem Wunsiedel-Urteil vom 4.11.2009 (1 BvR 2150/08) hat das Bundesverfassungsgericht noch einmal nachdrücklich die Möglichkeit des Gesetzgebers bekräftigt, weitgehende Grundrechtseinschränkungen im Kampf gegen Neonazismus vorzunehmen. Im Kontrast zur gleichsetzenden Extremismus-Formel hebt das höchste Gericht dabei den einzigartigen Charakter des Nationalsozialismus hervor.

und ihrer politischen Verführbarkeit, die Angst vor „Weimarer Verhältnissen“, so hat sich vor allem unter dem Eindruck des Kalten Krieges und in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ein System der „inneren Sicherheit“ entwickelt, das legitime politische Betätigung in einen eng interpretierten Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zwängte, jenseits dessen staatliche Repression (von Parteien- und Organisationsverboten bis zu Berufsverboten für deren Mitglieder) als legitim erachtet wurde.<sup>51</sup> Bis zu den politischen Reaktionen nach den Anschlägen auf die New Yorker Zwillingstürme und das Pentagon vom 11. September 2001, die im proklamierten „Krieg gegen den Terror“ zu massiven Einschränkungen von Bürgerrechten in vielen westlichen Demokratien führten (vgl. Wilson 2005), war die Bundesrepublik mit diesem staatlich geprägten Demokratieschutz durch strafbewehrte gesetzliche Einengungen und geheimdienstliche Überwachung des politischen Spektrums im Kreis der westlichen Demokratien eher ein Sonderfall.

### Zur Rolle staatlicher Repression

Über den Sicherheitsnutzen und die bürgerrechtlichen Kosten dieses staatlich repressiv gestützten, „wehrhaften“ Demokratieverständnisses ist viel gestritten worden.<sup>52</sup> Ihm wohnt ein Misstrauen gegen Bürger/innen inne, deren politische Rechte im Zweifel zur Dispositionsmasse geraten, wenn es die „Staatsräson“ – und sei es nur das zuständige Innenministerium – verlangt. Internationalen Beobachter/innen gilt die Bundesrepublik spätestens seit den 1960er Jahren

als gefestigte Demokratie. Sie sei zunehmend von aktiven Demokrat/innen bevölkert, die den Schutz der demokratischen Verfassung auch in ihre eigene Hände nehmen könnten.<sup>53</sup>

Die dominante Rolle der Repression wird auch in einem aktuellen europäischen Ländervergleich betont: „Der Umgang mit dem Rechtsextremismus ist in den von uns untersuchten Ländern stark durch repressive Maßnahmen gekennzeichnet. Durch repressive Gesetzgebungen können Grenzen des Akzeptierbaren markiert werden“ (Schellenberg 2010: 95).<sup>54</sup> Die Bekämpfung des Rechtsextremismus erhält dadurch einen rechtlichen Rahmen, das Recht auf Sicherheit und körperliche Unversehrtheit von potenziellen Opfergruppen wird bekräftigt und das staatliche Gewaltmonopol gegen eine Gruppierung behauptet, die für sich in Anspruch nimmt, auch Gewalt und Einschüchterung für ihre Ziele zu nutzen.<sup>55</sup>

Gleichzeitig betonen Beobachter/innen wie staatliche Vertreter/innen die Grenzen repressiver Strategien:

- Sie müssen sich selbst in einem rechtsstaatlichen Rahmen bewegen, der Bürger- und Freiheitsrechte prinzipiell respektiert. Dies gilt auch für den Umgang mit rechtsextremen Akteuren.
- Sie sind notwendig selektiv, d.h. sie können nur einen Teil der unerwünschten Handlungsweisen erfassen und erreichen das „Hellfeld“, während das Dunkelfeld unberührt bleibt. Es ist auch eine Frage der Polizeipräsenz, ob bestimmte Übergriffe wahrgenommen und verfolgt werden. Zudem gibt es vielfältige Formen der Einschüchterung, alltäglichen Diskriminie-

.....

- 51 Zu Konzept und Geschichte der „wehrhaften Demokratie“ und zur Formel „freiheitliche demokratische Grundordnung“ vgl. Denninger 1975 und Jaschke 1991. Auf vordemokratische Ursprünge eines Verfassungsschutzes, der in der Praxis als Staatsschutz agiert, hat nachdrücklich Ridder 1984 aufmerksam gemacht.
- 52 Vgl. die affirmative Darstellung von Klump 2004 und die zugespitzte Kritik von Narr 2009 in der Auseinandersetzung mit neueren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache.
- 53 Bereits die Protestmobilisierungen für die Pressefreiheit anlässlich der „Spiegel-Affäre“ von 1962 gelten hierfür als eindrucksvoller Beleg, während gleichzeitig demokratiegefährdende Dimensionen staatlichen Handelns stärker in den Blick gerieten. Solche Zweifel wurden in den 1970er Jahren stärker, als – mit einer deutlichen Fixierung auf „Linksextremismus“ und die terroristische Praxis der „Roten Armee Fraktion“ – das staatliche System „innerer Sicherheit“ ausgebaut wurde.
- 54 Zu den untersuchten Ländern gehören – neben Deutschland – Großbritannien, Irland, Polen, Frankreich und Spanien.
- 55 Wie bei terroristischen Aktionen zielen auch gewaltbereite rechtsextreme Akteure auf das „Herz des Staates“. Sie stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage und höhnen dessen Sicherheitsversprechen an die Bürger/innen aus, das seit der frühbürgerlichen Philosophie eines Thomas Hobbes zur zentralen Legitimation des modernen Staates geworden ist.



rung und unzivilen Verhaltens, die unterhalb staatlich-repressiver Eingriffsschwellen liegen.

- Sie sind in der Regel reaktiv, d.h. sie reagieren auf rechtsextreme Aktionen und bemühen sich um Schadensbegrenzung. Aus präventiver Sicht kommen sie zu spät, weil „das Kind erst in den Brunnen gefallen sein muss“.
- Sie haben keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss auf Gesinnungen, die bei Hasskriminalität ein treibender Faktor sind.
- Die Wirkungen repressiver Eingriffe sind in der Regel begrenzt und häufig mit unerwünschten Nebenfolgen verknüpft. Dies gilt zum einen für die allenfalls begrenzte generalpräventive Wirkung von Strafverfolgung auf eine Szene, die sich gerne selbst als verfolgte Widerständler gegen „das System“ phantasiert. Zum anderen gibt es gute empirische Gründe, an der resozialisierenden Wirkung von Haftstrafen zu zweifeln. Unter Umständen ist auch bei rechtsextrem motivierten Straftäter/innen das Gegenteil der Fall, etwa wenn die rechtsextreme Szene die von „ihren“ Einsitzenden dominierten Haftanstalten als ihre „Schulungsstätten“ betrachten kann.<sup>56</sup>
- Sie stoßen nicht zur Bearbeitung der Ursachen vor und können diese auch nicht ersetzen – es sei denn, man begriffe staatliche Duldsamkeit gegenüber menschenverachtenden Verhaltensweisen selbst als eine Ursache für sich ausbreitende rechtsextreme Gewalt (was in bestimmten Phasen pogromartiger Mobilisierungen wie in Rostock-Lichtenhagen, als unter dem Beifall einer grölenden Menge Brände in einer Ausländerunterkunft gelegt wurden, sicherlich der Fall war).
- Die Opfer von Gewalt bleiben bei repressiven Strategien zumeist randständig. Selbsthilfeorganisationen wie der „Weiße Ring“ oder Konzepte wie der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) versuchen hier ein Gegengewicht zu schaffen. Im Kontext von Rechtsextremismus und frem-

denfeindlicher Gewalt bemühen sich vor allem die Opferberatungen um die solidarische Vertretung der Geschädigten.

Umso mehr muss das deutliche Schwergewicht repressiver Antworten auf rechtsextreme Herausforderungen erstaunen. Die Hauptarbeit sollte stattdessen, darin sind sich die meisten Beobachter/innen einig, auf präventiven Maßnahmen liegen. Sie erfordern jedoch längerfristige und kontinuierliche Anstrengungen, um Wirkungen entfalten zu können. Mit kriminalpräventiven Konzepten geht die Polizei gelegentlich selbst diesen Weg und verknüpft sozialarbeiterische und polizeiliche Aufgaben.<sup>57</sup>

Der beobachtbare Einfluss repressiver Strategien auf die Entwicklung rechtsextremer Gruppierungen und Milieus weist ambivalente Züge auf. Die Verbotspraxis und die Pönalisierung, d.h. die Strafbarkeit rechtsextremer Propagandadelikte kann einerseits zur Steigerung der individuellen Nachteile und Risiken beitragen und damit die Hürden und Kosten erhöhen, die mit einem Engagement in dieser Szene verbunden sind. Aber Objekt der Kontrolle sind im Falle des Rechtsextremismus nicht rational handelnde Gruppierungen, sondern Gesinnungsgemeinschaften, die aus Ablehnung und Verfolgung auch Bestätigung ziehen können. Deshalb dürfte die Abschreckungswirkung eher im Vorfeld spürbar werden – allerdings nur dann, wenn die rechtlichen und polizeilichen Möglichkeiten auch genutzt werden. Das ist jedoch gerade in den am meisten betroffenen Regionen oft nur sehr eingeschränkt der Fall. Erinnerung sei hier an die Serie von Vorfällen in Sachsen-Anhalt (verbunden z.B. mit Ortsnamen wie Halberstadt, Pretzien, Pömmelte), die durch eine Mischung von polizeilichen Unterlassungen, Ignoranz der lokalen Politik, staatsanwaltschaftlicher Untätigkeit und gerichtlicher Verharmlosung gekennzeichnet waren. Sie sind inzwischen auch Gegenstand eines Untersuchungsausschusses des

56 Die Arbeit des weiter unten dargestellten Violence Prevention Network (siehe Kapitel 4.1) versucht, dieser Gefahr entgegenzutreten.

57 Dies zeigt etwa das Beispiel der Aufsuchenden Polizeiarbeit im Rems-Murr-Kreis (siehe Kapitel 4.1).

Landtags geworden.<sup>58</sup> Oft fehlt es – vor allem im ländlichen Bereich – zudem schlicht an den personellen und professionellen Ressourcen für eine effektive Kontrollstrategie.

Dass es auch Anlass zu der Vermutung gibt, Beamte der Kontrollinstanzen teilten zuweilen rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen, ist zuletzt im Zusammenhang mit dem noch immer ungeklärten gewaltsamen Tod des aus Sierra Leone stammenden Oury Jalloh in einem Dessauer Polizeigewahrsam im Januar 2005 mit reger internationaler Anteilnahme (z. B. in Jahresberichten von Amnesty International) debattiert worden. Die anhaltend hohe Zahl von gewaltsamen rassistischen und fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland hat immer wieder internationale und europäische Organisationen auf den Plan gerufen, die nicht nur die Schutzgarantie gegenüber gefährdeten Bevölkerungsgruppen anmahnen, sondern Polizeireformen, wie z. B. ihre interkulturelle Öffnung anmahnen.<sup>59</sup>

Repression kann gerade bei jenen Gruppierungen der rechtsextremen Szene nur begrenzt erfolgreich sein, die aus ihrer „Verfolgung“ politisches Selbstbewusstsein, gesteigerte Bedeutsamkeit und politische Handlungsenergien schöpfen. „Widerstand“ und „Gegenwehr“ gehören zu den klassischen Legitimationsformeln ungezügelter rechtsextremer Gewalt. Immer wieder lassen sich unterschiedliche strategische Versuche beobachten, aus der eigenen – als illegitim dargestellten

– Repressionserfahrung politischen Nutzen zu ziehen. Der demokratische Charakter des politischen Systems wird in Zweifel gezogen, staatliche Neutralität angemahnt und der Täter- in einen Opferstatus verkehrt.<sup>60</sup> Repression ist auch der Stoff, aus dem die extrem rechte Szene Märtyrer und Helden konstruiert.

Zudem lässt sich die Entwicklung und schnelle Abfolge von rechtsextremen Gruppierungen und Parteien in der Nachkriegsgeschichte als immer wieder neue Camouflage betrachten, um sich entlang der Verbots Grenzen und darüber hinaus bewegen zu können – etwa durch die Nutzung von Zahlencodes, weil das öffentliche Tragen nationalsozialistischer Symbole strafbar ist. Rechtsextreme Kader haben sich entsprechend in Fragen des Versammlungsrechts oder von Propagandadelikten professionalisiert. Auch die jugendkulturell geprägten Szenen erwiesen sich in den letzten Jahrzehnten als erstaunlich anpassungsfähig, wie die immer wieder aktualisierten Kataloge mit szenetypischen Codes, Symbolen, Markennamen und Outfits verdeutlichen. Wie in anderen Lebensbereichen auch, provozieren Verbote nicht unbedingt einen Abschied von Überzeugungen, sondern die Suche nach neuen Wegen, sie zum Ausdruck zu bringen. Repression wird so unfreiwillig zur Innovationsquelle für die rechtsextreme Szene, solange sie in der Lage ist, darauf strategisch zu antworten.<sup>61</sup> Besonders strittig sind die Folgen des um-

58 Internationale Organisationen wie Amnesty International (AI) oder die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ECRI) haben in ihren jährlichen Berichten immer wieder auf Mängel im polizeilichen Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik hingewiesen. Trotz guter Ansätze ist die Menschenrechtsbildung in der Polizei noch deutlich verbesserungsbedürftig. Zudem fehlen unabhängige Beschwerdeinstanzen, wie sie z. B. in Österreich geschaffen wurden, die eine lösungsorientierte Thematisierung solcher Defizite in der Polizeikultur fördern könnten. So lautet das Fazit eines Insiders in einer gründlichen Studie für das Deutsche Institut für Menschenrechte (vgl. Schicht 2007).

59 Die Bundesregierung hat auf diese Problematik reagiert und ihr unter der Überschrift „Sensibilisierung von Polizei- und Justizpersonal“ im „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ vom Oktober 2008 ein eigenes Kapitel gewidmet (BMI 2008: 109ff.). Die Lektüre vermittelt den Eindruck, hier seien bereits die notwendigen Schritte getan und alles zum Besten bestellt. Es fehlt nicht nur eine quantifizierende Beschreibung der Reichweite und der Wirkungen der beschriebenen Sensibilisierungsmaßnahmen, sondern auch jeder Hinweis auf weiterreichende Vorhaben und Ziele (z. B. die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Polizei).

60 Wie das weiter unten präsentierte Passauer Beispiel besonders drastisch zeigt (siehe Kapitel 4.1).

61 Diese nichtintendierte Dynamik belegt eine lokale Fallstudie von Klärner 2008. Systematisch untersucht wurde die Wirkung von Repression auf rechtsextreme Gruppen in einem Projekt des Forschungsverbunds Desintegrationsprozesse mit dem Titel „Repression und Reaktion“ (Minkenberg/Erb 2006), dessen Ergebnisse demnächst veröffentlicht werden.

fangreichen Einsatzes von V-Leuten in rechts-extremen Führungsgremien, seit daran ein Parteienverbotsverfahren gegen die NPD 2003 scheiterte.<sup>62</sup>

Politisch weniger umstritten, aber praktisch nicht selten unzulänglich und halbherzig ist der polizeiliche Opferschutz. Die gerade von rechts-extremen Gewalttäter/innen ideologisch legitimierte und praktisch gesuchten asymmetrischen Täter-Opfer-Konstellationen, also die Konzentration auf Überlegenheitssituationen und besonders verletzbare Opfergruppen (Migrant/innen, Behinderte, Obdachlose etc.) gibt der staatlichen Sicherheitsgarantie zusätzliches Gewicht. Neben der Generalprävention kommt der Spezialprävention mit Blick auf potenzielle Opfergruppen deshalb erhebliches Gewicht zu. Dies gilt nicht nur für die unmittelbare Polizeiarbeit, sondern für die gesamte Kette der Strafverfolgung (Staatsanwaltschaften, Gerichte, Gefängnisse etc.).<sup>63</sup>

### Auf dem Weg zu einer „integrierten“ staatlichen Strategie?

In der Auseinandersetzung mit den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus ist bereits deutlich geworden, dass sich staatliches Handeln in diesem Feld nicht auf Repression und Kriminalprävention beschränkt. Umso mehr ist eine „integrierte Strategie“ zu wünschen, die repressive, pädagogische und präventive Interventionen in diesem Feld verknüpft, aber auch die Grenzen der jeweiligen Interventionsformen erkennt. Obwohl es auf beschreibender Ebene solche Versuche gibt,<sup>64</sup> kann von einem strategisch ausgerichteten Konzept nicht gesprochen werden. Dazu fehlt es nicht zuletzt an einer kri-

tischen Bewertung der eingesetzten repressiven Strategien, ihrer Umsetzung und Wirkungen. Für die präventiven Modellprogramme des Bundes liegen hierzu immerhin einige Materialien vor.

### Beispiele guter Praxis



### Ausschöpfen der rechtlichen Möglichkeiten – Repressive Praxis der Polizeidirektion Passau<sup>65</sup>

Die Messerattacke am 13. Dezember 2008 auf Alois Mannichl, den damaligen Leiter der Polizeidirektion Passau, vor dessen Wohnhaus in Fürstzell erregte bundesweites Aufsehen. Die Tat konnte auch bis Ende April 2010 nicht aufgeklärt werden, aber es ist davon auszugehen, dass dieser Gewaltakt im Zusammenhang mit dem konsequenten Vorgehen der Passauer Polizei gegen die rechtsextreme Szene zu sehen ist. Ein genauer Blick auf die eingesetzte Strategie, ihre Risiken und Nebenwirkungen dürfte lohnen.

62 Vgl. BVerfG, 2 BvB 1/01 vom 18.3.2003 – zur heftigen, immer wieder neu aufflammenden Debatte um das Für und Wider eines NPD-Verbots vgl. Leggewie/Meier 2002.

63 Zwei der ausgewählten Beispiele sind hier besonders instruktiv. Die polizeiliche Prävention im Rems-Murr-Kreis zielte von Anbeginn darauf, der staatlichen Sicherheitsgarantie auch für die Migrant/innen und Asylsuchenden in der Region Geltung zu verschaffen. Dass auch im gerichtlichen Alltag Opferschutz eine praktisch folgenreiche Maxime sein kann, verdeutlicht das Vorgehen des Jugendrichters Andreas Müller in Bernau (siehe Kapitel 4.1).

64 Erstmals in der Antwort der Bundesregierung von 2002, dann im „Zweiten periodischen Sicherheitsbericht“ (BMI/BMJ 2006) und zuletzt im „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ (BMI 2008).

65 Grundlage der Darstellung sind vor allem zahlreiche Presseberichte, deren Angaben in einem Telefoninterview mit Alois Mannichl am 20.1.2010 geprüft wurden.

Die Stadt Passau selbst gilt nicht als ein Schwerpunkt der rechtsextremen Szene Bayerns, aber die – inzwischen abgerissene – Nibelungenhalle der Stadt war ein Anziehungspunkt für rechtsextreme Veranstaltungen. Auch Mannichls nahegelegener Wohnort ist nicht so ruhig und friedlich, wie Presseberichte über den Anschlag es nahelegten. Der etwa 30 Personen starke NPD-Kreisverband nutzte eine Gaststätte in Fürstenzell als regelmäßigen Treffpunkt. Mit einer Serie von Aktionen wurde gerade im Jahr 2008 deutlich, dass die rechtsextreme Szene der Region sich nicht mit heimlichen Treffen in Hinterzimmern bescheiden wollte. So fand in Fürstenzell am 8. März 2008 eine Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Versammlungsrecht für alle – mehr Demokratie wagen – Hände weg von der NPD“ statt, an der sich 50 Personen beteiligten, um gegen den „Repressionsdruck“ des Staates gegen die Partei zu demonstrieren. Am 8. Mai folgte ein Trauermarsch mit Mahnwache unter dem revisionistischen Motto: „8. Mai 1945 – Der Krieg war vorbei, doch das Morden ging weiter. Gedenken an die Opfer des alliierten Terrors und der Vertriebenen“ am dortigen Kriegerdenkmal mit 40 Teilnehmenden.

Einschneidend war die Beerdigung des prominenten Rechtsextremen Friedhelm Busse am 26. Juli 2008 in Passau, zu der sich 90 Personen zusammenfanden. Nach der Niederlegung der Reichskriegsflagge mit Eisernem Kreuz und Hakenkreuz auf den Sarg kam es zu Festnahmen und einer spontanen Demonstration gegen die „Willkür der Polizei“. Die Auseinandersetzung ging weiter. Anlässlich einer Gedenkveranstaltung der Stadt zum Volkstrauertag am 16.11.2008 veröffentlichte der NPD-Kreisvorsitzende von Passau einen Internetbeitrag mit der Behauptung, Polizeidirektor Mannichl habe auf den Gräbern der toten Soldaten herumgetrampelt. Mannichl beantragte noch am gleichen Tag per einstweiliger Verfügung beim Amtsgericht die Entfernung der Textpassage und bekam Recht. Die NPD

musste den Satz löschen und der NPD-Mann wurde wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe verurteilt.

Diese Ereignisfolge<sup>66</sup> macht einen Eskalationsprozess deutlich, in dem Alois Mannichl als Leiter der Polizeidirektion zum zentralen Feind der rechtsextremen Szene dieser Region avancierte. Dabei handelte der Polizeichef aus seiner Sicht konsequent im Sinne seiner Zuständigkeiten. Seine Devise lautete: „Mit Kreativität und Hartnäckigkeit alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.“ Ihre praktische Umsetzung beschreibt Mannichl beispielhaft in verschiedenen Veröffentlichungen folgendermaßen:

- Er geht bei geplanten rechtsextremen Veranstaltungen in Gasthäusern warnend auf die Wirt/innen zu, um sie darauf hinzuweisen, was auf sie zukommen würde, nämlich massive Polizeipräsenz („Hundertschaften vor dem Lokal“). Dort, wo sich Rechtsextreme versammeln, sei auch mit Gegendemonstrant/innen zu rechnen, die dann vor Ort aufeinanderprallen. Was werden wohl die übrigen Gäste dazu sagen? Im Ergebnis konnten die Wirt/innen davon überzeugt werden, den Rechtsextremen keinen Versammlungsraum zur Verfügung zu stellen. Am Ende gab es in Passau kein Lokal mehr, das sie noch aufnehmen wollte.
- Laut Versammlungsgesetz müssen alle Versammlungen angemeldet werden. Also gibt es die Möglichkeit, das Versammlungsrecht „vernünftig anzuwenden“. Zwei Ansätze kamen vor allem zum Einsatz. Die vom Anmelder zu benennenden Ordner müssen „zuverlässig“, d.h. sie dürfen nicht einschlägig vorbestraft sein. Nach einer Überprüfung wurden belastete Ordner abgelehnt. In der Konsequenz waren einzelne Versammlungen nicht durchführbar, weil 18 von 20 Ordnern abgelehnt werden konnten. Bei ihrer Anfahrt zu den Versammlungen werden die Teilnehmenden kontrolliert. Wer sich „friedlich“ versammeln will (oder eine Beerdigung besucht), brauche keine Waffen. Alle Anreisenden mit Bewaffnung, ob

.....

66 Sie ist auf dem gemeinsam vom Bayerischen Verfassungsschutz und der Landeszentrale für politische Bildung betriebenen Informationsportal „Bayern gegen Rechtsextremismus“ dokumentiert ([www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de)) – ein sichtbares Element des im Januar 2009 verabschiedeten „Bayerischen Landeskonzpts gegen Rechtsextremismus“.

Schlagring oder Messer, werden für die Dauer der Veranstaltung in Gewahrsam genommen. Auch diese Maßnahme führte in einigen Fällen zum Abblasen der Versammlung.

Mannichl begründet sein Vorgehen als Verpflichtung gegenüber den Bürger/innen, die ein Recht darauf hätten, gegen Extremismus von links oder rechts geschützt zu werden, wobei er den Rechtsextremismus als das deutlich größere Problem ansieht.

Er sagt von sich, dass er nichts Außergewöhnliches macht, sondern nur seinen Job als Polizeichef erledigt. Aber er beschreibt auch die heftigen Anfeindungen aus der rechtsextremen Szene, die Hetze im Internet, die Demonstrationen und verbalen Angriffe gegen seine Person, darunter Flugblätter mit dem Motto „Der Schlächter von Passau“. Mannichl wurde von der rechtsextremen Szene mit Strafanzeigen überzogen (u. a. wegen Nötigung), ist aber auch selbst gegen sie juristisch vorgegangen (Verleumdungsklagen, Anzeigen wegen übler Nachrede etc.). Seine Strategie beschreibt er so: „Mit Kreativität und Hartnäckigkeit alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.“ Und er kann stolz darauf verweisen, alle Prozesse gewonnen zu haben.

Der Preis für das konsequente Engagement ist hoch. Mannichl betont, es müsse jedem klar sein, was es bedeute, sich mit den Rechtsextremen anzulegen. Das gelte auch für die Angehörigen. Er habe sich häufiger gefragt, ob er dies seiner Familie antun könne. Seit dem Anschlag stellt er sich die Frage verstärkt, aber seine Kinder leben nicht mehr in Passau. Er stellt heraus, man dürfe nicht zimperlich sein und müsse Stehvermögen haben, um diese Herausforderung anzunehmen. Das sei nichts für Leute mit schwachen Nerven.

Er betrachtet sich als jemanden, der nicht anders kann. Er sei schon immer so gewesen und habe seit 2004/2005 als Polizeichef von Passau diesen Ansatz in die Tat umsetzen können. Er sieht sich von seinen Vorgesetzten unterstützt. Auch innerhalb der Polizei bestehe Einigkeit, aber es habe auch „Anfeindungen“ von Seiten der Kolleg/innen und der Bevölkerung gegeben. Ihm sei z. B. vorgehalten worden, sich nur wichtig machen zu wollen. Er glaubt, dass es „geistige Brandstifter“ waren, die den Anschlag auf ihn mitzuverantworten hatten.

Mannichls konsequenter Einsatz von polizeilich-repressiven Mitteln gegen die rechtsextreme Szene fand die Unterstützung des lokalen „Runden Tisches gegen Rechts“, der politischen Spitze der Stadt und der Landesregierung. Solidaritätsdemonstrationen nach dem Anschlag und andere öffentliche Reaktionen machen deutlich, dass Mannichls Strategie in der Region durchaus populär ist. Inzwischen arbeitet er als leitender Kriminaldirektor im Polizeipräsidium Straubing und ist damit ranghöchster Kriminalpolizist Niederbayerns. Wenige Wochen nach dem Anschlag verabschiedete die Bayerische Landesregierung – mehr als zehn Jahre nach anderen Bundesländern – ihr erstes „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ mit einem deutlichen Schwerpunkt im repressiven Bereich.<sup>67</sup> Es setzt, darin dem Passauer Polizeichef folgend, auf die Abschreckungswirkung von repressiven Strategien, ohne hinreichend auf deren zivilgesellschaftliche und kulturelle Einbettung zu achten, die Mannichl in seiner Region durchaus gesucht hat.<sup>68</sup> Ob so die beabsichtigte politische und soziale Ächtung des Rechtsextremismus greifen kann, mag bezweifelt werden.

67 Angekündigt wird ein verstärkter Schutz von Polizeibeamten (Rechtsschutz, Prozesskostenübernahme), erwogen werden Strafverschärfungen bei Angriffen auf Polizist/innen und ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Justizvollzugsanstalten, Polizei und Justiz nach Haftentlassungen von Rechtsextremisten. Musikgruppen der rechtsextremen Szene und ihre Veranstaltungen sollen mit Verboten belegt, Kommunen über ihre ordnungs- und verfahrensrechtlichen Möglichkeiten aufgeklärt werden. Auch die Ankündigung, polizeiliche Präventivmaßnahmen wie Gefährderansprachen, Meldeaufgaben, Ortsverbote und Gewahrsammaßnahmen intensiver zu nutzen, liest sich wie eine Referenz an die Praxis des Passauer Polizeipräsidenten. Ergänzend gibt es Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote.

Neben der starken kriminalpräventiven und repressiven Ausrichtung fällt auf, dass weder die Opfer rechtsextremer Gewalt noch zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Programm eine hervorgehobene Rolle spielen. In diesem Sinne handelt es sich um ein etatistisches, durch die Landespolitik definiertes und staatlich kontrolliertes Programm.

68 Auf die Bedeutung kultureller Faktoren für die Wirkung von repressiven Strategien hat z. B. Minkenberg 2003 aufmerksam gemacht.

Repressive Polizeistrategien bedürfe zivilgesellschaftlicher Unterstützung. Aber selbst wenn sie gegeben ist, kann Repression zur Eskalation und Radikalisierung der rechtsextremen Szene beitragen und die agierenden Polizisten selbst zur Zielscheibe rechtsextremer Aktionen machen. Es braucht offensichtlich auch zivilgesellschaftliche Ansätze, die von sozialer Ausgrenzung bis zur Gegenmobilisierung reichen können. Einzig auf die Ruhe- und Ordnungswünsche in der Bevölkerung oder die kommerziellen Interessen von Dienstleistern zu setzen, bringt die Gefahr mit sich, dass polizeilich-repressive Strategien selbst als „überzogen“ und „provokativ“ wahrgenommen werden – und zwar nicht nur in der rechtsextremen Szene, sondern auch in Teilen der Bürgerschaft. Die Enttäuschung, die Alois Mannichl angesichts gelegentlich halbherziger Unterstützung nach dem Anschlag in einigen Interviews zum Ausdruck gebracht hat, deutet zumindest auch in diese Richtung.

Trotzdem lässt das Verhalten des Passauer Polizeipräsidenten erkennen, welche Handlungsspielräume selbst in einem rechtlich so eingegrenzten Feld wie dem der polizeilichen Repression existieren.

***Aufsuchende Polizeiarbeit –  
Polizeiliche Prävention im Rems-Murr-Kreis,  
Baden-Württemberg<sup>69</sup>***



Polizist/innen, die vor rechtsextremen Aktionen an der Haustür klingeln, um Jugendliche – auch mit Hilfe ihrer Eltern – von einer Teilnahme abzubringen, sind zu einem umstrittenen Markenzeichen der Polizeiarbeit im Südwesten Deutschlands geworden. Solche „Gefährderansprachen“ und andere kriminalpräventive Mittel sind sehr früh in einem Landkreis erprobt und entwickelt worden, in dem krisenfixierte Rechtsextremismustheorien gar kein Problem erwarten lassen. Der Rems-Murr-Kreis ist ein wirtschaftlich starker Flächenlandkreis im ohnehin ökonomisch prosperierenden Südwesten, mit einer geringen Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen, großem sozialen Zusammenhalt und einem vielfältigen Vereinsleben, zudem mit einer für Baden-Württemberg sehr niedrigen Zahl an Eingewanderten (vgl. Held et al. 2008; Simon et al. 2009: 99ff.).

In den 1990er Jahren bildete sich jedoch eine sehr aktive Skinheadszenen heraus, die zu einem beachtlichen Anstieg rechtsextremer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Straftaten in dieser Region beitrug. Zwei Höhepunkte lagen im Jahr 2000, als am 30. August ein Asylbewerberheim in Waiblingen in Brand gesteckt und am 11. November ein griechischstämmiger Bürger in Schorndorf von Skinheads lebensgefährlich verletzt wurde. Der Landkreis hatte sich zu einem regionalen Zentrum der Skinheadszenen mit entsprechenden Musikveranstaltungen, Treffen etc. in Baden-Württemberg entwickelt.

Die zuständige Polizeidirektion in Waiblingen reagierte im Mai 2001 mit einem eigenen mehrdimensionalen Präventionskonzept, das nicht nur die öffentliche Debatte beruhigen und die negativen Imagewirkungen dämpfen, sondern auch gezielt auf das angewachsene Bedrohungspotenzial reagieren sollte. „In der Innenwirkung nehmen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten sowie das Verhalten rechtsextremer Organisationen und diesen Organisationen nahestehende Personengruppen – insbesondere die sog. ‚Skinheadszenen‘ – maßgeblichen Einfluss

69 Die Darstellung beruht u.a. auf schriftlichen Darstellungen und Telefoninterviews mit Frau Renate Sonnet (Polizeidirektion Waiblingen) im Januar 2010 sowie umfangreichen Materialien, die sie dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat.

auf das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Vor allem ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich durch Straftaten und Übergriffe aus dem rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Spektrum bedroht und gefährdet.“<sup>70</sup>

Neben einer erstaunlich breiten Palette von primärpräventiven Einzelmaßnahmen (Informations- und Aufklärungsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Polizei, aber vor allem mit Schüler/innen und Verantwortlichen der Sportjugend, Ausstellungen, Schulprojekttag und -wochen, Angebote von Anti-Gewalt-Trainings für Schüler/innen, Videoclips, Ideenwettbewerbe, intensive Öffentlichkeitsarbeit etc.) gehörte u. a. die Verhinderung von Brennpunkten mit festen rechtsextremen Strukturen durch konsequente Strafverfolgung und Kontrolldruck, die Einrichtung von runden Tischen und spezialisierten Netzwerken mit kommunalen Verantwortungsträgern, Jugendhilfe und betroffenen Personen sowie die Kooperation mit Vereinen und Bildungsträgern zu den Eckpfeilern des Präventionskonzepts.

Institutionelles Herzstück war die Einrichtung von KOREX (Koordinierungs- und Informationsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit) bei der Polizeidirektion Waiblingen, die eng mit dem Landratsamt und dem staatlichen Schulamt in Waiblingen kooperiert. Zu den Aufgaben der drei Polizeibeamten der KOREX gehören neben der Strafverfolgung auch die Informationssammlung und Auswertung, die Fortbildung und Schulung aller Polizeibeamtinnen und -beamten der Polizeidirektion sowie die Mitarbeit in lokalen Netzwerken. Bundesweite und Landesprogramme, wie z. B. die „Ausstiegshilfe Rechtsextremismus“ des Landeskriminalamts Baden-Württemberg, wurden in der Region intensiv genutzt und umgesetzt. Über das Aussteigerprogramm werden gefährdete Jugendliche gezielt angesprochen, um sie zu einer Abkehr von der rechten Szene zu bewegen.

Fachbeiräte des Landratsamtes, regelmäßige Jugendkulturwochen („Bunt statt Braun“) und ein „Lokaler Aktionsplan“ im Rahmen des Bun-

desprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sind Beispiele dafür, dass es durchaus gelungen ist, die zunächst vorwiegend polizeiliche Präventionsarbeit in den zivilen und politischen Bereich auszuweiten und weitere Mitstreiter/innen zu finden.

Die beschriebenen Einzelmaßnahmen von KOREX sind für sich genommen wenig spektakulär. Eindrucksvoll ist schon die Dauer und Dichte der Angebote, ebenso die Fähigkeit, überregionale Programme verschiedener Träger für die lokalen Zwecke zu nutzen und anzupassen. Völlig überraschend dürfte jedoch sein, dass diese Angebotspalette einer polizeilichen Präventionsarbeit entspringt, der es gelingt, wichtige Akteure der Region zu gewinnen und sie zu vernetzen. Fast zehn Jahre später sitzen die Beamt/innen der KOREX in Begleitausschüssen und politischen Fachgremien.

Die Benennung von Rechtsextremismus als regionales Dauerproblem war zu Beginn der Präventionsarbeit durchaus heikel, weil die Bereitschaft der lokalen Meinungsführer/innen gering war, diese Perspektive zu teilen. Denn die rechtsextrem aktiven Jugendlichen sind zumeist keine „Verlierertypen“, sondern wohlintegriert und in der örtlichen Gemeinschaft akzeptiert. Sie haben Arbeit oder einen Ausbildungsplatz und man fragt sich, warum rechtsextremes Gedankengut bei ihnen auf fruchtbaren Boden fällt.

Zu den Verstärkern dieser lokal weitgehend integrierten rechtsextremen Jugendmilieus werden die Duldsamkeit der lokalen Bevölkerung gegenüber rechtsextremen Äußerungen, auch ihr Ignorieren („Gibt es bei uns nicht“, „Die sind nicht von hier“) und ein alltäglicher Rassismus gezählt, der den aktiven Jugendlichen den Eindruck vermittelt, ihr Handeln sei legitim. Entscheidend sei, so das Ergebnis einer empirischen Studie, ein ausgeprägter Lokalismus als Reaktion auf globale Herausforderungen: „Lokale und segmentäre Orientierungen verbunden mit starker

.....

70 So die Lageanalyse im „Präventionskonzept der Polizeidirektion Waiblingen gegen ‚Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit‘“ vom 9.5.2001, S. 2.

Familien- und Cliquesbindung stellen einen Cocktail dar, der die Ausbreitung und Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts begünstigt“ (Held et al. 2008: 167).

Die Arbeit der Polizeidirektion Waiblingen reicht weit über den üblichen kriminalpräventiven Rahmen hinaus, indem sie nicht nur ein breites Spektrum von der Primär- bis zur Tertiärprävention anbietet (siehe Info-Kasten Prävention). Es geht nicht nur darum, wie in der Passauer Polizeistrategie, vorwiegend externen Akteuren lokale Handlungsräume durch findige Eingriffe zu entziehen. Hier ist die lokale Gemeinschaft selbst der Adressat, der offensichtlich polizeilich vermittelter Aufklärung und Aktivierung bedarf.

Bereits in den ersten Jahren von KOREX wurde den Beamt/innen bewusst, dass bestimmte Teile ihrer Arbeit (von schulischen Projektwochen bis zu den Ausstiegshilfen) eigentlich in die Hände von Pädagog/innen und Sozialarbeiter/innen gehören. Dass in diesem Landkreis die Polizei Aufgaben übernimmt, die an anderen Orten von Bürgervereinen, Stiftungen oder Akteuren der Kommunalverwaltung erledigt werden, ist ungewöhnlich und aus der Einsicht geboren, dass allein repressive Mittel im Rems-Murr-Kreis nicht ausreichen, um den Betroffenen Gruppen Schutz zu gewähren und Sicherheit in der Region zu garantieren. Gleichzeitig fehlte es offensichtlich in der regionalen Zivilgesellschaft zunächst an Bereitschaft, sich dieser, von den eigenen Jugendlichen ausgehenden, Herausforderungen zu stellen.

Durch die konsequente und offene Benennung des Problems Rechtsextremismus ist es der Polizei offensichtlich im Laufe der Zeit gelungen, die bei einigen lokalen Akteuren auffällige Neigung zu Leugnung oder Verharmlosung aufzubrechen. Ebenso beispielhaft und keineswegs selbstverständlich ist die konsequente Orientierung an der Situation der Opfer, für deren Sicherheit sich die Polizei verantwortlich sah.

Beobachter/innen der Entwicklung sind sich einig, dass die einstmals von Skinheads dominierte Szene inzwischen differenzierter und weniger sichtbar agiert. Auch die Gewaltereignisse sind rückläufig. Mit dem vom Kreisjugendring koordinierten Lokalen Aktionsplan (LAP) hat der Landkreis eine weitere Chance, in die Zivilgesellschaft hinein präventiv zu wirken. Seine zentralen Zielsetzungen konzentrieren sich nicht auf die rechtsextreme Szene, sondern auf die Stärkung der Zugewanderten und eine verbesserte Integrationsbereitschaft in der Aufnahmegesellschaft.<sup>71</sup>

Die polizeiliche Präventionsarbeit im Rems-Murr-Kreis weist u. a. folgende Kennzeichen auf: institutionell abgesicherte, intensive, vielfältige und kontinuierliche Arbeit, ressort- und bereichsübergreifende „vernetzte“ Zusammenarbeit, politische Verankerung des Themas in Schulen, Kommunen und im Landkreis, Thematisierung des Alltagsrassismus und Parteinahme für die Opfer. Zudem wurde von Anbeginn auf Evaluation bzw. wissenschaftliche Begleitung der eigenen Arbeit großer Wert gelegt.

Dass es schließlich aus der Polizeiarbeit heraus gelungen ist, zusätzlich zivile und politische Trägerstrukturen zu aktivieren, wie z. B. den Kreisjugendring als Koordinierungsstelle für den LAP, bekräftigt die Einschätzung der KOREX-Arbeit als ebenso außergewöhnliche wie „gute Praxis“. Hier hat einmal die Polizei mit präventiven Mitteln zur Zivilisierung einer Zivilgesellschaft beigetragen.

### ***Phantasievolle Gerichtsarbeit – Jugendrichter Andreas Müller, Amtsgericht Bernau, Brandenburg<sup>72</sup>***

Dass es im Rahmen der geltenden Gesetze die Möglichkeit gibt, mit gerichtlichen Mitteln Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen und die Gewalttätigkeit der Szene einzudämmen, unterstreicht die Arbeitsweise des Bernauer Jugendrichters Andreas Müller, die auch überregionale Beachtung gefunden hat. Bald nachdem Müller

.....

71 Als Ziele des Lokalen Aktionsplans im Rems-Murr-Kreis werden auf dem Projektflyer ausgewiesen: „Die Offenheit der Aufnahmegesellschaft erhöhen. Die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Fremdenfeindlichkeit abbauen und die Zivilgesellschaft stärken. Politische Beteiligung besonders von jungen MigrantInnen fördern.“

72 Neben den genannten schriftlichen Beiträgen stützt sich die Darstellung auf Telefoninterviews mit Andreas Müller im Februar/März 2010.





1998 seine Arbeit in Bernau begann, machte er durch einige spektakuläre Urteile und Auflagen auf sich aufmerksam. Er sorgte dafür, dass Gewalttaten nach kürzester Zeit zur Hauptverhandlung führten, wobei fremdenfeindliche Gesinnungen nicht nur zur Sprache kamen, sondern auch beim Strafmaß berücksichtigt wurden. Springerstiefel wurden als Waffen geächtet, Angeklagte standen in Strümpfen vor Gericht und erhielten als Auflage, diese Stiefel auch im Alltag nicht zu tragen. Die kooperationsbereite örtliche Polizei wurde angewiesen, solche Auflagen auch durchzusetzen, um gegen lokale Angstzonen vorzugehen. In gravierenden Fällen verhängte Richter Müller auch bei Ersttäter/innen Haftstrafen ohne Bewährung. Rechtsextrem motivierte Straftäter/innen, denen er Lernprozesse zubilligte, bekamen die Auflage, in pädagogischer Begleitung KZ-Gedenkstätten zu besuchen, um sich über die Folgen ihrer Gesinnung klar zu werden. Manche von ihnen mussten auch themenbezogene Aufsätze schreiben.

Der Bernauer Jugendrichter agierte also nicht als „Richter Gnadenlos“ einzig nach der Devise „schnellere Verfahren, härtere Urteile“. Ihm ging es mit seiner harten Gangart um Signale an eine Straßenschlägerszene, die sich rechtsextremer Symbole bediente. Zusammen mit den kreativen Weisungen und „ungewöhnlichen“ Maßnahmen, mit denen er die besonders am Erziehungsgedanken orientierten Möglichkeiten des Jugendstrafrechts nutzte, aber auch mit zahlreichen Informationsveranstaltungen an Schulen bewirkte Andreas Müller eine nachhaltige Verunsicherung der lokalen rechtsextremen Szene. Bereits zwischen 1998 und 2002 war in der Region ein Rückgang von Gewaltdelikten zu beobachten. Bei Wegzügen von Szenegrößen war gelegentlich zu hören: „Ich ziehe weg aus Bernau, weil der Müller hier tätig ist.“

Andreas Müller hat sich gegen populäre Vorschläge gewendet, das Jugendstrafrecht zu verschärfen (vgl. Müller o. J.). Er setzt stattdessen auf eine schnelle und die Motive des Täters bzw. der Täterin aufhellende Gerichtsarbeit, von der dann auch präventive Wirkungen ausgehen können. Mit einem plötzlichen Gesinnungswandel in Gerichtsverhandlungen rechnet er jedenfalls nicht. „Es ist nicht möglich, mit strafrechtlichen Mitteln das in der Gesellschaft verankerte rechtsradikale Gedankengut einzudämmen“ (Müller 2007: 87).

Den eigentlichen Mangel sieht er in der noch immer zu geringen Aufmerksamkeit für die Belange der Opfer. Er setzt sich für eine Verankerung des Opferschutzes im Grundgesetz ein und entwickelt konkrete Verfahrensvorschläge, wie z. B. die Verknüpfung von Strafverfahren mit einer zivilrechtlichen Entschädigung der Opfer in einem Verfahren. Die Straftäter/innen müssten sich dann umfassend mit den Folgen ihres Tuns beschäftigen und den Opfern bliebe ein zweites Verfahren erspart. Dazu gehört auch die weitere Betreuung der Täter/innen im Jugendstrafvollzug, soweit dies von ihnen gewünscht wird.

Auch wenn der Bernauer Jugendrichter betont, „Einzelkämpfer“ zu sein, fügt sich sein Vorgehen in eine breiter angelegte Brandenburger Praxis ein und erhält damit landespolitischen Rückhalt.

Die Bernauer Praxis passt in den Handlungsrahmen des „Toleranten Brandenburgs“, der insgesamt als erfolgreich eingeschätzt wird, wenn es um die Zurückdrängung rechtsextremer Gewalttaten geht.

Eine elementare Voraussetzung war es, dem politischen Hintergrund von Straftaten besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Entsprechende Anhaltspunkte müssen seither sofort den Schwerpunktstaatsanwaltschaften gemeldet werden. Durch eine intensive Kooperation von Staatsanwaltschaften, Gerichten, Gefängnissen (dort vor allem Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Programme, Violence Prevention Network), Aussteiger-Hilfen, wie dem Bernauer Verein „Sprungbrett“, und Mobiler Beratung ist es gelungen, die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Brandenburg in den letzten Jahren – gegen den Bundestrend – zu reduzieren.<sup>73</sup>

Richter Andreas Müller betrachtet seine bereits zwischen 1998 und 2002 erzielten Erfolge mit gemischten Gefühlen. Er ist stolz auf seinen Beitrag, eine Schlägergemeinschaft, die sich an die rechtsextreme Szene angelagert hatte, mit erheblichem richterlichen Krafteinsatz und sozialer Kreativität aufzulösen. Die aktive Unterstützung durch die lokale Polizei war eine entscheidende Gelingensbedingung. Seither hat er vor allem Propagandadelikte zu verhandeln. Die lokale rechtsextreme Szene hat sich gewandelt und ist „ziviler“ geworden. Sie hat ihren „Marsch durch die Institutionen“ angetreten. Er wird es demnächst, so seine Einschätzung, mit smarten jungen, rechtsextrem sozialisierten Rechtsanwält/innen zu tun haben, die ihre fremdenfeindliche Gesinnung so zu verpacken wissen, dass sie strafrechtlich nicht belangt werden können.

### „TOLERANTES BRANDENBURG“

Mit dem 1997 gegründeten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und der 1998 verabschiedeten, 2005 weiterentwickelten Landeskonzeption „Tolerantes Brandenburg“, die von einer eigenen Koordinierungsstelle umgesetzt wird, hat Brandenburg eine Beratungs- und Netzwerkstruktur aufgebaut, die zum Vorbild für die rot-grünen Bundesprogramme und weitere Programme auf Landesebene wurde. Ihre präventiven, zivilgesellschaftlichen Säulen sind vor allem die vom Verein „Opferperspektive“ getragene Opferberatung,<sup>74</sup> die 1998 regional verankerten Mobilen Beratungsteams (MBT), die seit 2006 vom Verein „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“ getragen werden, und die 1992 in Brandenburg etablierten Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA).<sup>75</sup>

Flankiert wird diese staatlich-zivilgesellschaftliche Praxis durch kriminalpräventive Strategien, für die eigene Einsatzgruppen bei der Polizei gebildet wurden. In der MEGA („Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“) sind besonders ausgebildete Kräfte aktiv, die durch offensive Kontrolltätigkeit einen „hohen Verfolgungsdruck gegenüber gewaltbereiten Gruppierungen der ‚rechten Szene‘ im örtlichen Bereich“ (Kandt 2007: 232) aufrechterhalten können. Eine zweite ergänzende kriminalpräventive Strategie verfolgt TOMEG („Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“), die personenorientierten sozialen Druck im Nahraum aufbauen, um kriminelle Karrieren zu unterbrechen und Ausstiege aus rechtsextremen Gewaltszenen zu erleichtern. Beide Einsatzstrategien sind in die „Sicherheitsoffensive“ des Landespräventionsrates, aber auch in regionale Ansätze, wie etwa dem „Konzept zur Zurückdrängung der rechtsextremen Szene im Landkreis Dahme-Spreewald“, eingebettet.

73 Der Verfassungsschutzbericht 2008 weist für Brandenburg einen Rückgang rechtsextrem motivierter Gewalttaten von 3,65 auf 2,8 je 100 000 Einwohner/innen aus, während alle anderen östlichen Bundesländer für diesen Zeitraum zum Teil beachtliche Steigerungsraten aufweisen (BMI 2009: 41).

74 „Das Konzept der parteilichen Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt wurde ab 1998 im Rahmen der RAA Brandenburg von einer Gruppe antifaschistischer Aktivisten entwickelt, die dem Verharmlosen und Verschweigen von Rechtsextremismus in den 1990er Jahren die praktische Solidarität mit den Opfern entgegensetzen wollten“ (John 2008: 61).

75 Zur innovativen Arbeit der RAA in den neuen Bundesländern und den Brandenburger Projekten bis 1995 vgl. RAA 1995.



**Gefängnisarbeit mit rechtsextremen Straftäter/innen – Violence Prevention Network e. V., Brandenburg<sup>76</sup>**

Haftstrafen stehen am Ende einer Kette repressiver Maßnahmen. Was in einer Haftanstalt passiert, ist hoheitliche staatliche Angelegenheit. Ob und in welcher Weise ein Gefängnis zur Problemlösung durch die Resozialisierung seiner Insassen beitragen kann oder ob es eher als „Schule des Verbrechen“ funktioniert, ist auch im Kontext rechtsextremer Straftäter früh diskutiert worden. Besonders Brandenburg erwarb sich in den ersten Nachwendejahren mit einer größeren Zahl einsitzender rechtsextremer Gewalttäter den zweifelhaften Ruf, mit einigen seiner Gefängnisse „Volkshochschulen“ für die extreme Rechte anzubieten. Die Landesregierung reagierte nach einigen Skandalen.

Seit mehreren Jahren führt das Violence Prevention Network e. V., ein Team von Expert/innen der Präventions- und Bildungsarbeit, das Projekt „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ in Brandenburger Ge-

fängnissen durch – ein Versuch der Gewaltprävention und Resozialisierung unter besonders schwierigen Bedingungen.

Haftanstalten gelten als besonders hinderlich, wenn es um die Sozialintegration von Jugendlichen geht. Kommt es zur Konzentration von Straftäter/innen mit rechtsextremen Tat-hintergrund, muss mit einer Gruppenbildung und entsprechenden ideologischen Verfestigungen gerechnet werden.<sup>77</sup>

Es mangelt nicht an Konzepten zur Arbeit mit rechtsextremen Gewalttäter/innen.<sup>78</sup> Das Spektrum reicht von „Boot-Camps“ über verschiedene Spielarten der „Konfrontationspädagogik“ bis zu „Sozialen Trainingskursen“ und verpflichtenden „Anti-Aggressions-Trainings“. Was kurzfristig imponiert, entfaltet zumeist keine längerfristige Wirksamkeit, wie einschlägige Evaluationen vor allem aus den USA deutlich machen.<sup>79</sup> Das vom Violence Prevention Network seit 2002 mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung (vgl. Dovermann 2009) entwickelte und in Schulungen für das Anstaltspersonal bzw. Qualifizierungen für Trainer/innen im Rahmen ihrer „Verantwortungspädagogik“ angebotene „Antigewalt- und Kompetenztraining“ (AKT) weist einige Besonderheiten auf, die für dessen Erfolg ausschlaggebend sein dürften.

Die Verantwortungspädagogik grenzt sich von Konzepten ab, die durch Konditionierung mit dem Ziel der Affektkontrolle stabile Verhaltensänderungen anstreben. Sie setzt stattdessen auf eine biografisch orientierte politische Bildung, die auf das „Herstellen von Empathievermögen durch Hinterfragen und Reflektieren des Bisherigen, d. h. auf kognitiven und emotionalen Erkenntnisgewinn“ zielt.<sup>80</sup> Voraussetzung sei die – im Zwangsrahmen Haftanstalt nur begrenzt mögliche – freiwillige Teilnahme, denn Empathie und Reflexion ließen sich nicht erzwingen. Intensive

76 Die Darstellung stützt sich neben den umfangreich vorhandenen Materialien und Projektevaluationen auf mehrere persönliche Gespräche mit Helmut Heitmann, zuletzt im März/April 2010.

77 Zu den theoretischen und wissenschaftlichen Grundlagen solcher Einschätzungen vgl. Kühnel 2006.

78 Eine kritische Übersicht bieten Kohlstruck/Krüger/Krüger 2009.

79 Eine gründliche Aufarbeitung von internationalen Evaluationen im Bereich der Gewaltprävention bietet das „Düsseldorfer Gutachten“ (Landeshauptstadt Düsseldorf 2002).

80 Die Zitate beziehen sich, wenn nicht anders ausgewiesen, auf die Präsentationen auf der umfangreichen Internetseite des Vereins ([www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de)).

Beziehungsarbeit sei gefordert, um biografische Lernprozesse zu ermöglichen. Selbstverständlich werde dabei auf demütigende Formen der Anti-Gewalt-Arbeit verzichtet. Konkret geht es für die Straftäter um vier- bis fünfmonatige, zweimal wöchentlich stattfindende Trainingskurse in der Vollzugsanstalt. Wer dies möchte, kann auf das Angebot eines Stabilisierungscoachings nach der Haft zurückgreifen.

Die Trainingskurse bestehen aus einer Mischung von biografischer Reflexion, der Auseinandersetzung mit der Tat, den eigenen Rechtfertigungsmustern und dem Opfer, beinhalten aber auch eine Beschäftigung mit der Einbettung in Milieus und Freundschaftskreise bzw. der Einbeziehung von Angehörigen und „Ankerpersonen“. Anti-Gewalt-Arbeit und politische Bildung werden auf der Erfahrungsgrundlage der Jugendlichen in einem Setting von maximal acht Teilnehmer/innen und zwei Trainer/innen entfaltet.

Im Stabilisierungscoaching geht es um die erfolgreiche Re-Integration, besonders um das Konflikt- und Beziehungsverhalten, die Vorbereitung auf Gefährdungssituationen, aber auch um die Stabilisierung der Beziehung zu den Angehörigen und zentralen Bezugspersonen.

In allen pädagogischen Kontexten, auch in den parallelen Angeboten zur Kompetenzerweiterung für das Personal der Haftanstalten, ist das Konzept dem Ziel verpflichtet, die Selbstlernkompetenz der Beteiligten zu stärken. In einem Vorläufer-Projekt „De-Radikalisierung und Re-Integration von extremistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern“ wurden auch Elemente der zertifizierten Qualifizierung für den Arbeitsmarkt integriert und ambulante Hilfen bei Jugendstrafverfahren etc. angeboten.

Es gehört zu den bemerkenswerten Verdiensten des Netzwerks, dass es sein zunächst auf rechtsextreme Straftäter/innen zugeschnittenes Konzept inzwischen auch für die Zielgruppe fundamentalistisch gefährdeter jugendlicher Gewaltstraftäter/innen modifiziert hat. Weitere

Entwicklungsziele sind der Transfer des Konzepts in den ambulanten Bereich (Sekundärprävention) und auf junge Erwachsene in Haftanstalten. Seine räumliche Ausdehnung auf weitere Bundesländer ist bereits vorangeschritten.

Der Verein legt Wert auf Transparenz, Qualitätssicherung und externe Evaluationen. Entsprechende Berichte stehen auf der Internetseite zur Verfügung. So findet sich dort die Evaluation eines fünfjährigen Modellprojekts (2001–2006) „Präventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg“ (Lukas/Lukas 2007), das in 14 Trainingsgruppen 112 jugendliche Teilnehmer/innen erreichte. Ausführlich werden darin konzeptionelle Überlegungen und die Entwicklung der einzelnen Programmelemente präsentiert. Die Wirkungen werden jedoch nur vorsichtig beschrieben, weil es in einer Evaluation kurz nach Abschluss des Projekts noch nicht möglich war, den üblichen Maßstab der Legalbewährung anzulegen (Lukas/Lukas 2007: 59ff.).<sup>81</sup> Die Bilanz der Projektleitung selbst fällt nach eigenen Erfahrungen sehr positiv aus. Während die Rückfallquote von jugendlichen Straftäter/innen, die eine Jugendstrafe in Haft verbüßen, bei 78 Prozent liegt, falle sie nach den ersten Erfahrungen des Brandenburger Projekts besonders bei Jugendlichen, die das Betreuungsangebot nach der Haft in Anspruch nehmen, deutlich günstiger aus (Heitmann/Korn 2007: 241). Gegenwärtig werden die Voraussetzungen geschaffen, um genauere Informationen über die Langzeiteffekte der Trainings zu gewinnen, die zu den am wenigsten erhobenen Dimensionen in der Präventionsforschung gehören (Beelmann 2008: 74ff.).

Die Rückfallzahlen werden umstritten bleiben, denn man hat mit dem Programm nur „Freiwillige“ und damit vermutlich überproportional Ausstiegswillige erreicht. Und es handelt sich um ein Modellprogramm mit begrenzter Reichweite und Laufzeit.<sup>82</sup> Mit Blick auf das insgesamt überzeugende Konzept, die intensive Betreuung wäh-

.....

81 Zur begrenzten Aussagekraft dieses üblichen Indikators vgl. Kohlstruck/Krüger/Krüger 2009: 92f.

82 Kohlstruck/Krüger/Krüger sprechen sich zwar grundsätzlich gegen Maßnahmen aus, die sich in Jugendhaftanstalten ausschließlich an rechtsextreme Jugendliche wenden, aber sie geben dem Projekt des Violence Prevention Network gute Erfolgsaussichten – weniger weil es pädagogisch besonders elaboriert sei, sondern weil es durch seine Anlage die Entwicklung von Schuldgefühlen begünstige, die ein wichtiger Schutzfaktor vor Wiederholungen sind (Kohlstruck/Krüger/Krüger 2009: 97f.).

rend und nach der Haft sowie die flankierenden Angebote an das Gefängnispersonal, die Angehörigen bzw. Bezugspersonen, ist dem Violence Prevention Network nur zu wünschen, dass seine „Verantwortungspädagogik“ in großem Maßstab und auf Dauer Einzug in die Jugendhaftanstalten findet, um ihren erzieherischen Anspruch auch mit dieser schwierigen Zielgruppe einzulösen. Es ist davon auszugehen, dass von einem entsprechend angepassten Konzept auch ältere Straftäter/innen im Bereich der Vorurteils- und Hasskriminalität profitieren könnten.<sup>83</sup>

### Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Staat

Die genaue Betrachtung der dargestellten Beispiele lässt Rückschlüsse auf Gelingensfaktoren für erfolgreiche staatliche Arbeit gegen Rechtsextremismus zu. Auffällig ist eine phantasievolle und vielfältige Praxis in einem Bereich, in dem sonst zu oft die strikte Rechtsbindung als Ausrede für Nullachtfünfzehn-Lösungen herhalten muss. Deutlich geworden ist auch, dass es ohne großes persönliches Engagement sehr schwer ist, etwas zu bewegen. Die Öffnung nach außen kann frische Luft und neue Ideen in Anstalten und Behörden bringen.

Die nachfolgend genannten Gelingensfaktoren sind reflexiv zu verstehen. Einige der beschriebenen Praxisbeispiele enthalten auch Elemente, die vermutlich nicht in jedem Fall als gute Praxis gelten können. Natürlich werden die gewählten polizeilichen und juristischen Strategien immer auch stark durch die jeweilige regionale politische Kultur geprägt. Schon deshalb kann nicht erwartet werden, dass sie überall auf die gleiche Weise funktionieren. Dennoch können einige Thesen für einen übergreifenden Qualitätsrahmen in diesem Handlungsfeld formuliert werden.

- **Verpflichtung gegenüber den (potenziellen) Opfern**

An erster Stelle steht der Schutz und die Sensibilität gegenüber den Opfern von Hasskriminalität, von rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt. Gute Polizeiarbeit fängt da an, wo der besondere menschenverachtende, die Menschenwürde und Integrität verletzende Charakter solcher Taten wahrgenommen und zum Maßstab des Handelns genommen wird. Indem auf diesen politischen Diskriminierungskontext aufmerksam gemacht und öffentlich hingewiesen wird, können sekundäre Viktimisierungen vermieden werden.<sup>84</sup> Sie treten stets dann auf, wenn den Opfern in ihrem Nahraum oder durch Personen des Kriminaljustizsystems die Anerkennung verweigert wird, als zufällige „beliebige“ Angehörige einer „Feindgruppe“ attackiert worden zu sein. Dringend erforderlich ist eine obligatorische Aus- und Weiterbildung, die nicht nur über rechtsextreme Ideologien und Symbole informiert oder Straftatbestände aufklärt, sondern auch Empathie und Sensibilität mit den Opfergruppen erlebbar macht.

- **Verhinderung von „Angsträumen“**

Gute Polizeiarbeit bekräftigt den Anspruch aller auf die Nutzung öffentlicher Räume, auf Bewegungsfreiheit und Freiheit von Angst. Sie lässt es nicht zu, dass bestimmte, vor allem „schwache“ Bevölkerungsgruppen in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt und dadurch ausgegrenzt werden, wie dies z.B. durch die „Besetzung“ von städtischen Räumen durch Rechtsextreme bzw. die damit verbundene Errichtung von Angsträumen geschieht. Da solche durch Beleidigungen, Bedrohungen und Gewaltakte geschaffenen Angstzonen meist nur von Menschen aus potenziellen Opfer-

.....

83 Nach Auskunft des Vereins stehen gegenwärtig vor allem finanzielle Hürden einer Ausweitung des Konzepts im Sinne eines Regelangebots im Wege.

84 Hans Joachim Schneider präsentiert einige Anhaltspunkte, die verdeutlichen, weshalb z.B. die Opfer fremdenfeindlicher Gewalt häufiger bei der Polizei und vor Gerichten erneut mit feindseligen Reaktionen rechnen müssen: Bei 15 Prozent der deutschen Polizeibeamten gebe es verfestigte fremdenfeindliche Vorurteilsneigungen, die Strafverfolgungsintensität sei bei fremdenfeindlichen Straftaten schwach ausgeprägt, selbst schwere Hassverbrechen würden als „Jugendsünden“ behandelt und der fremdenfeindliche Charakter der Taten werde von vielen Richtern und Staatsanwälten kaum beachtet (Schneider 2006: 48f.).

gruppen wahrgenommen werden, denn in der Regel werden nur sie direkt bedroht, bedarf es besonderer sozialer Empathie und entsprechender Aufklärungsarbeit.

- **Polizeiarbeit und Strafverfolgung mit demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln**

Es geht darum, jede Sonderbehandlung und Rechtsverkürzung im Umgang mit Rechtsextremen zu vermeiden. Die Beispiele zeigen, dass Ordnungsrecht, Versammlungsgesetze, Strafrecht oder Strafprozessrecht genügend Möglichkeiten bieten, um angemessen und aktiv gestaltend auf rechtsextreme Herausforderungen zu reagieren. Die naheliegende Parole „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ führt auch im Umgang mit Rechtsextremen im öffentlichen Raum in die Irre. Unter demokratischen Vorzeichen gilt noch stets (im Rahmen der oben gemachten Einschränkungen, die sich aus einem konsequenten Opferchutz ergeben), dass sich die Stärke einer Demokratie nicht zuletzt darin zu beweisen hat, dass sie in der Lage ist, auch mit ihren erklärten Gegnern demokratisch-menschenrechtlich zu verfahren.

- **Schaffen von freiwilligen Angeboten und positiven Anreizen für den Ausstieg von Täter/innen, aber nicht ohne die Thematisierung der rechtsextremen Motive**

Es gilt, die Dämonisierung der Täter/innen zu vermeiden und ihnen eine Chance zur Resozialisierung zu verschaffen. Oft handelt es sich ja um Jugendliche mit erheblichen Sozialisations-, Bildungs- und Anerkennungsdefiziten. In dieser Situation können entsprechende schulische und berufliche Bildungsangebote helfen. Gerade die Ausschöpfung der erzieherischen Mittel bietet besondere Chancen, die mit dem Jugendstrafrecht zur Verfügung gestellt werden.

Ohne politische Auseinandersetzung wird man bei politisch motivierten Straftäter/innen keine Erfolge erzielen. Welche Möglichkeiten und freiwillige Angebote selbst im Knast entwickelt werden können, ist deutlich geworden.

- **Vermeiden von Märtyrerfiguren und anderer Effekte zur Mobilisierung von Anhänger/innen**

Es gehört zur politischen Klugheit, den Bewegungskarakter rechtsextremer Mobilisierungen im Auge zu behalten und unbeabsichtigte Formen der Zuarbeit durch staatliche Repression zu vermeiden. Dies beginnt bei der Bestätigung autoritärer Erwartungshaltungen und endet bei Eskalationsspiralen. Repressive Praktiken können auch zur Produktion von „Helden“ und „Märtyrern“ beitragen und damit Anhänger/innen mobilisieren helfen. Das Beispiel der stiefelfreien Amtsgerichtssitzung im Amtsgericht Bernau macht deutlich, dass auch unkonventionelle Maßnahmen dabei helfen können, einschüchternde kämpferische Selbstinszenierungen zu unterbinden.

- **Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren**

Allen Beispielen ist gemeinsam, dass die Akteure um die Grenzen rein repressiven Agierens wissen und auf unterschiedliche Art (durch Kooperation mit anderen Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen oder verstärkte öffentliche Aufklärung) versuchen, präventiv zu wirken. Prävention beginnt schon bei Gefährderansprachen und Informationsveranstaltungen für potenziell Betroffene. Das Baden-Württemberger Beispiel zeigt, dass die Polizei zuweilen kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche Aufgaben übernimmt, wenn die lokale Gemeinschaft rechtsextreme Tendenzen leugnet oder ignoriert. Allerdings bedarf es dafür besonderer Kompetenzen in sozialer Vernetzung und Gemeinwesenarbeit. Eine solche Art aufsuchender Polizeiarbeit kann unter den Bedingungen verbreiteter politischer Ignoranz der eigentlich Zuständigen vorübergehend sinnvoll sein. Es ist jedoch keine Dauerlösung. Es kommt letztlich darauf an, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure mit in die Verantwortung zu nehmen.

- **Entwicklung von gemeinsamen Leitlinien und Leitbildern der verschiedenen staatlichen Institutionen**

So wichtig der Mut der Wenigen ist, rechts-extremen Herausforderungen aktiv zu begegnen, so wichtig ist es, dass dieses Handeln innerhalb der verschiedenen staatlichen Institutionen verstanden und unterstützt wird: Fortbildung, Debatte, Erfahrungsaustausch und die Formulierung einer gemeinsamen Linie sind hierfür zentrale Schritte. Auch staatliche Behörden beruhen auf einer Kooperation von Menschen mit eigenen Sichtweisen und Überzeugungen. Das „Tolerante Brandenburg“ ist ein Beispiel für eine reflektierte Verknüpfung von repressiven und präventiven staatlichen Handlungsstrategien.

## 4.2 Handlungsfeld Zivilgesellschaft

*„Die Pflicht zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus obliegt [...] nicht allein der staatlichen Seite. Zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen ist hier nicht minder von Nöten und wird deshalb von der Bundesregierung ausdrücklich gefördert und unterstützt“  
(BMI 2008: 4).*

### Zu den Besonderheiten zivilgesellschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen, Initiativen, Nachbarschaften, Stiftungen und sozialen Bewegungen kann mit beachtlichen Zahlen aufwarten. Nach den Ergebnissen der Freiwilligensurveys sind in der letzten Dekade 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung in diesem Feld aktiv (Gensicke et al. 2006; Gensicke 2010). Obwohl das Engagement freiwillig ist, sind „reale“ Zivilgesellschaften keine Idealwelt, in der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit den Ton angeben. Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit spielen auch hier eine Rolle, teilweise als Auswirkung wirtschaftlicher und staatlicher Einflüsse, teilweise befestigen zivilgesellschaftliche Vereinigungen diese Ungleichheiten. Sie können

sie aber auch abbauen helfen. Die positive Rede von Zivilgesellschaft macht trotz dieser Ambivalenz Sinn, wenn gemeinsame Normen im Spiel gehalten werden: Es geht um Zivilität, d.h. Gewaltfreiheit, Toleranz, akzeptierender Umgang mit anders Denkenden, Lebenden und Aussehenden, gewaltfreie Formen des Konfliktaustrags, in Maßen auch um Solidarität.

Heute gehören auch Gestaltungsspielräume und demokratische Mitwirkung zum normativen Kernbestand des bürgerschaftlichen Engagements. In diesem normativen Sinne ist Zivilgesellschaft immer in Bewegung, kommt ihren Ansprüchen mehr oder weniger nahe, ist nicht zuletzt im Sinne demokratischer ziviler Substanz stärker oder schwächer. Darüber geben allerdings die Bereichszahlen der Freiwilligensurveys keine Auskunft. Wir kennen vordemokratische, gespaltene, „schlechte“ Zivilgesellschaften mit geschlossenen Organisationen, betrieben von Leuten, die unter sich bleiben wollen und sich von anderen abgrenzen (religiöse Sekten, Eliteclubs etc.). Mit solchen dunklen Seiten der Zivilgesellschaft (islamistische Vereinigungen mit Hasspredigern an der Spitze, rechtsextreme Kameradschaften etc.) ist stets zu rechnen und ein realistischer Blick angezeigt. Auch Rechtsextreme verfolgen zunehmend zivilgesellschaftlich orientierte Strategien (von Kinderfesten bis zur Hausaufgabenhilfe, von Heimatvereinen bis zu Fußballmannschaften) und greifen damit, vermutlich ohne dies zu wissen, auf das Repertoire faschistischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit zurück. Vor diesem Hintergrund ist eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung, die auf die Stärkung von Zivilität setzt, umso dringlicher.

Zivilgesellschaftliche Einrichtungen und bürgerschaftliches Engagement können als Lernorte von Zivilität – altmodisch gesprochen von „Bürgertugenden“ – wirken. Ob sie dies leisten, hängt zum einen von der Binnenstruktur der Zivilgesellschaft selbst ab. Ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur wird zum anderen durch eine demokratische Öffentlichkeit und die Offenheit zivilgesellschaftlicher Einrichtungen gestärkt. Sie ermöglichen eine Konfliktkultur, eine Bereitschaft zum Dissens und zum zivilen Austrag von Konflikten.

### Vorzüge und Grenzen zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus

Der Rekurs auf Zivilgesellschaft in den rot-grünen Bundesprogrammen von 2001 beruhte auf einer Neugewichtung dieses Bereichs. Dabei wurde auf positive Erfahrungen aus den 1990er Jahren zurückgegriffen, als vor allem in den alten Bundesländern eine Fülle von Mobilisierungen gegen rechtsextreme Attacken auf Asylbewerber/innen und Migrant/innen stattfanden, die in der Regel die Beteiligung an rechtsextremen Mobilisierungen um ein Mehrfaches übertrafen. Es entstanden bereits in dieser Phase eine Fülle von Bündnissen und Zusammenschlüssen, eine Gegenbewegung mit neuen Aktionsformen (Schutz von Asylbewerberunterkünften, Lichterketten etc.).<sup>85</sup> Auch in Ostdeutschland kam es zu Gegenmobilisierungen, aber sie blieben insgesamt weitaus schwächer. Da die Geschichte dieser Mobilisierungen und Gegenmobilisierungen noch nicht geschrieben ist, wissen wir wenig über deren Dynamik.<sup>86</sup>

Die Stabilität vieler lokaler Bündnisse war jedoch begrenzt. Als die rot-grüne Regierung nach einer Serie von fremdenfeindlichen und antisemitischen Anschlägen im Jahr 2000 zum „Aufstand der Anständigen“ aufrief und selbst zu Straßendemonstrationen und Bündnissen mobilisierte, ging es um eine Wiederbelebung der aktiven Zivilgesellschaft. Ihre staatliche Ermutigung und programmatische wie finanzielle Unterstützung schien zudem eine logische Konsequenz aus den geringen präventiven Wirkungen des Vorgängerprogramms zu sein. Dass vor allem zivilgesellschaftliche Akteure in den neuen Bundesländern gefördert wurden, lag an der Erfahrung einer vergleichsweise schwächer ausgebildeten demokratischen Zivilgesellschaft im Osten, deren demokratische Infrastruktur es zu fördern galt.

Zudem engagierten sich in der Bundesrepublik in Sachen Rechtsextremismus überregional wirksame Themenanwälte (u. a. Prominente, Journalist/innen von Qualitätszeitungen, die einschlägige Internetseiten betreiben) und pro-

fessionelle Stiftungen (z. B. Amadeu Antonio Stiftung, Zentrum Demokratische Kultur, Freudenberg Stiftung, Forum Menschenrechte, Zentralrat der Juden). Mit den Programmen von 2001 bis 2006 erfuhren all diese zivilgesellschaftlichen Gruppen Anerkennung und zuweilen auch Finanzierung. Trotz eines Booms an Bürgerstiftungen war die Kehrseite der staatlichen Förderung eine – gerade für kleine Akteure – erhebliche Staatsabhängigkeit, die bis heute anhält, auch wenn die Programme seit 2007 kleinere zivilgesellschaftliche Akteure nur noch vermittelt über Modellprojekte, kommunal administrierte Lokale Aktionspläne und Beratungsnetzwerke fördern.

Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus lassen sich als Versuch verstehen, Zivilgesellschaft zu „reparieren“ (civil repair), d. h. ihre zivilen Normen gegen ihre Infragestellung zu stärken. Es geht dabei vor allem um weiche Interventionsformen und längerfristige Ziele: Lern- und Bildungsprozesse, Einstellungen, Überzeugungen, Anerkennung und Ächtung, um Alltagspraktiken und Alltagshandeln. Damit sind sie notwendig längerfristig angelegt, erfordern Erfahrungslernen und sind kontextsensibel. Sie basieren auf der Hoffnung, dass der praktische alltägliche Lernort Zivilgesellschaft stark genug ist, um Gegenerfahrungen und informelles Lernen etc. zu ermöglichen.<sup>87</sup> Selbst wenn wir einmal unterstellen, dass die „schlechten“ Einstellungen weitgehend außerhalb der Zivilgesellschaft gebildet werden (in Familien, Kitas, Schulen etc.), müssen wir davon ausgehen, dass es auch zivilgesellschaftliche Verstärker dieser Einstellungen gibt (Abwertung von Ausländer/innen in der Alltagskultur, von Rechtsextremen unterwanderte „Heimatvereine“), die aus diesen Zusammenschlüssen heraus, aber auch durch wechselseitige Kritik korrigiert werden können.

Deutliche Grenzen zivilgesellschaftlicher Strategien bestehen beim Schutz von potenziellen Opfergruppen (Zivilcourage, Aktion „Notengang“ etc.), wenn es z. B. gilt, Straftaten zu verhindern. Eine weitere ergibt sich aus einer spe-

85 Einen Überblick bieten Rucht/Heitmeyer 2008: 589f.

86 Eine erste Bilanz zog Kleger 1996, instruktiv sind auch die Fallstudien von Karapin 2007.

87 Die neuere Forschung zu Bildungsprozessen stützt im Übrigen grundsätzlich diese Vermutung und betont das Gewicht informeller Lernprozesse (vgl. Düx et al. 2008), besonders die Selbstsozialisation in Gleichaltrigengruppen (vgl. Rauschenbach et al. 2006).



zifischen Ressourcenschwäche zivilgesellschaftlicher Akteure. In der Regel verfügen sie nicht oder nur begrenzt über professionelle Arbeitskräfte und müssen somit auf freiwilliges Engagement setzen. Dies steht nicht immer in der Form, Intensität und Dauer zur Verfügung, wie es ein anspruchsvolles Projekt eigentlich erforderte. Außerdem muss stets mit dem Eigensinn der Freiwilligen gerechnet werden.

Fragt man danach, ob es mithilfe der zivilgesellschaftlich orientierten Bundes- und Landesprogramme gelungen ist, dem gesellschaftlichen Problem Rechtsextremismus etwas Wirksames entgegenzusetzen, fällt das Urteil kritisch aus. Trotz konjunktureller Schwankungen und beachtlicher regionaler Teilerfolge ist immer wieder festzustellen, dass rechtsextreme Einstellungen, Milieus und Gewalttaten in manchen Regionen ansteigen. Zivilgesellschaftliche Programme allein können solche Entwicklungen offenbar nicht verhindern. Allerdings sind rein repressive Strategien wie Organisationsverbote, Ahndung von Propagandadelikten oder Demonstrationsverbote ebenso wenig erfolgreich. Ein bescheidener Maßstab erscheint eher angemessen: die Frage nämlich, inwieweit die Initiativen und Programme zur Förderung bürgergesellschaftlicher Initiativen gegen Rechts dazu beigetragen haben, Schlimmeres zu verhindern, d.h. einen wirksamen Beitrag zur Einhegung und Begrenzung dieses gesellschaftlichen Problems geleistet haben.

### **Wege zu einer zivilgesellschaftlich orientierten Politik gegen Rechtsextremismus – das Beispiel Lokale Handlungsstrategien**

Es gehört zu den Grunderkenntnissen vieler wissenschaftlicher Studien, dass der lokale Raum für die Förderung von Demokratie und Toleranz, die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft sowie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Feind-

seligkeiten von zentraler Bedeutung ist. Eine offene, vielfältige und demokratische Stadt- bzw. Gemeindenkultur, aktive Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie sind wesentliche Voraussetzungen für ein Erfolg versprechendes und glaubwürdiges Engagement gegen Rechts (vgl. Strobl et al. 2003; Strobl/Lobermeier 2009)<sup>88</sup>. „Eine Strategie gegen Rechtsextremismus ist nur noch als integriertes Konzept denkbar, in das Elemente der Sozialarbeit genauso einfließen wie Aspekte der Vernetzung und der Moderation von demokratischen Diskursen. Es geht um die Entwicklung demokratischer Gemeinwesen insgesamt“ (Korgel 2009: 252).

Lorenz Korgel (2009: 253ff.) hat zehn Gelingensbedingungen für eine kommunale Strategie zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft herausgearbeitet:

- (1) Stärkung der Zivilgesellschaft durch Einbeziehung ihrer „Umwelten“ (Staat und Wirtschaft),
- (2) Entwicklung von integrierten Konzepten (Problemlage, Leitbild, Ressourcen, Ziele, Maßnahmen, Qualitätskriterien),
- (3) Unterstützung einer Partizipationskultur,
- (4) Gestaltung von Schulen und Kitas als Lernorte einer demokratischen Praxis,
- (5) Nutzung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen als kritische Impulsgeber für die Kommunalpolitik,
- (6) Zusammenbringen von Kompetenzen in Fachnetzwerken,
- (7) Nutzung der Interessen von Wirtschaftsunternehmen und -verbänden,
- (8) Verknüpfung mit der Integrationspolitik und Entwicklung einer Kultur der Antidiskriminierung,
- (9) Entwicklung von Konzepten der (Re-)Demokratisierung öffentlicher Räume und Strategien gegen „Angsträume“ und
- (10) Organisation einer qualifizierten Beratung und Begleitung.

88 Rainer Strobl und Olaf Lobermeier haben auf der Grundlage eigener Untersuchungen zehn Punkte angeführt, „die für eine erfolgreiche Vernetzung wichtig sind“: (1) Ressourcen für dauerhaftes Engagement, (2) positive Ausrichtung, (3) langfristige Orientierung, (4) Arbeitsteilung, (5) moderierendes Vorgehen, (6) formale Regeln, (7) Integration, (8) sichtbare Aktivität, (9) politischer Grundkonsens, (10) Kultur der Anerkennung (Strobl/Lobermeier 2009: 22ff.).

Zu diesen Gelingensbedingungen ist darüber hinaus noch ein Engagement für Opfer rechts-extremer Gewalt zu zählen, das deren Handlungsfähigkeit stärkt und die Empathiefähigkeit der „Mehrheitsgesellschaft“ fördert.

Lokale Initiativen und Mobilisierungen gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorkommnisse und Akteure gibt es in großer Zahl und in vielfältigen Formen. Oft handelt es sich um spontane anlassbezogene Initiativen, die nach kurzer Zeit wieder einschlafen. Gelegentlich geben sie sich festere Strukturen, etwa als eingetragener Verein, und sind längere Zeit aktiv. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie zu Trägern und Anbietern von Veranstaltungen, Schulungen und Projekten werden, für die sie öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. Mit diesen Vereinsstrukturen gehen häufig auch Professionalisierungen einher, wenn bestimmte Aufgaben, wie z.B. die Opfer- oder die Gemeinwesenberatung auf Dauer gestellt werden. Beispiele hierfür sind überregional tätige Vereine wie „Miteinander e.V.“ in Sachsen-Anhalt oder das „Kulturbüro Sachsen e.V.“, die in ihren Bundesländern wichtige Träger von Bundes- und Landesprogrammen gegen Rechtsextremismus geworden sind.

Auch in ihrer Trägerschaft stehen die lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus sehr unterschiedlich da. Das Spektrum reicht von respektablen Vereinigungen, die von Bürgermeister/innen und Teilen der kommunalen Honorator/innen getragen werden und sich selbst in der politischen Mitte verorten, bis zu Jugendinitiativen aus dem „bunt-alternativen“ Spektrum, die zu meist nur schwer öffentliche Anerkennung und Unterstützung finden. Gelegentlich werden sie sogar als das – verglichen mit der „ordentlichen“ rechtsextremen Szene – größere „Problem“ wahrgenommen und entsprechend behandelt.

Es gibt vermutlich kaum einen Bereich, der so intensiv in Evaluationen, wissenschaftlichen Studien, Handlungsplänen und Ratgebern bearbeitet wurde, wie die kommunale Auseinander-

setzung mit dem Rechtsextremismus.<sup>89</sup> Dazu hat besonders die zivilgesellschaftliche Orientierung der rot-grünen Bundesprogramme beigetragen. Nach 2006 kam es einerseits zu einer Aufwertung einer integrierten lokalen Praxis, als Lokale Aktionspläne (LAPs) zu einer eigenen Fördersäule des Bundesprogramms „Vielfalt“ wurden. Andererseits war dies mit einer kontroversen Akzentverschiebung in Richtung Kommunalverwaltung und kommunale Entscheidungsträger, d.h. einer „Verstaatlichung der Zivilgesellschaft“ (Roth 2006) verbunden. Ob sich diese Befürchtung insgesamt bestätigt hat und welche Folgen sich daraus ergeben haben, wird erst mit der Vorlage des Endberichts der Programmevaluation (vermutlich 2011) genauer zu beantworten sein.

### Beispiele guter zivilgesellschaftlicher Praxis



#### Mobile Beratungsteams – MBR Berlin und MBT „Ostkreuz“<sup>90</sup>, Berlin

Neben der Opferberatung gehören mobile Beratungen zu den zentralen institutionellen Errungenschaften der rot-grünen Bundesprogramme. Solche spezialisierten Beratungsstrukturen können jene Kompetenzen und Erfahrungen vermitteln, die es möglich machen, auf lokale Problemlagen in Sachen Rechtsextremismus angemessen

.....

89 Eine kleine Auswahl aus der Fülle der Literatur mag hier genügen (z.B. Strobl et al. 2003; Lynen von Berg et al. 2007; Palloks/Steil 2008); eine gute Übersicht bietet das Handbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung von Molthagen/Korgel 2009.

90 Die Darstellung stützt sich auf eine gemeinsam mit Jutta Aumüller und Frank Gesemann verfasste aktuelle Programmevaluation für den Integrationsbeauftragten des Landes Berlin. Sie steht auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten zur Verfügung ([www.berlin.de/lb/intmig/](http://www.berlin.de/lb/intmig/)).

zu reagieren. Dauerbeobachtung, Erfolgskontrolle und Unabhängigkeit sind nur einige der Merkmale, auf die sich die Beratungsteams beziehen. Immer mal wieder kommt es zu Kontroversen über die angemessenen Wege und Leitbilder solcher Beratung. Das Berliner Beispiel ist interessant, weil hier unterschiedliche Ansätze in einer Stadt betrieben werden.

Mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR Berlin) und dem Mobilen Beratungsteam „Ostkreuz“ (MBT „Ostkreuz“) verfügt Berlin über zwei qualifizierte, weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannte Beratungsteams, die zur demokratischen Entwicklung der Stadt beitragen sollen. Der Senat von Berlin hat sich nicht zuletzt auch aus politischen Gründen für die Fortführung und Absicherung von zwei mobilen Beratungsteams entschieden, was zunächst zu Schwierigkeiten der sozialräumlichen Abgrenzung und inhaltlichen Konkurrenz geführt hat. In den letzten Jahren gibt es allerdings deutliche Anzeichen für eine stärkere Arbeitsteilung und Profilbildung der beiden mobilen Beratungsteams. Das MBR Berlin konzentriert sich zum einen auf die traditionellen Schwerpunktbezirke Lichtenberg, Pankow, Friedrichshain, Treptow-Köpenick und seit 2007 auch Neukölln, während das MBT „Ostkreuz“ über das Teilprojekt „Polis\* – Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf“ nur in einem Bezirk stärker verankert ist.

Interessanter und bedeutsamer ist allerdings, dass beide Teams mit unterschiedlichen Theoriebezügen und konzeptionellen Schwerpunkten arbeiten.

Das Mobile Beratungsteam (MBT) „Ostkreuz“ ist thematisch breit aufgestellt. Mit Verweis auf das Heitmeyer'sche Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) (siehe Erläuterungen in Kapitel 2) greift das MBT ein breites Spektrum von Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft auf. Der Bezug zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist im Kontext einer breiten menschenrechtlichen Orientierung nur ein Thema unter mehreren. Seit 2007 kümmert sich das MBT besonders um ethnisierte und konfessionalisierte Konflikte im

Gemeinwesen, insbesondere Islamophobie und die politische Ideologisierung von Religion. Im Zentrum stand dabei der Moscheebau-Konflikt in Pankow-Heinersdorf und seine Aufarbeitung. Auf den ersten Blick entfernt sich dieser Schwerpunkt aus dem üblichen Themenrahmen von Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus, aber er behandelt nicht nur eine besondere Spielart von Fremdenfeindlichkeit, sondern kehrt zurück zu einem historischen (und wieder hochaktuellen) Grundkonflikt von Zivilgesellschaften, nämlich die Neutralisierung und Überwindung von religiösen Spaltungslinien. Leitbild des MBT Ostkreuz ist die offene, begleitende und moderierende Unterstützung von Verständigungsprozessen im Gemeinwesen. Zielgruppe sind in erster Linie Multiplikator/innen und Akteure mit Handlungsspielräumen in ihrem jeweiligen Feld. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Coaching von Schulen und Einrichtungen zur Berufsorientierung, um auch im Bereich der beruflichen Bildung einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt, Demokratiekompetenz und verantwortlicher Partizipation zu ermöglichen.

Damit werden zwei wichtige demokratiefördernde Strategien sichtbar:

- die Verbesserung der Fähigkeit zum demokratieförderlichen Konfliktaustrag und
- die Schaffung von institutionellen Passungen im Bereich des Übergangsmanagements im Sinne von „civicness“.

Der vom MBT Ostkreuz praktizierte, offen moderierende Ansatz aufsuchender Demokratieförderung, der die Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement, die Organisation möglichst umfassender Beteiligungsprozesse und die Schaffung von „geschützten Räumen“ für breit angelegte Kommunikationsprozesse zum Ziel hat, eignet sich vor allem, um komplexe Problemlagen und divergierende Interessen lokaler Akteure in ethnisierten, religiös aufgeladenen Konfliktkonstellationen produktiv zu bearbeiten. Der Konflikt um den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf zeigt, dass zu den Gelingensbedingungen dieses Ansatzes vor allem engagierte Bürger/innen, aber eben auch professionelle Berater/innen aus dem Bereich der Demokratieförderung und erfahrene Moderator/innen von Gemeinwesenprozessen

gehören. Zentrale Elemente und Ergebnisse der Intervention durch das MBT Ostkreuz waren die Organisation und Moderation „vertrauensvoller Dialogprozesse“, die ergebnis- und gemeinwesenorientierte Bearbeitung und Berücksichtigung der verschiedenen lokalen Anliegen und Konfliktlinien im Rahmen von Zukunftswerkstätten und die Institutionalisierung des bürgerschaftlichen Engagements in Gestalt eines Bürgervereins. Es gibt erste Ansätze einer vertieften Auswertung und Reflexion der Erfahrungen in Pankow-Heinersdorf (Stiftung SPI 2009; Nauditt/Wermerskrich 2009), die Chancen und Grenzen dieses Arbeitsansatzes sind allerdings noch nicht ausgelotet.

Im Vergleich mit dem MBT Ostkreuz nimmt die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR Berlin) einen „klassischen“ Ausschnitt zivilgesellschaftlicher Entwicklungen in den Blick. Sie fungiert als Erstkontaktstelle für Bürger/innen, für Verwaltungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, wenn sie Probleme mit Rechtsextremismus und Antisemitismus wahrnehmen und bearbeiten wollen. Die MBR arbeitet mit einem Konzept von Zivilgesellschaft, wie es den rot-grünen Bundesprogrammen und dem Berliner Landesprogramm zugrunde liegt. Rechtsextremismus, so die Annahme, kann durch die weitere Demokratisierung der Zivilgesellschaft, aber auch der umgebenden politischen und wirtschaftlichen Institutionen zurückgedrängt werden. Deshalb beschränkt sich die MBR nicht auf die Beratung zivilgesellschaftlicher Akteure, sondern hat sich im Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins“ auch mit den Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen befasst und bei der praxisorientierten Weiterentwicklung von Handlungsstrategien mitgewirkt.

Zu den Stärken des Ansatzes gehören die Verknüpfung von Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung auf der Grundlage von Sozialraum- und Kommunalanalysen sowie im Rahmen lokaler integrierter Aktions-

pläne und Handlungskonzepte. Die Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien auf entsprechende Nachfrage und in enger Zusammenarbeit mit Bezirksämtern schlägt hierbei eine wichtige Brücke zwischen Politik und Verwaltung sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren. Von besonderer Bedeutung ist zudem, dass in der Arbeit der MBR Berlin verschiedene Regelinstitutionen und -angebote (Schule, Jugendarbeit, Sportvereine etc.) systematisch in den Blick genommen werden, sodass hier die Anregungsfunktion der Projektarbeit besonders sichtbar wird. Die MBR Berlin trägt zudem mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen in hohem Maße zu einer intensiveren Diskussion über Qualitätsstandards in der Arbeit gegen Rechtsextremismus bei, die auch bundesweit Beachtung finden.

Die von der MBR – meist in Kooperation mit anderen Akteuren – entwickelten Empfehlungen und Handreichungen haben sich bewährt und helfen dabei, konkrete Beratungserfahrungen für ein breiteres Publikum von Interessierten zugänglich zu machen. Solche Empfehlungen und Handreichungen gibt es u. a. zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf (2006), mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen (2007), mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen (2008), zum Handeln gegen Rechtsextremismus in Berliner Schulen (2008), zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien (2008) oder zum Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur mit dem Titel „Ladenschluss jetzt!“ (2009).<sup>91</sup> Als großer Erfolg der Beratungstätigkeit der MBR kann die gemeinsame Erklärung der Berliner Bezirksbürgermeister/innen vom 18. Januar 2010 gewertet werden, in der sie sich zu einer gemeinsamen Praxis im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen, Raumnutzungen oder rechtsextremen Wirtschaftsunternehmen nach folgendem Motto verpflichten: „In unseren Rathäusern, auf Straßen und Plätzen unserer Bezirke haben antisemitische, rassistische und antidemokratische Äußerungen und Organisationen

91 Die Empfehlungen und Handreichungen können auf der Internetseite des MBR eingesehen werden ([www.mbr.de](http://www.mbr.de)).

keinen Platz“.<sup>92</sup> Die MBR ist auch immer wieder als Projektträger in anderen Themenfeldern aktiv und ansprechbar.

Die unterschiedlichen konzeptionellen Ansätze der beiden Mobilien Beratungsteams stellen eine besondere Bereicherung in einer Einwanderungsstadt wie Berlin mit ihren vielfältigen Herausforderungen und Konfliktlinien dar. Es könnte gut sein, dass die Wahl zwischen konfrontativen und moderierenden Interventionsformen sehr viel mit den jeweiligen Konfliktthemen, Konfliktniveaus und Konflikttypen zu tun haben. Eine entsprechende Spezialisierung von Beratungsteams erweitert die kommunale Handlungspalette.



### **Interreligiöse Projekte – Abrahamhaus in Denkendorf und Stuttgart, Baden-Württemberg<sup>93</sup>**

Interreligiöse Projekte sind bislang in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vergleichsweise selten, aber ein bemerkenswerter Versuch, religiöse Toleranz und wechselseitiges Verständnis zu praktizieren. Immerhin verweist eine neuere Studie auf mehr als 50 Initiativen in der Bundesrepublik, die sich dem „Abrahamischen Dialog“ zwischen Juden, Christen und Muslimen verschrieben haben, indem sie an den gemeinsamen religiösen Ursprung erinnern (vgl.

Hinterhuber 2009). Dialoginitiativen zwischen Christen und Juden oder Christen und Muslimen sind zahlreicher, wie z. B. eine Studie zu entsprechenden Ansätzen in Baden-Württemberg zeigt (vgl. Schmid et al. 2008). Die Bedeutung solcher Dialog-Initiativen für die Bekämpfung von Rechtsextremismus dürfte – auch wenn sich das Gros der Initiativen aus anderen Motiven gebildet hat – kaum zu überschätzen sein. Antisemitismus gehört traditionell zum Kernbestand rechtsextremer Weltbilder, reicht aber, wie judenfeindliche Signale aus arabisch-palästinensischen Zuwanderergemeinschaften zeigen, weit über diese Szene hinaus. Islamfeindliche Äußerungen sind zur Chiffre für Fremdenfeindlichkeit geworden und haben z. B. in den „Pro-Parteien“ eine politische Form gefunden. Eine neu-heidnische Opposition gegen christliche Traditionen („Odin statt Christus“) gehört zu den identitätsstiftenden Ritualen und Symbolwelten einer Strömung der extremen Rechten, die damit an entsprechende Strömungen im Nationalsozialismus anschließt.

Interreligiösen Dialogen und der Anerkennung religiöser Vielfalt kann eine wichtige Rolle zukommen, um das demokratische Potenzial in den Religionsgemeinschaften zu stärken und religiöse Spaltungslinien in sozialen Konflikten zu vermeiden (vgl. Allievi 2009). Dass dies auch in der Bundesrepublik notwendig ist, belegen der Kopftuch-Streit und eine Serie von Konflikten um Moscheebauten, die zunächst rechtspopulistischen Gruppenbildungen anregten, die als „Pro-Parteien“ inzwischen fest in das rechtsextreme Milieu integriert sind (vgl. Häusler 2008). So ruft auch die NPD als rechtsextremer Bewegungsunternehmer, nach dem überraschenden „Erfolg“ einer Kampagne in der Schweiz, im Frühjahr 2010 auf ihren Internetseiten zum Kampf gegen Minarette auf.

Die kleine Initiative, von der hier exemplarisch die Rede ist, verdeutlicht die Chancen und Bedingungen Abrahamischer Dialoge, die oft unabhängig oder am Rande der kirchlichen und religiösen Institutionen entstehen. Das „Haus

92 Nachzulesen auf [www.mbr.de](http://www.mbr.de).

93 Die Darstellung stützt sich auf Gespräche mit Meinhard Tenné (2009 bzw. März 2010) und Dr. Reiner Strunk (März 2010), die auch interne Unterlagen (Vorträge etc.) zur Verfügung gestellt haben.

Abraham e.V.“ im Kloster Denkendorf bei Stuttgart imponiert nicht zuletzt durch seine Initiatoren Hakan Turan (als muslimischer Sprecher), Reiner Strunk (als christlicher Sprecher) und allen voran Meinhard Tenné. Der jüdische Vorstandssprecher des Vereins, der als Kind mit seinen Eltern aus Deutschland vertrieben wurde, hatte sich zunächst in Israel eine Existenz aufgebaut und kam in späteren Jahren aus beruflichen Gründen nach Deutschland zurück. Das „Haus Abraham“ ist für ihn nicht nur eine Chance zur vorurteilsfreien interreligiösen Begegnung, die Möglichkeit, Fremdheiten abzubauen, sondern auch der Versuch, wie er es emphatisch ausdrückt, ein weiteres „1933“ zu verhindern.

Von der ersten Idee, die von dem christlichen und dem muslimischen Vorsitzenden des Vereins Christlich-Islamische Gesellschaft Stuttgart bereits 1998 an den damaligen Vorstandssprecher der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs herangetragen wurde, dauerte es bis 2007, als der Verein „Haus Abraham“ im Kloster Denkendorf einen ersten Ort für interreligiöse Begegnungen fand. „Die Idee des Hauses Abraham wird von Menschen getragen, die sich dem Gedanken des friedlichen Miteinanders der Religionen und der Toleranz verbunden fühlen.“<sup>94</sup> Dabei geht es nicht nur um wechselseitige Duldung, sondern um Verständnis und Anerkennung, um die Respektierung der Unterschiede und den Abschied von Alleinvertretungsansprüchen. Alltagserfahrungen mit unterschiedlicher Religiosität sollen reflektiert, Vorurteile überprüft, Unsicherheiten und Ängste geklärt und ausgrenzende Haltungen durch Begegnungen überwunden werden, lauten die zentralen Leitlinien interreligiöser Bildung. Diesen Zielen diene in Denkendorf eine Serie von Seminaren, Veranstaltungen, Angeboten an Schulen, Publikationen und immer wieder alltägliche Begegnungen. Nachdem Mitte Dezember 2009 das Kloster Denkendorf schließen musste, fand das Haus Abra-

ham ein neues Dach in der Stiftung „Stuttgarter Lehrhaus“ und konnte am 7. Februar 2010 in Stuttgart erneut eröffnet werden.

Die praktisch eher kurze Geschichte des Denkendorfer Versuchs wirkt wenig spektakulär. Was ist gut daran? Grundlegend ist es die Orientierung am Diskurs und an der Deliberation in einem Feld, das gerne mit apodiktischen Überzeugungen beackert wird. Sich im Austausch mit anderen monotheistischen Religionen infrage stellen zu lassen, neue Perspektiven aufzunehmen oder auch nur die Erfahrung zu machen, dass es auch anders geht, gehört zu den besonderen Leistungen des Ansatzes. Er bietet damit das stärkste Gegengift gegen Pro-Parteien, die mit der Angst vor einer anderen Religion Politik zu machen versuchen. Dass es von Menschen wie Herrn Tenné verabreicht wird, die eine besondere biografische Glaubwürdigkeit besitzen, spricht für deren Wirksamkeit. Beiläufig berichtet Tenné, dass viele der Dialog-Abende zunächst wesentlich durch gemeinsames Kochen geprägt waren. Hätte man mit interreligiösen Themen angefangen, hätte dies leicht in Streit münden können. Zumindest für religiöse Menschen können Dialoge als Weg zur Immunisierung gegen religiös motivierte Feindbilder angesehen werden.

### **Akzeptierende Jugendarbeit – VAJA in Bremen<sup>95</sup>**

Die Debatte über die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen, aber auch die Diskussion über Ausstiegshilfen für diese Szene ist von heftigen Kontroversen geprägt. Unstrittig ist, dass Kader und organisierte Rechtsextreme durch pädagogische und sozialpädagogische Arbeit kaum zu erreichen sind. Für die Arbeit mit „Organisierten“ sind Ausstiegswünsche Voraussetzung, die durch biografische Umbrüche, Druck aus dem familiären Nahbereich, negative Erfahrungen in der Szene oder – in Einzelfällen – durch verschärfte polizeiliche

.....

94 Zitiert nach dem Redemanuskript von Meinhard Tenné „Entstehungsgeschichte der Stiftung „Stuttgarter Lehrhaus“ vom 7.2.2010.

95 Grundlage der Darstellung sind mehrere persönliche Begegnungen mit dem VAJA-Team in den vergangenen Jahren und zuletzt ein Telefoninterview mit Dennis Rosenbaum im Januar 2010.



Repression befördert werden können.<sup>96</sup> Oft bieten erst Hafterfahrungen einen Ansatzpunkt für entsprechende Interventionen, wie z. B. die Arbeit des Violence Prevention Networks deutlich macht (siehe Kapitel 4.1).

Ausgangspunkt für den Streit über den Sinn und die Notwendigkeit von gezielter Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen waren die Erfahrungen mit dem AgAG-Programm der 1990er Jahre. Kritisch gesehen wurde zum einen die faktische Bevorzugung von rechtsextrem orientierten Cliquen im Aufbau von Jugendräumen – ein Dilemma, in das zielgruppenorientierte Programme geraten, wenn es nicht eine entsprechende Grundförderung in der Jugendarbeit gibt. Zum anderen wurden Zweifel an der Reichweite und Wirksamkeit der sozialpädagogischen Arbeit mit diesen Gruppen geäußert. Einige Projekte und Einrichtungen waren z. B. geschlossen wor-

den, weil sie nicht zu einer Auflösung, sondern unbeabsichtigt zu einer Stabilisierung der lokalen rechtsextremen Szene beitragen, indem öffentliche Treffmöglichkeiten vorgehalten wurden. Diese Kritik verdichtete sich in dem harten Diktum „Glatzenpflege auf Staatskosten“. Gegen die grundsätzliche Ablehnung wurde immer wieder betont, dass

- Arbeit mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen prinzipiell erfolgreich möglich ist, wenn sie professionell betrieben wird und entsprechende sozialpädagogische Standards eingehalten werden,
- es zur „akzeptierenden“ Arbeit keine Alternative gibt, weil Jugendliche mit entsprechenden Einstellungen auch in gemischten Gruppen und Schulklassen, d. h. fast überall anzutreffen sind,
- es sich Jugendbildung und Jugendarbeit zu leicht machen, wenn sie diese schwierige und anspruchsvolle Zielgruppe meiden und nur präventive Arbeit im Vorfeld betreiben,
- Programme gegen Rechtsextremismus ihre zentrale Zielgruppe verfehlen, wenn sie auf die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen verzichten.

Faktisch gibt es eine Reihe von Vereinen und Projekten, die seit vielen Jahren zumeist mit hoher Fachlichkeit mit dieser schwierigen Zielgruppe arbeitet.<sup>97</sup>

Einer der profiliertesten und ältesten Träger in diesem Feld ist der 1992 gegründete „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)“ in Bremen. Sein 2007 vorgelegtes überarbeitetes Konzept zur aufsuchenden Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen wurde mit dem „Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2008“ ausgezeichnet (vgl. VAJA/Möller 2007).

Angesichts der weiten Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen, allen voran von Fremdenfeindlichkeit, orientiert sich das Konzept

96 Zu den Ausstiegsmotiven, die zugleich einen vertieften Einblick in die Dynamik rechtsextremer Milieus ermöglichen, vgl. Rommelspacher 2006; informativ auch Schauka 2009.

97 Vgl. die auf Berlin konzentrierte aktuelle Analyse von Ansätzen und Projekten in diesem Feld von Kohlstruck et al. 2009 und eine entsprechende „Spurensuche“ in Sachsen-Anhalt (vgl. Simon 2005).

an jenen Faktoren, die eine Distanz zu solchen Einstellungsmustern begünstigen. Dazu gehören

- „verlässliche und emotional positive Beziehungen zu den Eltern,
- sinnstiftende Schulerfahrungen mit der Möglichkeit zum Aufbau von Selbstwert,
- politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten,
- extremismus-, ausgrenzungs- und gewaltdistanzierende Haltungen des sozialen Umfelds, u. a. auch der Peers, der Betroffenen,
- die Entdeckung biographisch neuartiger Quellen von Selbstwerterleben und Anerkennung außerhalb rechtsextrem (und menschenfeindlich) geprägter Cliques und Szenen, insbesondere im Bereich von Arbeit und Beruf(sausbildung) sowie im Rahmen einer i. d. R. gegengeschlechtlich emotional tiefgehenden Partnerschaft,
- die Verfügbarkeit über öffentlichen Raum und die Vermeidung territorialer Konflikte,
- den Zugewinn an personaler Kompetenz, vor allem in Hinsicht auf Affektkontrolle, Reflexionsvermögen und Empathie,
- die Entwicklung gewaltferner männlicher Identität sowie
- die Distanz zu Gewaltakzeptanz überhaupt“ (VAJA/Möller 2007: 5).

Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung sind zentrale Ziele einer Integrationsarbeit, die methodisch Elemente von Streetwork, Einzelfallhilfe, Projektangeboten und Gemeinwesenarbeit kombiniert. Als längerfristige Beziehungsarbeit angelegt, scheut sie nicht die Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut, sondern setzt Grenzen und zeigt Alternativen auf.<sup>98</sup> Vorliegende Erfahrungsberichte machen beispielhaft deutlich, dass solche Distanzierungen nicht nur möglich sind, sondern durch gezielte Angebote und cliquesbezogener Jugendarbeit auch syste-

matisch befördert werden (Gulbins et al. 2007). Die Nähe zu guter offener Jugendarbeit in Problemquartieren ist unverkennbar. Die komplexe und anspruchsvolle Anlage des Projekts signalisiert zugleich, dass kurzfristige Einstellungsänderungen nicht zu erwarten sind. Es geht vielmehr um die Entwicklung biografischer Alternativen und längerfristige Veränderungen, die sich gegen den schnellen Zeit- und Projektrhythmus sperren, wie er z. B. in den Modellprogrammen des Bundes und Länder die Regel ist.



## ■ Augen gegen Gewalt.

### *Zusammenschluss von Bürger/innen – Bürger-Bündnis „Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“, Sachsen-Anhalt<sup>99</sup>*

An vielen Orten, in denen rechtsextreme Gruppierungen besonders aktiv aufgetreten sind, haben sich Bürgerbündnisse gebildet, die bereits seit Jahren – lange vor und unabhängig von den durch den Bund geförderten Lokalen Aktionsplänen – engagiert sind. Wernigerode im Harz bietet mit seinen etwa 33 000 Einwohner/innen hierfür ein gutes Beispiel.<sup>100</sup>

Das Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie wurde bereits am 15. März 2001 unter Beteiligung der demokratischen Lokalparteien und anderer gesellschaftlicher Kräfte gegründet. Anlass waren vor allem ausländerfeindliche Übergriffe auf Studierende der örtlichen Hochschule Harz. Wernigerode war zu diesem Zeitpunkt eines der Zentren rechts-

98 Lebendige Einblicke in die Praxis der aufsuchenden Arbeit mit Cliques in Bremer Stadtteilen vermitteln die Beiträge von Gulbins/Rosenbaum 2009 und 2009a sowie mit dem Schwerpunkt Mädchenarbeit (Stewen 2009).

99 Die Darstellung stützt sich auf mehrere Begegnungen und Gespräche mit dem langjährigen Sprecher des Bündnisses Peter Lehmann und eigene Lokalstudien in Wernigerode.

100 Die Darstellung greift weitgehend auf eigene Erfahrungen in der Region (u.a. in einem Miteinander-Projekt gegen lokale Angstzonen „No Place For Fear“) und einen Bericht zurück, den Peter Lehmann, Sprecher des Bürger-Bündnisses „Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“, dem Autor zur Verfügung gestellt hat.



extremer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt. In der kommunalen Landschaft gab es im Umfeld von Tankstellen und Parkplätzen Angstzonen, die von entsprechend martialisch auftretenden Jugendlichen kontrolliert wurden. Mehrfach war ein alternativer Jugendclub überfallen und teilweise zerstört worden. Die örtliche Gastronomie der kleinen Fachwerkstadt sorgte sich schließlich um den Tourismus und die Kommunalpolitiker/innen um das Image bei auswärtigen Studierenden.

Bei der Gründung wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die bis heute Grundlage der Aktivitäten des Bürger-Bündnisses Wernigerode geblieben ist. Darin werden Freiheit und Toleranz beschworen, aber der lokale Rechtsextremismus mit keinem Wort erwähnt – vermutlich zunächst um im bürgerlichen Milieu nicht abschreckend zu wirken. Die Schirmherrschaft übernahm der Oberbürgermeister der Stadt. Auch Honoratioren wie der Rektor und der Kanzler der Hochschule Harz sowie der Superintendent des Kirchenkreises Halberstadt beteiligten sich. Zentraler Ansprechpartner und die „Seele“ des Bündnisses ist seither Peter Lehmann, ein langjähriges Mitglied des Kreistages. Ein Sprecherkreis wurde bei der Gründung auf Zuruf gebildet und blieb über die Jahre fast unverändert tätig. Etwa 120 Bürger/innen, die beim Bürger-Bündnis ihre E-Mail-Adresse hinterlegt haben, erhalten Informationen sowie Einladungen zu Veranstaltungen, Aktionen und Fortbildungen. Bereits im Mai 2001 wurde von einer Projektgruppe an der Hochschule ein Sticker „Augen gegen Gewalt“ entworfen, der zum gemeinsamen Symbol des Bürger-Bündnisses wurde.

Das Bürger-Bündnis ist seit seiner Gründung Mitglied des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt, das die Landesregierung vor einigen Jahren angeregt und gefördert hat, um dem Vorwurf der Untätigkeit zu entgehen. Seit die CDU den Landesvater stellt, beschränkte sich das „arme“ Bundesland – jenseits der Kofinanzierung der Mittel aus Bundesprogrammen – im Wesentlichen auf kostengünstige Kampagnen („Hingucken!“) und Vernetzungsplattformen, deren praktische Funktion lange Zeit darin bestand, vor Wahlen parteiübergreifend Aufrufe zu verabschieden, die vor der

Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien warnen. Ein eigenes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, wie es bereits 1998 das Nachbarland Brandenburg verabschiedet hatte, gibt es bis heute nicht, obwohl das Bundesland seit einigen Jahren die rote Laterne trägt, wenn es um die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten pro Kopf der Bevölkerung geht. Immerhin arbeitet die Integrationsbeauftragte des Landes aktuell an einem zukunftsorientierten Integrationskonzept, das auch neue Impulse für die Arbeit gegen Rechtsextremismus verspricht.

Bis heute ist das Bürger-Bündnis Wernigerode kein Verein geworden, sondern ein loser und informeller Zusammenschluss von Bürger/innen geblieben, die sich in ihrer Stadt (und darüber hinaus) für Demokratie und Toleranz einsetzen und sich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Sie wollen „Gesicht zeigen“ und sind durch enge Kommunikation zu schnellem Handeln bereit und fähig. Unterstützt werden vor allem Aktivitäten von anderen Gruppen und Initiativen; Eigenveranstaltungen sind kaum vorgesehen.

Zu den thematisch breit gestreuten Aktionen und Aktivitäten der letzten acht Jahre gehören u. a. eine Ausstellung zum Verhältnis von Deutschland zur „Dritten Welt“, die „Aktion Noteneingang“, eine öffentliche Diskussion nach den Anschlägen vom 11. September, verschiedene friedenspolitische Aktionen, gemeinsame Feste für alle Bürger/innen, Musikveranstaltungen unter dem Motto „Konzerte gegen Gewalt – für Toleranz“, Ausstellungsprojekte und immer wieder Informationsveranstaltungen zu Antisemitismus und aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der Region (u. a. zu neonazistischen Musikgruppen und Codes, Ideologien der neuen Rechten), aber auch zu anderen Themen.

Beachtlich ist die Zahl und das Spektrum von Aktionen gegen Rechtsextremismus. Sie reichen von einer Unterschriftensammlung gegen Ausländerfeindlichkeit, die auf entsprechende Schmierereien in der Stadt reagierte, über eine Spontandemonstration, mit der die Verteilung der berüchtigten Schulhof-CD der NPD vor einem Gymnasium verhindert wurde, bis zur symbolischen Aktion „Braunen Kehrlicht aus der

Stadt fegen“, mit der Bürger/innen gegen eine genehmigte Demonstration der NPD protestierten. Mit der Aktion „Querstellen“ bewegten sich die Aktiven noch etwas weiter in Richtung ziviler Ungehorsam, als sich im September 2007 das Bürger-Bündnis an Protesten in Quedlinburg gegen eine NPD-Demonstration beteiligte. Deren Marsch durch die Innenstadt auf den Markt konnte verhindert werden.

An einer Großdemonstration der regionalen „Antifa“ am 27. Mai 2006 in Wernigerode wollte sich das Bürger-Bündnis allerdings nicht beteiligen, aber es wurde aktiv, indem es sich als Gewaltschlichter mit weißen Bändern und Schleifen anbot. Am Abend zuvor fand ein Friedensgebet in der Sylvestrikirche und eine Mahnwache auf dem Marktplatz statt. Unter dem Motto „Hingucken!“ bewegte sich das Bürger-Bündnis am 23. Juni 2007 erneut „zwischen den Fronten“, als Teilnehmer/innen einer Antifa-Demo und NPD-Gegendemonstration in der Innenstadt von Wernigerode aufeinandertrafen.

In den letzten Jahren ist die rechtsextreme Gewalt in Wernigerode zurückgegangen. Die militante Straßenszene der „Wernigeröder Aktionsfront“ löste sich 2005 auf und kam damit einem Verbot zuvor. Ihr Anführer Michael Schäfer, Student der Politikwissenschaft, suchte Schutz in der NPD und gründete einen „Stützpunkt“ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). 2007 zog er für die NPD zusammen mit einem weiteren Mitstreiter in den Kreistag des Landkreises Harz ein, zwei Jahre später wurde er auch Stadtrat in Wernigerode. Im Kreistag fiel Schäfer durch Provokationen und Diffamierungen auf, ging es ihm nach eigenen Aussagen doch darum, den „volksfremden“ Charakter der „Blockparteien“ zu entlarven. Als JN-Bundesvorsitzender gehört er zu den jungen intellektuellen Kadern der Partei. Dass die NPD-Fraktion unter seiner Leitung rein quantitativ mit ihren parlamentarischen Initiativen zwischen 2007 und 2009 die aktivste politische Kraft des Kreistags war (Weber 2010: 76), passt in diese jugendliche Erneuerung der NPD. Aber ihre Wahlerfolge fielen dennoch bescheiden aus. Selbst die Mitgliederentwicklung der NPD war in diesem Zeitraum rückläufig.

Auf der Habenseite des Bürger-Bündnisses steht sicherlich das langjährige kontinuierliche Engagement einer Gruppe von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die zur lokalen politischen Öffentlichkeit – gerade auch von unbequemen Themen – beitragen und sie für übergreifende Themen öffnen. Die Einbindung in lokale Elitestrukturen dürfte die gemeinsame Arbeit sicherlich erleichtert haben. Indem sich Menschen aus der „Mitte der Gesellschaft“ versammeln, tragen sie – wenn auch zuweilen halbherzig – zur Anerkennung von gesellschaftlichen Problemlagen bei. In der Abfolge der Proteste lässt sich eine Steigerung in Richtung „ziviler Ungehorsam“ beobachten, d. h. die engagierten Bürger/innen werden mutiger. Zudem haben sie Brücken zur radikaleren Antifa-Opposition gebaut.

Anfänglich wurde Rechtsextremismus eher nicht beim Namen genannt, um nicht als Nestbeschmutzer zu gelten und die Honoratioren nicht abzuschrecken. Das fallweise Engagement hat deutliche Grenzen, wenn es um längerfristige Entwicklungen geht (z. B. von der Kameradschaft ins Parlament), die veränderte integrierte Strategien nahe legen könnten.

### **Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Zivilgesellschaft**

Aus den beschriebenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten können in einem ersten Schritt folgende Merkmale einer erfolgreichen Arbeit gegen Rechtsextremismus identifiziert werden.

- **Stärkung der aktiven Bürgerschaft**

Allen Projekten ist die Wahrnehmung aktiver Bürgerschaft gemeinsam. Dies setzt das Bewusstsein und die Erfahrung voraus, dass Engagement zählt. Das Gemeinwesen ist kein Schicksal, sondern es kann gestaltet werden. Es braucht positive Selbstwirksamkeitserfahrungen, Sichtbarkeit und öffentliche Anerkennung, damit Engagement gegen Rechtsextremismus nicht als individuelles Querulamentum oder politisch randständig erfahren wird. Das Aktivitätsspektrum kann von Unterstützung und Beteiligung an einmaligen Ereignissen bis zum

dauerhaften kontinuierlichen Engagement in Vereinen und Bündnissen reichen.

- **Anerkennung von Pluralität als Quintessenz bürgerschaftlicher Politik**

Zivilgesellschaftliches Engagement setzt auf die Anerkennung von Pluralität und die Fähigkeit, die Schnittmengen gemeinsamer Interessen finden zu können. Zunächst sind Interessen stets individuell, Betroffenheiten und Sorgen eine persönliche Angelegenheit. Erst im Engagement mit Anderen – mit anders denkenden, anders lebenden, anders gläubigen, anders aussehenden Menschen – können Gemeinsamkeiten herausgefunden werden. Das eigene Interesse kann sich dabei verändern und über sich selbst „aufgeklärt“ werden. Gutes Engagement ist dadurch gekennzeichnet, sich auf solche Lernprozesse in der Kooperation und Auseinandersetzung mit anderen Akteuren einzulassen.

Informelles Lernen im Engagement findet auch und gerade in politischen Initiativen statt, wenn sie sich aktiv um Lernchancen und -impulse kümmern. Dies ist in der Regel einfacher, wenn man sich in homogenen sozialen Milieus bewegt. Umso mehr kommt es darauf an, die Chance zu steigern, die Vielfalt lokaler Milieus sichtbar zu machen und zu erleben. An Orten, wo von Vielfalt kaum die Rede sein kann, bedeutet zivilgesellschaftliches Engagement womöglich auch, sich für Einflüsse, Impulse, Ideen und Kulturen zu öffnen, die von außen kommen.

- **Engagement für eine inklusive Bürgergesellschaft**

Gute Praxis zeichnet sich dadurch aus, dass benachteiligte, randständige, artikulationsschwache und partizipationsferne Personen und Gruppen gestärkt werden, um sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. So wichtig das Engagement lokaler Honoratior/innen auch sein mag – es dürfen sich keine Honoratiorenvereine herausbilden, die ihre Vorstellung von Bürgerlichkeit zur Barriere für Jüngere und Initiativen aus anderen Milieus werden lassen. Gerade gemeinsame Feste und niedrig-

schwellige Events (z.B. Sportveranstaltungen, Mitternachts- und Straßenfußball) können dazu beitragen, Berührungspunkte abzubauen und breitere Koalitionen zu ermöglichen. Es geht um Vertrauen und Kontakte, die Brücken zwischen unterschiedlichen Milieus bauen (in der Sprache von Robert Putnam um „bridging social capital“) und Solidarität ermöglichen.

- **Einfordern und Praktizieren von Zivilität**

Zivilität ist Voraussetzung, Medium und Ziel bürgerschaftlichen Engagements. Dies scheint nur auf den ersten Blick trivial, denn zahlreiche Akteure, die in der Zivilgesellschaft unterwegs sind, ignorieren zivile Standards. Zivilität heißt heute in unseren Breiten u.a. Toleranz, Anerkennung von Vielfalt, Respekt und Gewaltfreiheit. Gerade auch in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gruppierungen können zivilgesellschaftliche Akteure durch ihr Handeln Zivilität auch in schwierigen Situationen stärken. Dies schließt die soziale Ächtung unzivilen Verhaltens ebenso ein wie die Überprüfung der eigenen Handlungsansätze, ob sie wirklich zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen oder nur neue Ab- und Ausgrenzung, soziale Gräben und Vorurteile begünstigen.

- **Ermöglichung von religiöser Vielfalt**

Religiösen Orientierungen wohnt eine grundlegende Ambivalenz inne. Sie sind eine besondere Quelle von Vorurteilen und Abwertungen, bieten aber gleichzeitig eine Grundlage für interreligiöse Verständigungsprozesse. Das besondere Gewicht, das heute Warnungen vor einem gefährlichen Islamismus, aber auch vor islamophoben Mobilisierungen der extremen Rechten zukommt, verdient besondere Anstrengungen. Dies gilt auch für antisemitische Einstellungen.

- **Herstellen von Öffentlichkeit und Transparenz**

Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Transparenz und Öffentlichkeit. Gute Praxis besteht immer wieder darin, Öffentlichkeit für

lokale Ereignisse und Entwicklungen zu schaffen. Dies gilt für das eigene Engagement ebenso wie mit Blick auf die Ziele, Symbolwelten und neue Strategien rechtsextremer Akteure zu informieren.

- **Wahrnehmen von Fehlentwicklungen und Förderung der Fähigkeit zur Selbstkorrektur**  
Wenn sich zivilgesellschaftliche Akteure gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Bestrebungen wenden, ist die Fähigkeit zur Selbstkorrektur von Bedeutung. Diese bedarf zusätzlicher Anstrengungen, Aufmerksamkeit und Aktivitäten – etwa wenn sich Sportvereine und Jugendfeuerwehren mit rechtsextremen Orientierungen in der eigenen Mitgliedschaft auseinandersetzen. Dazu gehört auch, auf Fehlentwicklungen innerhalb der Zivilgesellschaft zu reagieren.
- **Entwicklung von Beziehungen zu Staat und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe**  
Das Ideal einer selbstbewussten und autonomen Zivilgesellschaft darf nicht dazu führen, die Bedeutung der vielfältigen Austauschbeziehungen und Abhängigkeiten in Richtung Staat, Wirtschaft und Gemeinschaften zu unterschätzen. Wichtig sind Beziehungsmuster „auf gleicher Augenhöhe“, die den Eigensinn der zivilgesellschaftlichen Sphäre wahren.
- **Verstärkte externe Unterstützung für demokratisch „schwache“ Zivilgesellschaften**  
Gerade „schwache“ Zivilgesellschaften in Gebieten ohne gewachsene Engagementstruktur benötigen Unterstützung von außen – sei es durch überregionale Stiftungen und Vereine, sei es durch Unternehmen und Verbände oder durch staatliche Programme. Die Unterstützer können zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort nicht ersetzen, aber sie können es inspirieren, erleichtern und ermöglichen.

- **Aufbau einer eigenständigen professionellen Infrastruktur**

Zum Gesamtbild zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus gehört heute auch die Praxis hochprofessioneller<sup>101</sup> Gruppen und Initiativen, die seit Jahren ehrenamtlich oder über verschiedene Programme finanziert in diesem Feld tätig sind. Sie bilden eine eigenständige organisatorische Infrastruktur in diesem Themenfeld, deren Selbstbewusstsein auch daran zu erkennen ist, dass sie sich öffentlich und kritisch mit staatlichen Vorgaben und Vorhaben auseinandersetzen. Dies gilt besonders für die Bereiche Opferberatung und mobile Beratung.

### 4.3 Handlungsfeld Wirtschaft

#### Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen im Umgang mit Rechtsextremismus

Die breit geführte Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen erreicht bislang nur selten das Themenfeld Rechtsextremismus. Zwar gibt es durchaus engagierte Unternehmen und Unternehmensstiftungen, die sich schon seit Jahren in diesem Feld engagieren, aber es gehört sicherlich nicht zu den bevorzugten Aktionsfeldern von Corporate Citizenship (CC) und Corporate Social Responsibility (CSR). In den letzten beiden Dekaden ist im Zuge von beschleunigten ökonomischen Globalisierungsprozessen – flankiert von Privatisierungen und Deregulierungen – ein Bedeutungs- und Machtzuwachs des Wirtschaftssektors für die gesellschaftliche Entwicklung festzustellen. Dieser hat dazu beigetragen, dass Unternehmen verstärkt ein gesellschaftspolitisches Mandat als „gute Bürger“ wahrnehmen, zumindest wahrnehmen sollten (vgl. Crane et al. 2008).

Neben dieser gesellschaftspolitischen Debatte gibt es auch sehr handfeste ökonomische

.....  
101 Dies gilt nicht unbedingt für die Bezahlung oder die Anstellungsverhältnisse.

Argumente, warum Unternehmen in den Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus „investieren“ sollten:

- In den am meisten betroffenen Regionen ist Rechtsextremismus zu einem zentralen Zukunftsproblem geworden. Dies gilt besonders für die am meisten von Abwanderung betroffenen ostdeutschen Bundesländer. Zugespielt formuliert, lässt sich dort eine Abwärtsspirale beobachten, die von fremdenfeindlichen Einstellungen und Vorfällen angetrieben wird. Sie prägen ein negatives Image der Region und wirken als Standortnachteil. Dies gilt besonders für die Ansiedlung von Unternehmen, die eine international zusammengesetzte Belegschaft haben und für transnationale Märkte produzieren. Mangelnde Ausbildungs- und Beschäftigungschancen begünstigen die Abwanderung von besser qualifizierten jungen Menschen. Diese Abwanderer/innen bilden zugleich auch jene gesellschaftliche Gruppe, die sich an der rechtsextremen Szene ihrer Heimatregion am stärksten stört und gegen sie aktiv wird. Durch ihren Weggang können sich solche Szenen weiter verfestigen und die nächste Windung in der Abwärtsspirale ist erreicht. Zuwanderung scheidet unter den gegenwärtigen Bedingungen als Gegenmittel weitgehend aus, da Arbeitskräfte aus anderen Ländern nicht in eine tendenziell fremdenfeindliche Region ziehen wollen. Besonders Großunternehmen brauchen aber ein tolerantes gesellschaftliches Klima, um erfolgreich zu sein (vgl. Bussmann/Werle 2004 und 2004a). Dies gilt aber auch für kleine Gewerbetreibende mit „falscher“ Hautfarbe, wie z. B. eine Serie rechtsextremer Überfälle auf Döner- und Asia-Imbissbuden in den neuen Bundesländern gezeigt hat (vgl. Bürk-Matsunami/Selders 2005).
- Auf ideologischer Ebene müssen Unternehmen in Regionen mit einer starken rechtsextremen Szene zudem damit rechnen, dass ein „national-sozial“ gestimmter rechtsextremer Antikapitalismus vorhanden ist. Was nicht in die Vorstellungswelt einer national begrenzten, völkisch bestimmten Großraumwirtschaft passt, muss mit Anfeindungen rechnen.
- Auch betriebswirtschaftlich stellen dominant rechtsextreme Milieus ein Problem dar. Von

„modernen“ Arbeitnehmer/innen wird erwartet, dass sie mit Vielfalt umgehen und in herkunftsheterogenen Gruppen arbeiten können. Genau dies ist aber von Rechtsextremen kaum zu erwarten.

Bei ortsansässigen kleinen und mittleren Unternehmen, die für lokale und regionale Märkte produzieren, stellt sich die Situation ambivalenter dar:

- Die rechtsextreme Szene verfügt über ein eigenes Segment von Gewerbetreibenden (Szene-Läden, Kneipen, Versandhandel etc.), von denen die bewegungspolitische Infrastruktur betrieben wird.
- Politische „Neutralität“ erscheint als Tugend, um Kundenschwund und Umsatzrückgang zu vermeiden, wenn rechtsextreme Einstellungen in der eigenen Kundschaft stark verbreitet sind. Zudem drohen Imageschäden bei einer Problembenennung.

Dies sind sicherlich keine hinreichenden Faktoren, die erklären könnten, weshalb Unternehmen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kaum präsent sind. Auf der Ebene der Bundesprogramme spielen Unternehmen lediglich im Teilprogramm „Xenos“ eine wichtige Rolle, die aber in der Regel auf das Thema berufliche Bildung begrenzt ist.

### Handlungsmöglichkeiten der Unternehmen

Im Prinzip verfügen Unternehmen über eine breite Palette von Handlungsmöglichkeiten, von denen im Folgenden einige benannt werden sollen.

Unternehmen können innerbetriebliche Vereinbarungen erarbeiten und mit der Vertretung der Beschäftigten verabschieden, die jede Form von Diskriminierung verbietet. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gibt es dafür auch eine weitreichende rechtliche Grundlage. Entscheidend dürfte die Unduldsamkeit gegenüber rechtsextremen Vorfällen sein, die zusätzlich durch positive Leitbilder unterstützt werden kann.

Vorgesetzte können ihre Vorbildfunktion dafür nutzen, Zeichen zu setzen, was wiederum dazu beitragen kann, dass fremdenfeindliche und andere diskriminierende Äußerungen unterbleiben und Fehlentwicklungen kommuniziert werden.

Unter dem Titel „diversity management“ sind eine Fülle von innerbetrieblichen Werkzeugen entwickelt worden, die zur Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt beitragen können.

Unternehmen können auf Abnehmer/innen und Kund/innen wirken, indem sie ethisch eindeutige Signale senden, entsprechende Anforderungen an Zulieferer/innen stellen und ihre zivilgesellschaftlichen Partner einbinden. So hat z. B. im Mai 2010 der Geschäftsführer von Veolia als Hauptsponsor des F.C. Hansa Rostock ein konsequentes Vorgehen des Vereins gegen „Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Tendenzen“ bei den Fans gefordert und mit dem Ausstieg gedroht.

Unternehmen können als „gute Bürger/innen“ nach außen in die Gemeinde und Region wirken, indem sie interkulturelle Veranstaltungen und Aktionen unterstützen, die zu mehr Offenheit für Fremde führen.

Wichtig sind regionale und nationale Vernetzungen von engagierten Unternehmen, die schon durch diese Praxis signalisieren, was erwünschte Orientierungen in ihren Unternehmen sind.

Die nachfolgend präsentierten Beispiele machen deutlich, dass es mehr Engagement von Unternehmen in diesem Feld gibt, als gemeinhin öffentlich wahrgenommen wird.<sup>102</sup> Oft wird es gemeinsam mit Betriebsräten und den zuständigen Gewerkschaften vorangebracht. Dies muss nicht weiter verwundern, da das Engagement gegen Rechtsextremismus zur politischen Kultur der Gewerkschaften gehört, auch wenn das Handlungsfeld durchaus steinig ist. Schließlich sind Gewerkschaftsmitglieder keineswegs immun gegen rechtsextreme Einstellungen und einige Gruppen liegen in ihren Einstellungswerten sogar über dem Durchschnitt der Bevölkerung (vgl. Zeuner et al. 2007).

## Beispiele guter Praxis



### Boycott-Aktionen – „Servicewüste für Nazis“ in Berlin-Friedrichshain<sup>103</sup>

Aktionen von Gewerbetreibenden, besonders in der Hotellerie und Gastronomie, die ihre Leistungen offen rechtsextrem auftretenden Kund/innen vorenthalten, gibt es inzwischen in einigen Bundesländern (Sachsen, Baden-Württemberg, Brandenburg etc.).<sup>104</sup> Die Friedrichshainer „Initiative gegen Rechts“ in Berlin geht mit ihrer Ende 2008 gestarteten, provokativen Aktion „Servicewüste für Nazis“ einen Schritt weiter, indem sie selbst aktiv auf das örtliche Gewerbe zugeht und es für Boycott-Aktionen zu gewinnen versucht. Vorausgegangen war dieser Bürgerinitiative eine Reihe von rechtsextremen Übergriffen auf Migrant/innen, Lesben und Schwule sowie vermeintlich Linke im Kiez.

Aufgabe war es, die Zivilgesellschaft in einem Bezirk zu mobilisieren, dem durch eine hohe Fluktuation in der Bewohnerschaft die „organisch gewachsenen Strukturen“ gemeinsamen

102 Darauf hat Christian Petry bereits 1993 mit vielen Beispielen hingewiesen (vgl. Petry 1993).

103 Grundlage der Darstellung ist u.a. ein Interview mit der Mitbegründerin der Initiative, Frau Canan Bayram, im März 2010.

104 Populär wurde diese Verhaltensform, nachdem die Reaktion des Geschäftsführers des Dresdner Hotels Holiday Inn, Johannes L. Lohmeyer, auf die Buchungsanfrage von zwei Mitarbeitern der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag im Oktober 2007 publik wurde. Er schrieb u.a.: „Da Sie in unserem Hause nicht willkommen sind, und ich es auch meinen Mitarbeitern nicht zumuten kann, Sie zu begrüßen und zu bedienen, haben wir die Reservierungsagentur gebeten, die Buchung zu stornieren.“ Sollte die Stornierung nicht möglich sein, würden, so Lohmeyer, entsprechende Umsätze als Spende an die Dresdner Synagoge weitergeleitet (zitiert nach MBR 2008: 45).

Handelns abhandeln zu kommen drohten, so die Einschätzung einer der Initiator/innen, Canan Bayran, die selbst ihr Anwaltsbüro im Kiez hat. Nach einem gezielten rechten Übergriff auf ein alternatives Café sprach die Initiative unter dem Motto: „Der Kiez wehrt sich“ Ladenbetreiber/innen und Kneipenbesitzer/innen an und bat um deren klares, sichtbares Bekenntnis gegen Rechtsextremismus. In der Folge hingen in mehr als 80 Prozent der Läden und Kneipen des Viertels Plakate mit dem Aufdruck „Kein Kiez für Nazis“. Damit sollte auch auf den Schutz aufmerksam gemacht werden, den man potenziellen Opfern rechter Übergriffe in diesen Einrichtungen gewähren wollte. Vor allem ist die Aktion auch darauf angelegt, potenzielle Täter/innen aus der rechtsextremen Szene abzuschrecken und auszugrenzen.

Die Initiative besteht aus einem breiten Bündnis aus Vertreter/innen von Jugendinitiativen, Kirche, Bezirk, Sanierungsgebieten und einigen Einzelpersonen und ist weiterhin sehr aktiv. Sie verteilt z. B. kostenlos Aufkleber für Ladenfenster mit der Aufschrift „Für Nazis keine Happy Hour“, informiert Laden- und Kneipenbesitzer/innen über rechtsextreme Zeichen und Symbole und stellt ein Info-Paket zur Verfügung, das Betreiber/innen über die Möglichkeiten aufklärt, unerwünschten Gästen den Zutritt zu verweigern.

Übergreifendes Ziel ist es, zur sozialen Ausgrenzung und Ächtung von extrem rechtem Verhalten in einem Bezirk beizutragen, der zu den am meisten von gewaltsamen Übergriffen mit rechtsextremer bzw. fremdenfeindlicher Motivation betroffenen Stadtteilen Berlins gehört. Dabei gilt Berlin-Friedrichshain als kulturell vielfältiger und eher „links“ geprägter Bezirk, in dem dennoch viele Rechtsextreme leben und der zudem häufig Anziehungspunkt für Gruppen von „Freizeitnazis“ aus anderen Bezirken ist.

Es gibt, teilweise wechselnd, mehrere feste Treffpunkte im Kiez, von denen immer wieder rechte Übergriffe ausgehen. Die im Sommer abgehaltene „Bier-Meile“ wurde z. B. verstärkt von

rechtsextremen Gruppen besucht, die in entsprechendem Outfit für ihre Sache warben und Besucher/innen anpöbelten, die nicht in ihr Weltbild passten. Inzwischen beteiligt sich der Betreiber der Bier-Meile an der Initiative und lässt sich von den Sicherheitsfirmen vertraglich zusichern, keine rechtsextrem gesinnten Ordner/innen anzustellen.

Es geht der Initiative auch darum, die gesellschaftliche Verantwortung der kleinen Gewerbetreibenden einzufordern und wechselseitige Solidarität zu fördern. „Sie können dazu beitragen, dass sich Migrant/innen hier wohler fühlen. Außerdem gibt es auch viele Ladenbesitzer/innen, die selbst einen Migrationshintergrund haben – und für die ist es wichtig, dass sie hier ohne Gefahr ihr Geschäft betreiben können,“ erklärt Canan Bayram, Mitbegründerin der Initiative und damalige SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus.<sup>105</sup>

Vor eine unerwartete Herausforderung sah sich die Initiative gestellt, als im Februar 2009 der Thor-Steinar-Laden „Tromsö“ in Friedrichshain eröffnet wurde. Mehrere Demonstrationen, Flyer-Aktionen, Veranstaltungen mit Gewerbetreibenden und eine Plakataktion hatten nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Initiative reagierte schließlich mit dem Aufstellen eines Protestcontainers vor dem Laden mit der Aufschrift: „Kein Kiez für Nazis!“ Neben Hintergrundinformationen zur Marke „Thor Steinar“ wurde auf dem Container auch die Geschichte des Hauses (das u. a. der SA als Folterkeller gedient hatte) und eine Chronologie von Naziaktivitäten in Friedrichshain präsentiert.

Was zuvor bereits bei einem Geschäft mit beliebten rechtsextremen Labels in einem nahegelegenen Einkaufscenter möglich war, gelang auch hier: Nach Gesprächen mit dem Vermieter sprach dieser die Kündigung aus.

In einem anderen Fall war bereits im Vorfeld rufbar geworden, ein neu eröffnender Laden könnte „Nazi-Klamotten“ verkaufen. Nachdem die Initiative den Vermieter darauf hingewiesen hatte, musste der Ladenbetreiber schriftlich bekräftigen, dies zu unterlassen. Mitglieder der

105 „Klar, die Aktion ist provokant“, taz vom 23.11.2008.

Initiative und Gewerbetreibende in der Nachbarschaft schauen gelegentlich zur Kontrolle vorbei. Die Erfahrungen solcher Initiativen gegen Nazi-Läden hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin in einer Handreichung mit dem Titel „Ladenschluss jetzt“ zusammengetragen (vgl. MBR 2009). Dass diese Strategie nicht ohne Risiken ist, zeigten im Frühjahr 2010 nächtliche Aktionen von Rechtsextremen gegen linke Läden und Einrichtungen in anderen Berliner Bezirken. Berliner Bezirksbürgermeister/innen haben Anfang 2010 gemeinsam das Vorgehen gegen die Ausbreitung und Normalisierung rechtsextremer Lebenswelten in ihren Bezirken begrüßt und sich selbst dazu verpflichtet, öffentliche Einrichtungen konsequent rechtsextremen Akteuren zu verweigern.<sup>106</sup>



### **Engagement für Vielfalt – Unternehmensgruppe Freudenberg/Freudenberg Stiftung<sup>107</sup>**

Die 1984 gegründete Freudenberg Stiftung<sup>108</sup> ist heute einer der großen und wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteure, wenn es um die Ausei-

nersetzung mit Rechtsextremismus geht.<sup>109</sup> Dabei hatte die Stiftung mit ihrem Schwerpunkt in der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien bereits wichtige Akzente gesetzt, ging es ihr doch nicht nur um einen „Kampf gegen ...“, sondern um die Stärkung jener Zielgruppe, die sich Rechtsradikale als vorrangiges Hassobjekt ausgesucht haben: die jungen Migrant/innen. Dabei sind die Konzepte der Stiftung – im Unterschied zum Gros der Initiativen in diesem Feld – grundsätzlich nicht defizitorientiert. Vielmehr setzen sie auf die Ressourcen der Zugewanderten, die Stärkung ihrer Kompetenzen, sowie die Entwicklung einer lokalen Bürgergesellschaft, die Zugehörigkeit, Anerkennung und Zukunftsperspektiven vermittelt. Bereits 2002 hat die Freudenberg Stiftung damit begonnen, lokale Modelle zu entwickeln, die dort, wo die Bildungsbenachteiligung am größten ist, „Hoffnungsiseln“ schaffen sollen.<sup>110</sup> „Ein Quadratkilometer Bildung“ in Berlin-Neukölln, getragen von einem breiten Verbund von Stiftungen, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, gehört wohl aktuell zu den bekanntesten Ansätzen in diesem Feld. Dabei geht es der Stiftung nicht nur um neue Wege gegen Bildungsbenachteiligung. Integrale Bestandteile des Konzepts sind auch Demokratieerziehung und lokale Demokratieentwicklung. Ein Blick auf die lange Veröffentlichungsliste der Stiftung macht deutlich, wie erfolgreich sie sich um „Innovationslücken“ staatlicher Integrations-, Engagement- und Demokratiepoltik gekümmert hat und wissenschaftliche Expertise für praxisnahe Fragestellungen mobilisieren konnte.

Schon vor Gründung der Stiftung hat sich das in Weinheim (Baden-Württemberg) ansässige, weltweit operierende Familienunternehmen

106 Am 18. Januar 2010 erklärten sie, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten, „wie etwa Mietklauseln zur Verhinderung rechtsextremer Wirtschaftsunternehmungen oder eine entsprechende Vergabepaxis öffentlich-rechtlicher Räume“ nutzen zu wollen (dokumentiert auf [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)).

107 In die Darstellung sind Informationen eingeflossen, die Frau Buchta-Noack und Frau Fath (Unternehmenskommunikation Freudenberg & Co) in Gesprächen und E-Mails im Februar 2010 zur Verfügung stellten.

108 In der Satzung verankerte Stiftungszwecke: Förderung von Wissenschaft, Erziehung und Bildung sowie Stärkung des friedlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft.

109 So beteiligt sich die Stiftung auch an der Finanzierung des Heitmeyer-Projekts „Deutsche Zustände“.

110 Die Angaben beziehen sich weitgehend auf die Internetseite der Stiftung [www.freudenbergstiftung.de](http://www.freudenbergstiftung.de), hier die Rubrik Lokale Modelle.



Freudenberg in diesem Feld betätigt.<sup>111</sup> In den 1960er und 1970er Jahren kümmerte sich das Unternehmen intensiv um die Integration seiner ausländischen Beschäftigten, schaffte die Sammelunterkünfte ab und legte Qualifizierungs- und Förderprogramme auf. Seit 1979 hat die Firma den Aufbau des Prototyps RAA (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule) unterstützt, seine Verbreitung und überregionale Vernetzung gefördert. Heute gehören RAAs in zahlreichen Bundesländern zur verlässlichen Infrastruktur für interkulturelle Initiativen und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (wie z. B. im Kontext des „Toleranten Brandenburg“).

Auch wenn die Unternehmensgruppe Freudenberg (33 000 Beschäftigte in 52 Ländern) im Hinblick auf ihre Produkte und Marken (Dichtungen, Schmierstoffe, Trennmittel, Vliesstoffe etc.) nicht mit kritischen Konsument/innen rechnen muss, für die sie ein entsprechend progressives Image benötigen würde, hat sich das Unternehmen in seinen Leitsätzen in besonderer Weise innerbetrieblicher Vielfalt und Toleranz verpflichtet.

„Als Familienunternehmen fühlen wir uns dem Wohl unserer Mitarbeiter und ihrer persönlichen Entwicklung verpflichtet. Wir lehnen jede Form von Diskriminierung und persönlicher Herabsetzung ab. Wir zeigen und verlangen Verständnis und Respekt im Umgang miteinander. Wir sorgen für eine kulturell vielfältige Arbeitswelt, in der Mitarbeiter verschiedenster Länder in Teams ihre Fähigkeiten zur Erhöhung unserer Kompetenz einbringen und so gleichzeitig unsere Unternehmenskultur bereichern.“<sup>112</sup>

Ähnliche Leitsätze, um die sich eine eigene Beratungsbranche zum Thema „diversity management“ entwickelt hat, gibt es z. B. bei der

Deutschen Bahn AG, der Deutschen Telekom und bei der Lufthansa.<sup>113</sup> Das Familienunternehmen Freudenberg setzt dabei nicht auf steuerungsorientierte und mit Kennzahlen versehene Handlungskonzepte, sondern auf pragmatische Vorbildwirkung.

Diese Strategie soll ein Beispiel verdeutlichen: Im Juni 2007 sind 27 Manager/innen des Weinheimer Unternehmens nach Wurzen gefahren, um zwei Tage bei der Renovierung eines Hauses für Demokratie mitzuhelfen, das dort vom „Netzwerk für Demokratie und Kultur“ (NDK) eingerichtet wurde. Wurzen galt zu diesem Zeitpunkt als rechtsextreme Hochburg Sachsens, als erste „national befreite Zone“ mit entsprechenden Gewalttaten, aber auch einer überdurchschnittlichen NPD-Wählerschaft. Die Führungskräfte wollten sich in ihrem jährlichen Management-Team-Programm dieses Mal mit einem Workcamp für gelebte Demokratie in der sächsischen Provinz einsetzen – auch eine Möglichkeit, den Teamgeist zu stärken.<sup>114</sup> Stiftung und Unternehmen sind dem Wurzener Demokratieprojekt seit Jahren verbunden und immer wieder eingesprungen, wenn andere Finanzierungen ausblieben.

Gäbe es eine solche Firmenphilosophie flächendeckend und praxisrelevant, wäre Rechtsextremen ein wichtiger Alltagsbereich entzogen. Ende 2009 konnte das Netzwerk sein 10-jähriges Bestehen feiern. Es hat für seine demokratiefördernde Gemeinwesenarbeit mit einem dichten Programm an Lesungen, Konzerten, Kino und Bildungsreisen nicht nur überregionale Anerkennung erfahren und Auszeichnungen bekommen, sondern auch vor Ort eine Alternative gegen den Durchmarsch der extremen Rechten etablieren können, inzwischen sogar mit Würdigung der kommunalen Spitze.

.....

111 Die Motive und Etappen des Engagements der Firma Freudenberg zeichnet Petry 2008 nach.

112 Vgl. [http://www.freudenberg.de/ecomaXL/index.php?site=FCO\\_DE\\_leitsaetze](http://www.freudenberg.de/ecomaXL/index.php?site=FCO_DE_leitsaetze) (zuletzt abgerufen am 7.1.2010).

113 Weitere Hinweise finden sich auf der Seite [http://www.migration-boell.de/web/diversity/48\\_165.asp](http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_165.asp).

114 Zur Resonanz vgl. „Manager mörteln gegen Rechts“, Financial Times Deutschland vom 3.8.2007; „Einsatz für gelebte Demokratie. Führungskräfte tauschen Laptop gegen Hammer und Schaufel“, Weinheimer Nachrichten vom 18.6.2007.



**Innovatives Bildungsprojekt –  
„Sozialkompetenz in der Ausbildung“ (SKA),  
Sachsen<sup>115</sup>**

Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (IHK und HWK) und der DGB Sachsen tragen gemeinsam ein aus ESF-Mitteln des Sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministeriums gefördertes dreijähriges Projekt, das zu Beginn des Jahres 2009 gestartet wurde. Es will in der Ausbildung durch eine Folge von Projekttagen soziale Kompetenzen und zivile Tugenden fördern. Damit ist es „Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit“ gelungen, auch in der beruflichen Bildung ein Format zu verankern, das sie bereits erfolgreich in der außerschulischen Jugendbildung und in der Kooperation mit Schulen („Projekttag“) entwickelt und erprobt hat.

Die Förderung von Sozialkompetenz gilt als insgesamt erfolgreichster Präventionsansatz bei Gewaltbereitschaft (Beelmann 2008: 72). Gleichzeitig gehört Sozialkompetenz, besonders „interacting in heterogeneous groups“, zu den von der OECD benannten drei Schlüsselkompetenzen des neuen Jahrhunderts (OECD 2009: 7). An beide Einsichten knüpft das SKA-Projekt an: „Soziale

Kompetenzen wie Lern- und Kommunikationsvermögen, Konfliktlösungs- und Teamfähigkeit sowie ein offener Umgang mit Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Hintergründe sind neben fachlichen Kenntnissen zentraler Bestandteil einer jeden beruflichen Qualifikation“, heißt es im Flyer des Projekts.

Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) besteht seit 1999 und ist in elf Bundesländern sowie in Frankreich und Belgien aktiv. Das Hauptangebot besteht aus eintägigen Bildungsveranstaltungen („Projekttagen“), in denen jeweils ein thematischer Bildungsbaustein vermittelt wird. Inzwischen ist eine ganze Reihe solcher Bildungsbausteine erarbeitet und erprobt worden. Im SKA-Projekt werden konkret zehn Bildungsbausteine ausgewiesen, die u. a. Vorurteile, Konfliktlösungen, Teamfähigkeit, Medienkonsum, Diskriminierung, Sexismus, Demokratie und Mitbestimmung zum Thema haben. Die Projekttag werden von zwei „Teamenden“ des NDC durchgeführt. Dabei handelt es sich um ehrenamtlich<sup>116</sup> engagierte junge Leute, in der Regel ehemalige Teilnehmer/innen von Projekttagen, die sich in einer einwöchigen Schulung thematisch und methodisch vorbereitet haben. Regelmäßige Auswertungstagungen tragen zur Überprüfung und Modifikation der einzelnen Bildungsbausteine bei. Langjährig Teamende können in einer weiteren Qualifizierung zertifizierte „Trainerinnen bzw. Trainer der Erwachsenenbildung“ werden. Sie organisieren die Schulungen und Auswertungen der Teamenden. Dieses Konzept verbindet den Nutzen einer weitgehenden Standardisierung und Modularisierung von Bildungsbausteinen mit einer permanenten Qualitätssicherung (gestützt auf obligatorische Auswertungen durch die Teilnehmenden und ein sich ständig erneuerndes Team). Gleichzeitig erlaubt der Verzicht auf einen großen Stamm von Hauptamtlichen, dass die eigentliche pädagogische Arbeit immer wieder von jungen Leuten

115 Die Darstellung stützt sich u. a. auf Gespräche mit Frau Susann Rührich, der Geschäftsführerin von „Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.“ Dresden, im Januar/Februar 2010.

116 Es wird jedoch eine kleine Aufwandsentschädigung gezahlt, die entgangene Verdienstmöglichkeiten teilweise kompensiert.

betrieben wird. Dieses Prinzip des „peer-to-peer learning“ kombiniert mehrere Vorzüge. Die pädagogische Vermittlung durch (fast) Gleichaltrige stößt auf weniger Widerstände, wirkt glaubwürdiger, fördert symmetrische Lernsituationen und altersgemäße Darstellungsformen, greift auf gemeinsame lebensweltliche Erfahrungen und altersspezifische Entwicklungsaufgaben zurück und erleichtert die Suche nach altersgemäßen gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten.

Nun ist der Weg, über verbesserte Sozialkompetenzen bei Auszubildenden die Bereitschaft zu rechtsextremen Orientierungen und Mitgliedschaften zu reduzieren, nicht neu. Besonders im Rahmen des Xenos-Programms hat es bereits einige Projekte gegeben, die in diese Richtung gegangen sind.<sup>117</sup> Dennoch ist das SKA-Projekt mit einer neuen Qualität verbunden, weil es den Status eines Modellprogramms in wichtigen Dimensionen hinter sich gelassen hat. Dafür spricht einmal die breite Trägerschaft durch die Arbeitsmarktparteien und die Unterstützung durch die Landesregierung. Das Projekt hat zwar eine begrenzte Laufzeit, konnte aber bereits im ersten Projektjahr eine solide regionale Verankerung erreichen. Angestrebt wird eine enorme Breitenwirkung: Etwa 13 300 Jugendliche, 600 Auszubildende und Sozialpädagog/innen sollen erreicht, 160 Multiplikator/innen im Projektverlauf qualifiziert werden.

Projektstage gehören zwar zu den klassischen Formen der Kurzzeitpädagogik, aber dieses Format soll mehrmals pro Jahr über den gesamten dreijährigen Ausbildungszeitraum eingesetzt werden und so eine eigene Qualität gewinnen.

Mit den Bildungsbausteinen werden zwar definierte Inhalte angeboten, aber die Kombination und Schwerpunktsetzung sowie ihre jeweilige Anpassung erfolgt durch die regionalen und lokalen Kooperationspartner/innen. So antwortet ein Träger aus dem Muldental auf die Frage nach den Zielen, die er mit dem SKA-Projekt verbindet:

„Das Bildungs- und Sozialwerk Muldental ist ein regional verankerter freier Bildungsträger im ländlichen Raum. Derzeit besuchen 336 Auszubildende unsere Einrichtung in Tanndorf. Die vorwiegend sozial benachteiligten Jugendlichen kommen aus unterschiedlichen familiären Verhältnissen und erfahren oft wenig Anerkennung. Demokratiefeindliche Organisationen und ‚Freie Kräfte‘ sehen in diesem Personenkreis potenzielle Mitstreiter für ihre Ideologie. Mit dem SKA-Projekt verfolgen wir das Ziel, schon im Vorfeld präventiv auf die Mädchen und Jungen in der Übergangsphase von Schule zum Beruf einzuwirken. Wir wollen für das Thema rechte Gewalt sensibilisieren und Alternativen aufzeigen. Zudem sehen wir in diesem Projekt die Möglichkeit, wenn Auszubildende die Funktion des Multiplikators übernehmen, in gruppenspezifische Prozesse eingreifen zu können.“

Diese und andere Äußerungen machen deutlich, wo in den Ausbildungsstätten der Schuh besonders drückt.<sup>118</sup> Die langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit versetzen die Courage-Werkstatt in die Lage, darauf angemessen einzugehen.

117 Einen Eindruck von der Breite der im Xenos-Programm in der ersten Runde geförderten Schwerpunkte vermitteln z. B. Heinrich 2004 und Peters et al. 2005. In der aktuellen Förderperiode bietet z. B. das „Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.“ im Rahmen des Projekts „Vielfalt und soziale Gerechtigkeit – Durch Diversity Horizonte erweitern“ eine Folge von sechs jeweils dreitägigen Trainings an, die sich mit ähnlichen Themen befassen, allerdings stärker am Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ orientiert sind ([www.bildungsteam.de/bbb\\_vielfalt.html](http://www.bildungsteam.de/bbb_vielfalt.html)).

118 Kürzlich wurde eine nicht repräsentative, aber aussagekräftige Studie über die Einstellungen von Auszubildenden in Sachsen vorgelegt, die die besondere Affinität dieser Gruppe für rechtsextreme Einstellungen eindrucksvoll belegt hat (vgl. Nattke 2009).



**Konsequente Umsetzung eines betrieblichen Handlungskonzepts – ArcelorMittal Eisenhüttenstadt, Brandenburg<sup>119</sup>**

Wenn es darum geht, „betriebsintern gegen mögliche Rechtsextremisten klar Kante zu zeigen“, ist EKO Stahl Eisenhüttenstadt, heute Teil von ArcelorMittal, nicht nur nach Ansicht des SPD-Arbeitsministers des Landes Brandenburg, Günter Baaske, beispielgebend. Er hatte das Unternehmen 2005 bei einer externen Fraktionssitzung besucht. EKO Stahl war einige Jahre zuvor in die Schlagzeilen geraten. Ende 1997 waren der Wirt und der Koch eines Restaurants in Eisenhüttenstadt von drei Jugendlichen als „Ausländer“ angepöbelt und körperlich attackiert worden. Zwei der Jugendlichen waren Auszubildende bei EKO Stahl, dem mit heute rund 3 000 Beschäftigten größten Arbeitgeber in der strukturschwachen Region Ostbrandenburg. Sie wurden zu einer zweijährigen Jugendstrafe bzw. zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. EKO kündigte einem der Auszubildenden sofort, der andere konnte seine Lehre beenden, wurde aber – entgegen der üblichen Praxis – nicht übernommen.<sup>120</sup> Beide waren zuvor im Unternehmen „nicht negativ aufgefal-

len und konnten gute Ergebnisse in der Ausbildung aufweisen“ (Nicolaus 2004: 49). Die Entscheidung von EKO Stahl fand nicht nur Beifall, aber der internationale Konzern wollte durch den Rauswurf das Problem nicht einfach loswerden, sondern hat sich seither auf mehreren Ebenen intensiv engagiert. So veröffentlichte die Geschäftsführung im August 1998 einen „Aufruf gegen Gewalt und Rechtsextremismus, für Toleranz“, den Anfang 1999 bereits 37 Unternehmen der Region unterzeichnet hatten. Im gleichen Jahr veranstalteten Geschäftsführung und Betriebsrat ein Kulturfest in Eisenhüttenstadt mit 2 000 Teilnehmer/innen unter dem Motto: „Fest(e) gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“. Auf einem „Fest für Vielfalt“ wurde im Mai 2002 eine „Betriebsvereinbarung über partnerschaftliches Verhalten“ vorgestellt, in der es heißt:

„Geschäftsführung und Betriebsrat stimmen darin überein, dass Verstöße gegen die Menschenwürde und Verletzung von Persönlichkeitsrechten Dritter durch Mitarbeiter von EKO, auch wenn sie außerhalb der Arbeitszeit und im privaten Umfeld der Mitarbeiter erfolgen, das Ansehen des Unternehmens bei nationalen wie internationalen Kunden bzw. Lieferanten und Vertreter/innen des politischen, kulturellen und regionalen Umfeldes herabsetzen und EKO schweren Schaden zufügen [...]. Das gilt insbesondere bei Diskriminierung wegen Abstammung, Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Religion durch die Beteiligung an oder die Unterstützung von ausländerfeindlichen Aktivitäten oder Aktionen.“

Im Mai 2007 tritt ArcelorMittal Eisenhüttenstadt der „Charta der Vielfalt“<sup>121</sup> bei und wirbt dafür bei regionalen Unternehmen. Ein Jahr später vermittelt ein umfassendes Schulungsprogramm der gesamten Belegschaft den Verhaltenskodex (Code of Conduct) und die Arbeitsordnung der

119 Die Darstellung stützt sich wesentlich auf Informationen und Materialien, die Dr. Herbert Nicolaus (Manager Internal Communication von ArcelorMittal) Anfang Februar 2010 zur Verfügung gestellt hat.

120 Der Fall hat Eingang in die didaktische Literatur gefunden (vgl. Reinhardt 2006). Die Darstellung stützt sich in Teilen auf die dort aufbereiteten Materialien.

121 Die Charta wurde nach französischem Vorbild im Dezember 2006 auf Initiative der Unternehmen Daimler, Deutsche Bank, Deutsche BP und Deutsche Telekom im Bundeskanzleramt ins Leben gerufen. Ende 2009 gehörten der Initiative mehr als 700 Unternehmen und Institutionen an. Sie ist damit eines der größten thematischen Unternehmensnetzwerke. Im Zentrum steht der ökonomische Nutzen von Diversity, der Wirtschaftsfaktor Vielfalt: „Technologie, Talente und Toleranz – Die drei großen T gelten als entscheidende Standortfaktoren der Zukunft. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist nur möglich, wenn alle drei Faktoren erfüllt sind“ (vgl. [www.vielfalt-als-chance.de](http://www.vielfalt-als-chance.de)). Koordiniert wird die Initiative von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.

Firma, die ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld garantieren. Es folgt ein Pilotprojekt „Soziales Lernen in der beruflichen Ausbildung“ mit Auszubildenden in sozialen Einrichtungen, um ihre soziale Kompetenz zu fördern.

Bereits zuvor hatte die Firma sich im interkulturellen Jugendaustausch mit Frankreich und Polen engagiert und sich an einer Jugendkonferenz „Vielfalt und Toleranz in der Ausbildung“ im Dezember 2007 in Dortmund beteiligt. Im Zusammenhang mit diesen vielfältigen Aktionen und Initiativen hat ArcelorMittal ein Handlungskonzept entwickelt. Dazu gehören:

- *Mobilisierung der Gesellschaft*, d.h. selbst die Initiative ergreifen bzw. Aktionen und Initiativen fördern, die Vielfalt fördern;
- Ausgestaltung einer entsprechenden nachhaltigen *Unternehmenskultur* sowie eines Unternehmensleitbilds;
- *Prävention* vor allem durch Ausbildung und Erziehung und das Unternehmen als Sozialisationsumfeld nutzen;
- *Ächtung von Gewalt* durch Ausgrenzung und Bestrafung, wenn die anderen Mittel versagen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, hat das Unternehmen zahlreiche Netzwerke und Bündnisse aufgebaut oder ist ihnen beigetreten. Neben den regionalen Unternehmensbündnissen sind dies das Landes- und Bundesnetzwerk „Unternehmen Partner der Jugend“, der Landespräventionsrat Brandenburg, der Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, die bereits angesprochene „Charta der Vielfalt“ und die Aktion Courage Eisenhüttenstadt.

Vielfalt, Gleichstellung und Toleranz gehören zu den „Unternehmenswerten“ des Konzerns, denn sie sind ein immer bedeutsamerer Faktor im gesellschaftlichen Zusammenleben und „tragen heute maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens bei“ (Nicolaus 2009). Für den ökonomischen Nutzen führt der Leiter der internen Kommunikation folgende Faktoren an:

- „Arbeitnehmer in einem diskriminierungsfreien Arbeitsumfeld sind produktiver, motivierter, kreativer, leistungsfähiger und innovativer

- Senkung der Krankenrate und Unfallquoten (Motivation)
- Verbesserte Kundenorientierung und höheres Dienstleistungsniveau
- Gesteigertes Außen-Image des Unternehmens
- Zugang zu neuem Arbeitskräftereservoir
- Verbesserter Umgang mit zunehmender Internationalisierung.“ (Nicolaus 2009)

Um diese ökonomischen Chancen zu nutzen, bedarf es jedoch einer positiven Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und den Schutz vor ungerechtfertigter Benachteiligung und Diskriminierung. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das am 18. August 2006 in Kraft getreten ist, trägt diesem Erfordernis Rechnung und wird von vielen Unternehmen inzwischen als Chance angesehen.

Ein Unternehmensvertreter hebt dafür folgende Erfahrungswerte und Maßstäbe hervor: Das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit muss Teil des gesamten bürgerschaftlichen Engagements (CSR) des Unternehmens sein:<sup>122</sup> die Unternehmensförderung von Vereinen, Projekten und Initiativen wird an Diskriminierungsverbot und Toleranz gebunden.

Es braucht definierte Ziele und verbindliche Regeln, Feedback- und Controlling sowie personelle und materielle Ressourcen. Nötig ist auch ein kontinuierlicher Prozess mit Partner/innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Unternehmensführung muss sich klar positionieren. Eindeutige innerbetriebliche Regelungen sind unerlässlich.

In den letzten Jahren ist es zu keinen weiteren fremdenfeindlichen Vorkommnissen gekommen, an denen Mitarbeiter/innen des Betriebs beteiligt waren. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist bislang allerdings gering. Das internationale Unternehmen versucht verstärkt, durch das Werk in Eisenhüttenstadt die Netzwerke zu den osteuropäischen Märkten zu verbessern. Das bürgerschaftliche Engagement musste – nicht nur in diesem Feld – unter dem Eindruck der Krise zurückgefahren werden, doch hält das Unternehmen an seinen Zielsetzungen fest.

.....

122 Die Konturen des gesamten bürgerschaftlichen Engagements des Unternehmens, das u.a. vier Stiftungen in der Region gegründet und sich stark in der Kommunal- und Regionalentwicklung der Region engagiert hat, finden sich in der EKO Stahl-Fallstudie bei Tech 2006.



**Unternehmerisches Engagement und gezielte Integrationspolitik – „Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe“ (AKG) und „Netzwerk Spätaussiedler“, Brandenburg<sup>123</sup>**

Der Mord an einem jugendlichen Spätaussiedler in Wittstock/Dosse im Mai 2002 gehört zu den spektakulären Fällen fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten. Drei Jugendliche hatten ihr Opfer mit einem Feldstein erschlagen. Dieser Vorfall war der traurige Höhepunkt einer Serie von gewalttätigen Übergriffen von lokalen Jugendlichen auf zugewanderte jugendliche Aussiedler, die sich zunehmend zur Wehr setzten. Nicht nur Boulevardmagazine befürchteten eine „Spirale der Gewalt“.

Eine wichtige Voraussetzung für diese Konfliktsituation war eine verfehlte Zuweisungs- und Ansiedlungspolitik im Umgang mit deutschstämmigen Aussiedler/innen. Auch den ländlichen und wirtschaftlich schwachen Regionen des Ostens, wie Ostprignitz-Ruppin, waren ihre Kontingente zugewiesen worden. Die Aussiedler/innen mussten – oft gegen ihren Willen – drei Jahre am Ort bleiben, bevor sie zu Verwandten und Bekannten in den reicheren Süden oder Westen der Republik aufbrechen durften. Bei regionalen Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent hatten gerade die Neuankömmlinge kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Motivation der Zugewanderten, sich unter diesen Bedingungen in die lokale Gemeinschaft zu integrieren, blieb ebenso gering wie die Offenheit der Ansässigen für die Neuen, die

als unliebsame Konkurrenz zum Sündenbock für negative Entwicklungen (Abwanderung etc.) gemacht wurden. „Hausgemachte“ Probleme, wie z. B. die räumliche Separierung, kamen in Wittstock hinzu. Aber im Grunde steht die Stadt für viele Gemeinden in ähnlichen ländlichen Regionen. Obwohl sie dringend Zuwanderung bräuchten, um die anhaltenden Bevölkerungsverluste zu kompensieren, fehlt die Bereitschaft bei einer Mehrheit der örtlichen Bevölkerung, die Aufnahme von Migrant/innen als Chance zu begreifen. Die Abwärtsspirale dreht sich weiter.

In dieser Situation meldete sich die nahegelegene Kleinstadt Kyritz (Hansestadt mit rund 10 000 Einwohner/innen) zu Wort und versicherte, dass alle Aussiedler/innen der Region in Kyritz willkommen seien. Die Grundlage bot eine bemerkenswerte breit getragene lokale Initiative, die sich gezielt für die Ansiedlung und Integration von Zuwanderern einsetzt. Die lokale Wirtschaft spielte dabei eine Vorreiterrolle. Bereits 1992 hatte sich die „Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe e. V.“ (AKG) als Interessengemeinschaft der kleinen und mittleren Betriebe vor Ort gegründet. Ihr langjähriger Geschäftsführer wurde Jürgen Plän, der seit 2000 als Unternehmensberater – teils selbstständig (HCP – Handwerk Consult Plän), teils angestellt – in der Region arbeitete und immer wieder feststellte, dass Fachkräfte in den Betrieben fehlten.

So entwickelte er die Projektidee, Arbeitslose ganz gezielt für die Bedürfnisse des lokalen und regionalen Arbeitsmarkts bzw. die konkreten Erfordernisse in den Betrieben fit zu machen. Seine zentrale Frage: „Wie kann es uns gelingen, mit Leuten von hier die Unternehmen zu bedienen?“ Dazu zählte er selbstverständlich auch Migrant/innen, vor allem auch Spätaussiedler/innen. „Mein Anliegen war, möglichst viele Spätaussiedler hier reinzukriegen“, auch um sie vor Ort zu halten, wenn nach drei Jahren ihre Residenzpflicht abgelaufen ist. Schließlich hat Jürgen Plän das Thema Integration in der AKG zu seinem Schwerpunkt gemacht. Die Beteiligung an Erwerbsarbeit stellt auch aus seiner Sicht ein zentrales Integrationsmittel dar. Dazu hat er mit

.....

123 Die Darstellung stützt sich einerseits auf Telefoninterviews mit Frau Natalie Schmidt (Flämmchen e.V.) und Herrn Jürgen Plän (Fachkräfteverbund der Kleeblattregion) im Januar 2010. Andererseits war es möglich, bei einem früheren Ortsbesuch an einer Sitzung des Netzwerks Spätaussiedler teilzunehmen.

mehreren Beschäftigungsträgern zusammengearbeitet, aber auch eigene Projekte beruflicher Qualifizierung mit Landes- und EU-Förderung mit auf den Weg gebracht. Regionale Vernetzung („Fachkräfteverbund der Kleeblattregion“) und grenzüberschreitende Projekte bringen zusätzliche Impulse. Zu den entwickelten Formaten zählen in die Qualifizierungsangebote integrierte Deutschkurse, aber auch Russischunterricht, um die Sprachkompetenzen der nachwachsenden Generation nicht zuletzt mit Blick auf die osteuropäischen Märkte zu erhalten.

Das Ankurbeln regionalwirtschaftlicher Aktivitäten und der unternehmerische Blick auf die besonderen Potenziale der Aussiedler/innen (Sprachkompetenzen, aber auch nicht zertifizierte handwerkliche und technische Qualifikationen) wäre weniger auffällig, wäre die AKG nicht zu einer treibenden Kraft geworden, die örtliche Gemeinschaft auf diesem Wege mitzunehmen.

Als sich die Stadt Kyritz im Herbst 2004 am Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern beteiligte, betrieb die Kommune bereits seit dem Signal von 2002 eine gezielte Zuwanderungs- und Integrationspolitik, in die sie alle relevanten Akteure der Region einbezieht. Ihr zentrales „Instrument“ ist das „Netzwerk Spätaussiedler“, das am 18. November 2003 gegründet wurde. Das Netzwerk, an dem sich alle lokalen Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen beteiligen, die in diesem Feld tätig sind, trifft sich regelmäßig im Rathaus unter Vorsitz des Bürgermeisters oder seiner Amtsleiterin. Neben spezifischen Angeboten für Spätaussiedler/innen zielt die Netzwerkarbeit bislang weitgehend erfolgreich auf präventives Konfliktmanagement, eine verstärkte Akzeptanz von Zuwanderern in der Kommune und auf die Förderung von Selbstorganisation und bürgerschaftlichem Engagement. Erfolge sind u. a. die Gründung des Selbsthilfevereins von Spätaussiedler/innen „Flämmchen e.V.“ und das erfolgreiche Management (moderierte Aussprache mit den betroffenen Jugendlichen) eines größeren lokalen Konflikts im Sommer 2005, in den auch jugendliche Aussiedler/innen involviert waren. Ausgangspunkt waren Provokationen von Jugendlichen aus der Region.

Im Jugendbereich hält die Stadt seither ein ungewöhnlich breites und differenziertes Angebot an Jugendräumen bereit, das insgesamt einer konfliktträchtigen Konkurrenz um knappe Ressourcen in der Freizeit entgegenwirkt. Der Prozess der Integration in das örtliche Vereinsleben hat bereits 2004 eingesetzt, als der erste jugendliche Aussiedler Mitglied der freiwilligen Feuerwehr wurde. Gleichzeitig hatte die Kommune akzeptiert, dass die Neubürger/innen die Gelegenheit suchen, unter sich Erfahrungen auszutauschen und eigene Unterstützungsnetzwerke aufzubauen, indem sie Räumlichkeiten für einen neuen Verein zur Verfügung stellte. Bereits mit Beginn des verstärkten Zuzugs von Spätaussiedler/innen nach Kyritz ab 2003 hatte die Kommune über ihre Wohnungsbaugesellschaft eine integrationshemmende räumliche Konzentration der Zuwanderer verhindern können.

Ein gezieltes Übergangsmanagement, in dem Schulen und regionale Wirtschaft kooperieren, Jobpaten aktiv werden, eine gezielte Kompetenzfeststellung eingesetzt und IT-Qualifikationen vermittelt werden, gehören zu den Meilensteinen dieser aktiven arbeitsmarktbezogenen Integrationspolitik, für die umfangreiche externe Unterstützung (Bosch Stiftung, STATTwerke e.V., RAA Brandenburg etc.) gewonnen werden konnte.

In der Kombination von unternehmerischem Engagement und kluger aktiver kommunaler Integrationspolitik kann Kyritz für sich beanspruchen, gute Qualität im Umgang mit Vielfalt in einem sehr schwierigen Umfeld zu bieten.

### **Gelingensfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft**

Im Folgenden werden einige Gelingensfaktoren benannt, die sich angesichts der beschriebenen Beispiele für das Engagement der Wirtschaft gegen Rechtsextremismus formulieren lassen.

- **„Null Toleranz!“ – Konsequentes Vorgehen gegen fremdenfeindliche Äußerungen und diskriminierende Haltungen von Mitarbeiter/innen**

Politische Neutralität, die im betrieblichen Alltag und in Betriebsverfassungen ein hohes Gut darstellt, kann gegenüber Rechtsextremismus nicht gelten. Denn hier geht es nicht um eine beliebige politische Meinung, sondern

um Einstellungen und Verhaltensweisen, die das friedliche Zusammenleben und -arbeiten gefährden. Gute Praxis beginnt da, wo Unternehmen ihre Zurückhaltung aufgeben und rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Haltungen, Äußerungen und Verhaltensweisen in ihren Unternehmen nicht hinnehmen.<sup>124</sup> Mit dem neuen AGG existiert auch ein rechtlicher Rahmen, der dazu genutzt werden kann, diese Grenze zu ziehen. Aber auch schon zuvor war über Betriebsvereinbarungen oder entsprechende Klauseln in Ausbildungs- und Arbeitsverträgen diese Möglichkeit gegeben. Diese „Null Toleranz“-Maxime wirkt umso überzeugender, wenn das Unternehmen deutlich macht, dass Mitarbeiter/innen entsprechende Verhaltensgrenzen auch außerhalb des Betriebes einhalten müssen.

- **Unterstützung einer wertschätzenden Vielfalt im Betrieb**

Verbote und Strafandrohungen alleine genügen nicht. Es kommt darauf an, in den Unternehmen präventive und kommunikative Strategien einzusetzen, die zur wechselseitigen Anerkennung und Wertschätzung vielfältiger Beschäftigungsgruppen beitragen können. Das Spektrum der Maßnahmen und Angebote ist groß und wird u. a. im Kontext von Diversity Management durchbuchstabiert. Es kann von Unterstützungsaktionen des Managements für regionale Initiativen, dem „Seitenwechsel“ von Beschäftigten, über die Schulung von Betriebsrät/innen und Vertrauensleuten bis zu interkulturellen Firmenfesten reichen.<sup>125</sup> Wichtig ist, dass vor allem auf den verantwortlichen Ebenen des Betriebs die Wertschätzung von Vielfalt als wichtige Ressource des Betriebes verdeutlicht und als wesentliches Element der Firmenphilosophie ausgewiesen wird – gleich-

gültig ist dabei, ob stärker ökonomische Standortargumente oder die politische Verantwortung für das Gemeinwesen ins Spiel gebracht werden. Für die Resonanz und Reichweite betrieblicher Strategien dürfte die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und den Interessenvertretungen der Beschäftigten von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es braucht in diesem Feld ein partnerschaftlich orientiertes Vorgehen, das auf einem möglichst breiten Konsens beruht.

- **Willkommenskultur für Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund und internationale Unternehmen**

Unternehmen aus dem Ausland und Menschen mit Migrationshintergrund verdienen die besondere Aufmerksamkeit und öffentliche Unterstützung der zuständigen Kammern bzw. Unternehmensverbände, aber auch der Gewerkschaften.<sup>126</sup>

- **Einbettung betrieblicher Strategien in das Gemeinwesen**

So wichtig und grundlegend betriebliche Strategien sind, ihre Grenzen sind offensichtlich, wenn Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als „weiche Standortfaktoren“ ins Spiel kommen (vgl. Bussmann/Werle 2004 und 2004a). Hier braucht es Vernetzungen mit dem Gemeinwesen, um das spezifische Gewicht des Unternehmens für die Entwicklung einer lokalen und regionalen Agenda in die Waagschale zu legen. Warum sollten nicht auch Unternehmen Maßnahmeträger von Lokalen Aktionsplänen sein oder solche entwickeln? Die Beispiele aus Eisenhüttenstadt und Kyritz verdeutlichen, wie wichtig diese Einbettung betrieblicher Strategien in das Gemeinwesen sein kann und Unternehmen auch für die Kommune eine treibende und tragen-

124 Eine Berlin-Brandenburger Initiative hat einen plakativen Aufkleber entwickelt, der im Betrieb angebracht werden kann: „Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus haben in unserem Betrieb keinen Platz! Wir tolerieren keine diskriminierenden Äußerungen oder körperlichen Angriffe, zum Beispiel wegen Hautfarbe, Religion, Nationalität oder sexueller Orientierung! Wir stehen für Gleichbehandlung und Achtung der Menschenwürde ein!“ (siehe [www.handeln-statt-wegsehen.de](http://www.handeln-statt-wegsehen.de)).

125 Die Berlin-Brandenburger „Initiative gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus“ mit dem Motto „Handeln statt wegsehen“, an der sich u. a. DGB, ver.di und HBB beteiligen, hat ein 10-Punkte-Programm formuliert, das für den betrieblichen Alltag sicherlich hilfreich ist (Titel der Broschüre: „Aktiv in Betrieb & Schule“). Aufschlussreich sind bereits die Überschriften: „1. Sensibilisieren Sie Ihr Umfeld. 2. Informieren Sie sich. 3. Beziehen Sie deutlich Stellung. 4. Verankern Sie ein menschenrechtsorientiertes Grundverständnis. 5. Seien Sie solidarisch mit den Opfern. 6. Ermuntern Sie andere zu widersprechen. 7. Setzen Sie ein Zeichen gegen rechtsextreme Gewalt. 8. Unterstützen Sie bürgerschaftliches Engagement. 9. Vernetzen Sie sich. 10. Nutzen Sie rechtliche Möglichkeiten“ (siehe [www.handeln-statt-wegsehen.de](http://www.handeln-statt-wegsehen.de)).

126 Interessante Vorschläge entwickelt ein Forschungsbericht über „Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg“ (Bürk-Matsunami/Selders 2005).



de Rolle spielen können. Regionale Netzwerke bieten zusätzliche Ressourcen und Unterstützungsstrukturen.<sup>127</sup>

- **Bildung, Ausbildung und Weiterbildung als zentrale Felder für eine Politik der Vielfalt**

Verknüpfungen in Richtung Bildung und überbetriebliche Ausbildung, aber auch das Engagement öffentlicher Betriebe versprechen besonderen Nutzen. Populäre Konzepte wie kommunale Bildungslandschaften oder Übergangsmangement sind ein Indiz dafür, dass in solchen Kooperationen besondere Potenziale liegen – wie auch das sächsische Beispiel zeigt. Die Sichtbarkeit von Unternehmen in diesem Feld scheint von besonderem Wert, macht es doch deutlich, mit welchen sozialen Kosten ein Engagement in der rechtsextremen Szene verbunden sein kann.

- **Einbeziehen von Kund/innen und NGOs in eine Politik der Vielfalt**

Es ist für die Entwicklung des Handlungsfeldes Wirtschaft strategisch bedeutsam, dass Kund/innen und kritische Beobachter/innen ihre Ansprüche an Firmen artikulieren. Dies beginnt bei Aktionen gegen Unternehmen und ihre Produkte aus dem rechtsextremen Umfeld. Es kann aber auch dazu führen, dass ein Unternehmen als „guter Bürger“ gefordert wird. Buy- und Boykott gehören im Umgang mit Rechtsextremismus zu dem Handlungsrepertoire, über das aktive und mündige Konsument/innen bzw. Kund/innen jenseits von betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten verfügen.

- **Partnerschaften zwischen Unternehmen und NGOs**

Die vielfältigen Partnerschaften zwischen dem Unternehmen Freudenberg, aber auch der Freudenberg Stiftung einerseits und zahlrei-

chen zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits machen das Potenzial sichtbar, das in sektorenübergreifender Zusammenarbeit liegt. Es gilt, dieses Themenfeld für die Debatten über Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility weiter zu erschließen.

- **Verknüpfung von überregionalen Vernetzungen und konkreten Handlungsansätzen**

Überregionale Vernetzungen und Kooperationen geben Initiativen gegen Rechtsextremismus von Unternehmen die besondere Chance, dass ihr Handeln nicht als ertragsorientiert und betriebsfixiert oder regional borniert wahrgenommen wird. Zudem besteht so die Möglichkeit, in die Unternehmenswelt selbst hineinzuwirken. Wichtig ist, dass die Kooperationen zwischen Unternehmen und ihren Verbänden einerseits und den staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits mit konkreten Handlungsansätzen unterlegt sind. Bloß symbolische Bekenntnisse ermüden. Die Ziele sollten konkret und überzeugend sein.<sup>128</sup>

- **Unterstützung einer positiven Antidiskriminierungsinitiative der Unternehmen**

Große Kontroversen gibt es in und zwischen Unternehmen, wie mit dem europäischen, nun auch in der Bundesrepublik umgesetzten Antidiskriminierungsrecht umzugehen ist. Während es einen üblichen Trend gibt, jede rechtliche Verpflichtung zurückzuweisen und stattdessen auf freiwillige Beiträge zu verweisen, wird in einigen der Unternehmen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, das AGG als hilfreich angesehen. Vieles spricht dafür, die betriebliche Antidiskriminierungsarbeit konsequent mit der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus zu verknüpfen.

.....

127 Einen systematischen überbetrieblichen Ansatz bietet das Handlungsprogramm der im März 2009 gegründeten „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“. Im Handlungsfeld Wirtschaft schlägt es u. a. die öffentliche Auszeichnung von Unternehmen vor, „die die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen“, aber auch Fortbildungen und die Teilnahme an Runden Tischen (siehe [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)).

128 Ein gutes Beispiel ist die Resolution der IHK Potsdam vom 28. November 2007 „Wirtschaft gegen Rechtsextremismus“. Der Aufruf an die Unternehmer/innen der Region, „in ihren Unternehmen bereits ersten Ansätzen rechtsextremen Denkens und Handelns mutig und entschlossen entgegen zu treten“ wird mit einer sehr spezifischen Begründung unterlegt: „Insbesondere der bereits vorhandene Fachkräftemangel, der sich in den kommenden Jahren noch verstärkt, wird eine völlig neue Dimension auch der Zuwanderungspolitik hervorrufen. Diese Entwicklung im Sinne des wirtschaftlichen Wachstums zu begleiten und damit – auch über neue Einflüsse und Blickwinkel – die Wirtschaft zu fördern, gehört zu den zentralen Aufgaben der IHK Potsdam.“



# 5

Demokratie über Qualität gestalten  
und sichern –  
Zur weiteren Auseinandersetzung  
mit dem Rechtsextremismus

## 5 Demokratie über Qualität gestalten und sichern – Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

*„Kein vernünftiger Mensch tut so, als stünden wir im Jahr 1933. Keiner sollte aber auch so tun, als sei der Rechtsradikalismus nur ein Problem von 0,5 Prozent der Bevölkerung. Es geht um die Verführbaren, die Modernisierungs- und Vernetzungsverlierer, ihre Wut und ihre Angst. An die Stelle von Ersatzhandlungen muss eine Gesamtstrategie treten“ (Peter Glotz 2001: 13).*

### Über die Abwesenheit einer notwendigen Gesamtstrategie

Was Peter Glotz auf einer Herbsttagung der Sozialistischen Bodensee-Internationalen im Jahr 2000 forderte, hat auch eine Dekade danach nichts an Aktualität verloren. Die Bundesprogramme und die vielen Anstrengungen auf Länder- und kommunaler Ebene haben unser Wissen und unsere Praxis um Handlungsansätze, pädagogische Formate und Eingriffsmöglichkeiten enorm erweitert. Die zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen und Bürgerbündnisse haben die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht und vielerorts eine lokale politische Kultur entstehen lassen, die mit der Praxis des Beschweigens und Verdrängens gebrochen hat. An vielen Orten funktionieren die politische Isolierung und soziale Ächtung offen auftretender Rechtsextremer. Deutlich zugenommen hat auch die Zahl der Unternehmen, die Vielfalt als Ressource und Voraussetzung ihres Geschäftserfolgs begreifen und sich gegen Diskriminierungen innerhalb und außerhalb des Betriebs wenden. Die Bereitschaft von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, genauer hinzuschauen, wenn es um rechtsextreme und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe geht, ist

ebenfalls gestiegen. Gelegentlich übernimmt die Polizei sogar präventive Aufgaben, die eigentlich eine Angelegenheit von Politik und Bürgerschaft wären.

Dennoch sind wir von der von Peter Glotz geforderten Gesamtstrategie noch immer weit entfernt. Ihm ging es in seinem Beitrag um einen „Masterplan“, der auf die Ursachen der rechtsextremen und rechtspopulistischen Erfolge zielt. Er verweist u. a. auf globalisierungsbedingte Deprivationen, die durch eine soziale Grundsicherung abzufedern wären. Noch vor dem später gescheiterten NPD-Verbotsverfahren sieht er darin eine „Ersatzhandlung“, die den gewalttätigen Alltagsrassismus nicht tangieren wird, und setzt sich stattdessen für verstärkte politische Bildung ein.

Im Rückblick drängt sich die Diagnose auf, dass es der Rechtsextremismusbekämpfung in Form von Bundesprogrammen nicht gut bekommen ist, in einer Nische des BMFSFJ angesiedelt zu sein. Die gesellschaftliche Produktion von Ungleichheit und Ausgrenzung ist derweil beschleunigt vorangeschritten. Erneut droht eine Flucht in Ersatzhandlungen, die „Entschlossenheit“ signalisieren sollen. Die populärste ist die Wiederbelebung der „Extremismus-Formel“. Dieses autoritäre Relikt des Kalten Krieges und der Angst vor den demokratisch unzuverlässigen Bürger/innen war ja nie völlig verschwunden und hat nicht zuletzt im Verfassungsschutz ein höchst aktives institutionelles Gedächtnis.

Nun soll „entschlossen“ gegen Rechts- und Linksextremismus sowie islamischen Fundamentalismus gekämpft werden. So, als wäre es eine Sache der verschiedenen „Extremisten“, sich wechselseitig zu verstärken,<sup>129</sup> und es brauchte nur siegfriedhaften Mut, diesen mehrköpfigen

129 Dass es auch eine Eskalations- und Konfliktdynamik zwischen rechtsextremen Akteuren und ihren politisch sehr breit gefächerten Gegner/innen bis hin zu engagierten Polizist/innen gibt (siehe den „Fall“ Mannichl), soll damit nicht ignoriert werden. Allerdings wäre es völlig verfehlt, hierin die Ursache für rechtsextreme Gewalt zu vermuten.

Drachen Extremismus mit einem Streich zu enthaupen. Es macht wenig Sinn, über die Angemessenheit von Ersatzhandlungen nachzudenken. Sie haben allerdings sehr reale Wirkungen. Im konkreten Fall ist die Schwächung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu befürchten (vgl. Hafeneeger et al. 2010).

Für eine aussichtsreiche Debatte über eine zukünftige Gesamtstrategie im Glotz'schen Sinne fehlt gegenwärtig zumindest auf Bundesebene der politische Resonanzboden. An Vorschlägen und Impulsen in diese Richtung mangelt es nicht. Dabei könnte zunächst offen bleiben, wel-

che Konsistenz- und Umsetzungsansprüche mit einer solchen Gesamtstrategie sinnvoll zu verbinden sind und ob sich dafür überhaupt strategiefähige gesellschaftliche Akteure finden lassen.

### Gelingensfaktoren guter Praxis

Aus den Beispielen guter Praxis in den Handlungsfeldern Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft konnten Gelingensfaktoren herausgearbeitet werden, die in der Arbeit gegen Rechtsextremismus Erfolg versprechend sein können.

#### HANDLUNGSFELD STAAT

- Verpflichtung gegenüber den (potenziellen) Opfern,
- Verhinderung von „Angsträumen“,
- Strafverfolgung mit demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln,
- Schaffen von freiwilligen Angeboten und positiven Anreizen für den Ausstieg von Täter/innen, Thematisierung rechts-extremer Motive,
- Vermeiden von Märtyrerfiguren und anderer Effekte, die zur Mobilisierung von Anhänger/innen der extremen Rechten beitragen,
- Zivilgesellschaftliche Öffnung polizeilicher Praxis,
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren,
- Entwicklung von gemeinsamen Leitlinien und Leitbildern der verschiedenen staatlichen Institutionen.

#### HANDLUNGSFELD ZIVILGESELLSCHAFT

- Stärkung der aktiven Bürgerschaft,
- Anerkennung von Pluralität als Quintessenz bürgerschaftlicher Politik,
- Engagement für eine inklusive Bürgergesellschaft,
- Ermöglichen von religiöser Vielfalt,
- Einfordern und Praktizieren von Zivilität,
- Herstellen von Öffentlichkeit und Transparenz,
- Wahrnehmen von Fehlentwicklungen und Förderung der Fähigkeit zur Selbstkorrektur,
- Entwicklung von Beziehungen zu Staat und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe,
- Verstärkte externe Unterstützung demokratisch „schwacher“ Zivilgesellschaften,
- Aufbau einer eigenständigen professionellen Infrastruktur.

### HANDLUNGSFELD WIRTSCHAFT

- „Null Toleranz!“ – Konsequentes Vorgehen gegen fremdenfeindliche Äußerungen und diskriminierende Haltungen von Mitarbeiter/innen,
- Unterstützung einer wertschätzenden Vielfalt im Betrieb,
- Willkommenskultur für Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund und internationale Unternehmen,
- Einbettung betrieblicher Strategien in das Gemeinwesen,
- Bildung, Ausbildung und Weiterbildung als zentrale Felder für eine Politik der Vielfalt,
- Verknüpfung von überregionalen Vernetzungen und konkreten Handlungsansätzen,
- Unterstützung einer positiven Antidiskriminierungsinitiative der Unternehmen,
- Einbeziehen von Kund/innen und NGOs in eine Politik der Vielfalt,
- Partnerschaften zwischen Unternehmen und NGOs.

### Einige pragmatische Vorschläge zur Stärkung guter Praxis<sup>130</sup>

- *Ein bescheidener integrativer Ansatz:* Ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus wird es so rasch nicht geben, aber es wäre bereits viel gewonnen, wenn diese Auseinandersetzung stärker in eine allgemeine Antidiskriminierungspolitik eingebettet wäre, um eine Politik der Vielfalt zu unterstützen. Ein solcher Ansatz ist auch entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Impulse aus Modellprogrammen und guter Praxis in Regelstrukturen eingebracht werden können.
- *Unterstützung von neuen Beteiligungs- und Engagementformen:* Es ist nicht zu erwarten, dass die Parteien jene politische Inklusionskraft zurückgewinnen, die sie lange Zeit hatten. Auch wenn die Parteien und ihre internen Anstrengungen zu „Werkstätten der Demokratie“ (SPD) weiterhin von Bedeutung sind, gilt es gleichzeitig, neuen projektorientierten und themenspezifischen Politikmustern, wie z.B. Bürgerforen und -initiativen, stärker Rechnung zu tragen. Zusätzlich sind Partizi-

pationsoffensiven gefragt, die mehr Alltagsdemokratie ermöglichen. Es braucht hierfür eine lokale und regionale Infrastruktur, weil ein politisches Dauerengagement durch die Erfordernisse moderner Lebensweisen immer unwahrscheinlicher wird.<sup>131</sup> Bleiben solche Schritte aus, droht die Anrufung der Demokratie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zur Leerformel zu werden.

- *Empowerment:* Ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt sollte die Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen- und potenziellen Opfergruppen sein. Die Kooperation mit Migrantenverbänden und Flüchtlingsinitiativen ist hier vorrangig. Aus den USA, aber auch aus Dänemark liegen praktische Erfahrungen vor, wie solche Formen der Unterstützung („organizing“ etc.) dazu beitragen können, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzudämmen. Potenzielle Opfergruppen müssen in ihrer eigenständigen Artikulations- und Organisationsfähigkeit gestärkt werden, um die Bedingungen für eine Kommunikation auf Augenhöhe zu schaffen.

130 Diese und weitere Vorschläge sind Ergebnis einer vor allem in der SPD geführten Debatte über die Aufgaben einer möglichen Bundesstiftung, die nicht den Zwängen der Modellprogramme des BMFSFJ ausgesetzt wäre (vgl. Roth 2008). Mit den anhaltenden Finanzkrisen haben solche institutionellen Vorschläge deutlich weniger Realisierungschancen als noch vor einigen Jahren.

131 Erik Amna 2010: 199ff. hat dafür das interessante Leitbild des „stand-by citizen“ formuliert, der prinzipiell bereit und fähig ist, aktiv zu werden, wenn es als notwendig und wichtig erachtet wird. Um vom „stand-by“ zum „aktiven“ Modus zu gelangen, braucht es eine informierende und mobilisierende Infrastruktur mit entsprechenden Beteiligungsangeboten.

- *Nachhaltige Sicherung einer zivilgesellschaftlich getragenen, weitgehend unabhängigen Infrastruktur* in der Arbeit gegen Rechtsextremismus: Dazu gehören vor allem Kompetenzzentren, Vernetzungseinrichtungen, Beratungsnetzwerke und Opferberatungsstellen. Wenn die Arbeit gegen Rechtsextremismus erfolgreich sein soll, ist eine längerfristige Perspektive unabdingbar. Biografische Lern- und Bildungsprozesse brauchen ebenso wie Gegenerfahrungen ihre Zeit. Die längerfristige Sicherung einer unabhängigen und angemessen ausgestatteten regionalen Infrastruktur in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stellt eine zentrale Aufgabe dar.
- *Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen*, die in der Lage sind, gegen rechts-extreme und fremdenfeindliche Akteure und Aktionen zu mobilisieren und rechtsextreme Landnahmen zu verhindern: Unabdingbar ist dabei die Bereitstellung entsprechender Ressourcen (Wissen, Projektmittel, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote etc.), wie es in Ansätzen der Bundes- und Landesprogramme der Fall ist. Die Erfahrung mit den vorhandenen Förderlandschaften legen allerdings eine Entbürokratisierung nahe. Die Förderprogramme sind in der Regel auf große Träger mit entsprechenden professionellen Kompetenzen zugeschnitten. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die auf Freiwilligkeit und bürgerschaftliches Engagement setzen, haben oft weder das Know-how noch die Bereitschaft, sich auf das Abrechnungswesen einzustellen. Hier sind andere, unbürokratische Förderformate gefragt, die für diese Zielgruppe angemessen sind und nicht zusätzliche Barrieren aufbaut. Dies sollte jedoch nicht mit einem Mangel an Transparenz und Kontrolle verbunden sein.<sup>132</sup> Warum nicht die Empfänger/innen, Fördersummen und Projektbeschreibungen (nicht nur) lokaler Fonds ins Internet stellen und mit einer öffentlichen Rechenschaftspflicht verknüpfen?
- *Professionelle Organisations- und Trägerberatung* (zum Umgang mit Rechtsextremismus in den Medien, in Parlamenten, in Betrieben, überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Schulen, Jugendverbänden, Vereinen, in der Polizei, vor Gericht etc.): Der sozialräumliche Fokus der Mobilien Beratungsteams sollte durch weitere, bereichsspezifische Beratungskompetenzen erweitert werden, die Konzepte für Standardsituationen bereithalten und sie bedarfsorientiert vermitteln können. Zu all diesen Alltagsbereichen gibt es eine Fülle von Handreichungen, Vorschlägen und Praxiskonzepten. Es fehlt jedoch eine übergreifende Stelle, an der sie zusammenkommen, vorgehalten und regelmäßig überprüft werden. Neben der Einzelberatung könnten bereichsspezifische Weiterbildungsangebote zur Verbreitung guter und bewährter Handlungsansätze beitragen. Neben den bereits benannten Beratungsbereichen braucht eine dezentrale und vielfältige Projektlandschaft eine professionelle soziale Unternehmensberatung, die zudem verlässlich über Förderwege und Fördermöglichkeiten informiert. Diese Funktion kann innerhalb der MBTs gestärkt werden, ist aber auch als eigenständiges Angebot einer Clearing- und Beratungsstelle zu Fördermöglichkeiten und Organisationsentwicklung denkbar.
- *Interventionsfonds für besonders betroffene und bedrohte Regionen*: Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Situation, dass es rechtsextremen Gruppierungen (allen voran der NPD und den „freien Kameradschaften“,

.....

132 Es ist häufig darauf hingewiesen worden, dass auch der Dritte Sektor bislang insgesamt zu wenig Wert auf Transparenz und öffentliche Verantwortung (accountability) legt. Dies ist keine Frage eines generalisierten Misstrauens. Noch schneiden Nichtregierungsorganisationen in der Wertschätzung und Vertrauenswürdigkeit erheblich besser ab als staatliche bzw. staatsnahe Vereinigungen oder Unternehmen (vgl. GPRA 2010). Es geht vielmehr um die Steigerung der gesellschaftlichen Anerkennung von Initiativen, Projekten und Vereinen durch selbstgewählte Formen der öffentlichen Rechenschaftslegung, die sich auch positiv auf deren Tätigkeit und deren Unterstützung auswirken dürfte.

aber auch der rechtsextremen Kulturszene) immer wieder gelingt, in gezielt ausgewählten Räumen beachtliche Terraingewinne zu erzielen und sich dort als einflussreicher zivilgesellschaftlicher Akteur zu platzieren. Die Ressourcen der rechtsextremen Szene sind nicht groß genug, um in der Fläche erfolgreich zu sein. Schon um der Signal- und Vorbildwirkung solcher Landnahmeversuche etwas entgegenzustellen, bedarf es kurzfristiger Gegenreaktionen, für die Ressourcen (Beratung, Personal und Finanzmittel) bereitgehalten werden sollten.

- *Maßnahmeförderung:* In der Modellförderung des Bundes, aber auch von Stiftungen und freien Trägern sind eine Reihe von Maßnahmen und Formaten erprobt worden (z.B. die Projektschultage des NDC, Betzavta etc.), die sich hinreichend bewährt haben, um in der Fläche angewendet zu werden. In diesem Förderbereich geht es nicht so sehr um innovative oder neue Ansätze, sondern um die Verbreitung und Qualitätssicherung eingespielter Formate.<sup>133</sup>
- *Innovationstopf:* Unabhängig von der Regelförderung sollte ein Innovationstopf eingerichtet werden, der neue Wege und Experimente unterstützt, deren Evaluation und – bei Erfolg – Weiterempfehlung im Sinne guter Praxis fördert. Ein solcher Innovations- und Experimentierfonds ist schon angesichts der schnellen Veränderungsgeschwindigkeit in der rechtsextremen Szene angesagt. Zudem lassen sich noch zahlreiche Verknüpfungen mit Handlungsfeldern denken, die bislang nur wenig in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einbezogen sind (kommunale Integrationspolitik, Demokratielernen, Familien- und Erziehungsberatung, Freiwilligenagenturen, Arbeit mit neuen Zielgruppen wie Senior/innen und junge Familien etc.)
- *Wissenschaftspool und Förderprogramm:* Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist – gemessen an der politischen Brisanz des Themas – in der Bundesrepublik nur schwach institutionalisiert und zumeist ein Nebenthema akademischer Beschäftigung. Neben all den „Exzellenzinitiativen“ sollte es möglich sein, einen Forschungstopf einzurichten, um praxisnah die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit drängenden Problemen des Themenfelds zu befördern. Gezielte Evaluationen der eigenen Maßnahmen und ihre planvolle wissenschaftliche Nutzung könnten eine neue Qualität im Theorie/Praxis-Transfer bedeuten. Hilfreich wären auch regelmäßige Ergebniskonferenzen zum Forschungsstand in Sachen zeitgenössischer Rechtsextremismus, den aufgelaufenen Kontroversen und offenen Fragen. Erträge der historischen Faschismusforschung, die in jüngerer Zeit erheblichen Aufschwung genommen hat, verdienen es sicherlich, in die aktuelle Debatte aufgenommen zu werden. Wenn dies im Rahmen der Bundesstiftung gefördert werden kann, ist dem europäischen und internationalen Austausch zum Thema eine Chance einzuräumen, auch wenn der wechselseitige Nutzen jeweils zu überprüfen wäre.
- *Lageberichte:* Die „Deutschen Zustände“ (Heitmeyer 2002ff.), die Einstellungsuntersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung (z.B. Decker/Brähler 2006; 2008) und – mit großen Einschränkungen auch die Verfassungsschutzberichte bzw. die Polizeiliche Kriminalstatistik – bieten zwar regelmäßige Informationen zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland, dennoch fehlt es an einer umfassenden Zusammenschau und Auswertung der vorliegenden Datenbestände, wie sie z.B. in den Opferberatungsstellen, in wissenschaftlichen Studien oder beim EUMC (European Mo-

133 Zu diesen Formaten zählen vor allem aktivierende Formen der Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Diskriminierung bzw. Toleranz und Vielfalt, wie z. B. „Blue Eyes – Brown Eyes“, die Projektstage des Netzwerks für Demokratie und Courage, „Miteinander“ – Betzavta oder das Programm „Achtung (+) Toleranz“ – vgl. hierzu die Evaluation und Übersichten in Lynen von Berg/Roth 2003, Uhl et al. 2004, Glaser/Schuster 2007 und Petersen/Six 2008.

nitoning Center on Racism and Xenophobia) und anderen Einrichtungen gesammelt werden. Eine solche, nach Möglichkeit regional differenzierte Datenbasis könnte zur Versachlichung der Debatten erheblich beitragen.

- *Politikempfehlungen und Praxishandreichungen:* Ein zentraler Mangel der bisherigen Modellförderpraxis ist der weitgehende Verzicht, aus den gemachten Erfahrungen Vorschläge für eine präventive Politik in zentralen Handlungsfeldern zu entwickeln. Dies mag an der spezifischen Ressortanbindung und an föderalen Denk- und Handlungsgrenzen liegen. Eine Stiftung müsste weder auf die horizontale noch die vertikale Aufgabensplitterung Rücksicht nehmen, sondern könnte Policy-Papers vorlegen, die sich um Zuständigkeiten zunächst nicht kümmern müssen. Solche Politikempfehlungen sind bereits heute in zahlreichen Feldern mit dem Fokus Rechtsextremismus und Demokratieförderung denkbar und möglich (und in Ansätzen vorhanden), so z.B. in der Eltern- und Erziehungsberatung bezogen auf soziale Kompetenzen und positive Erziehungsstile,<sup>134</sup> Demokratie- und Toleranzlernen in vorschulischen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Eckpunkte einer demokratie- und toleranzfördernden Schulkultur (Menschenrechtsbildung, interkulturelle Kompetenzen etc.), Berufliche Bildung und „diversity“ im betrieblichen Alltag, Kommunale Integrationspolitik als präventive Praxis, Demokratie- und Toleranzförderungen in Vereinen (Feuerwehr, Kultur- und Sportvereine etc.), Leitlinien einer Medienberichterstattung, die sich als Beitrag zu einer demokratischen Alltagskultur versteht, Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremen in Parlamenten (kommunal und auf Landesebene), Erinnern, Aufarbeiten und Nicht-Vergessen im Seniorenbereich als Beitrag zur Rechtsextremismusprävention, Beratung von Polizei, Ermittlungsbehörden und

Gerichten im Umgang mit rechtsextrem motivierten Straftaten, Internationale Kooperationen mit Schwerpunkt Nachbarländer und EU.

### **Handlungsempfehlungen für eine anspruchsvolle und angemessene Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus**

Dieser Schlussabschnitt dient einem bescheidenen Ziel. Es geht darum, zusammenfassend jene Eckpunkte zu benennen, die über die Qualität der Arbeit gegen Rechtsextremismus entscheiden. Dabei ist die gute Praxis, die im Kontext der bisherigen Programme und Initiativen verwirklicht werden konnte und die in ihrem Bestand immer wieder gefährdet ist, ein zentraler Bezugspunkt. Ein zweiter sind wünschenswerte und notwendige Weiterentwicklungen und neue Impulse, die über die bisherigen Programme hinausgehen und in diesem Text bereits angesprochen wurden. Folgende Aufgaben und Perspektiven sind in der weiteren Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus von zentraler Bedeutung:

1. *Die unerwartete Konjunktur rechtsextremer Orientierungen und Politik hat das Engagement gegen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland zu einer wichtigen politischen Daueraufgabe werden lassen. Es gibt keine Entwarnung, auch wenn der rechtsextreme Aufschwung kein Selbstläufer ist. Es gilt, nicht nachzulassen in der Auseinandersetzung mit einer extremen Rechten, die gegen Demokratie und Menschenrechte mobilisiert.*

Der Aufschwung der extremen Rechten in den letzten beiden Jahrzehnten ist eine aktuelle deutschlandweite sowie internationale Erscheinung. Die theoretischen Deutungen dieses unerwarteten Phänomens, schließlich war das „Ende der Geschichte“ oder eine alternativlose Ausbreitung westlicher Demokratie verheißen worden, gehen in unterschiedliche Richtungen: Während neuere historisch ver-

.....  
 134 Ein gelungenes Beispiel für eine sorgfältig evaluierte Kombination von Eltern- und Kindertrainings im Vorschulalter bietet die Erlangen-Nürnberger Entwicklungs- und Präventionsstudie (vgl. BMFSFJ 2004; Kabakci-Kara 2009).



gleichende Studien<sup>135</sup> betonen, die „Epoche des Faschismus“ sei keineswegs beendet und einige aktuelle gesellschaftliche Krisenerscheinungen begünstigten dessen Revitalisierung, heben politikwissenschaftliche und soziologische Studien<sup>136</sup> dagegen die neuen Elemente des gegenwärtigen Rechtsextremismus hervor. Trotz vieler historischer Zitate sei „Opas Nazismus“ tot. Diese Kontroverse macht auf die beobachtbare Vielfalt und Wandlungsfähigkeit des gegenwärtigen Rechtsextremismus aufmerksam, der einerseits revisionistisch an diskreditierte historische Traditionen und Vorbilder anschließt, aber andererseits aktuelle Probleme in zeitgemäßen Formen und Mobilisierungen aufgreift.

Die besondere politische Brisanz des Rechtsextremismus besteht in seiner grundlegenden Frontstellung gegen Menschenrechte und Demokratie.<sup>137</sup> Bereits kleine Geländegewinne in der Anfeindung und Ausgrenzung von bestimmten Bevölkerungsgruppen beschädigen die demokratische Substanz von Gesellschaften. Einige Einstellungselemente der extremen Rechten, wie völkischer Nationalismus, Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Antiziganismus reichen zudem bis in die „Mitte der Gesellschaft“. Weder auf der Einstellungsebene noch auf der Handlungsebene (Wahl-

erfolge rechtsextremer Parteien, Demonstrationen, Gewalttaten etc.) befindet sich jedoch der Rechtsextremismus auf einem „unaufhalt-samen“ Durchmarsch. Gerade bekennendes öffentliches Handeln ist eine Option für überschaubare radikale Minderheiten geblieben, die mal weniger, mal mehr Resonanz erzielen und Einfluss ausüben können – nicht zuletzt durch Hasskriminalität, die zur Ängstigung potenzieller Opfergruppen beiträgt. Rechtsextremismus ist zu einem Strukturproblem in Gesellschaften mit größeren Bevölkerungsver-schiebungen (Einwanderung/Abwanderung) in Phasen mit enormen gesellschaftlichen Strukturbrüchen und wachsenden sozialen Ungleichheiten geworden. Gleichzeitig stellt er nicht nur eine Reaktionsbildung auf „Umbruchgesellschaften“<sup>138</sup> dar, sondern ist auch Ausdruck von aktuellen Demokratiedefiziten bzw. einer „postdemokratischen“ Konstellation (Crouch 2008)<sup>139</sup>, von der er mit seinen autoritären Angeboten zu profitieren versucht.

Die Zukunftschancen des Rechtsextremismus sind nicht prognostizierbar. Der Aufschwung der extremen Rechten hat im letzten Jahrzehnt von globalisierungs- und kapitalismuskritischen Stimmungslagen profitiert. Sie hat darauf mit entsprechenden Angeboten reagiert.<sup>140</sup> Die von vielen Aktiven gehegte Befürchtung, mit den gegenwärtigen Finanz-

135 Vgl. vor allem Paxton 2006: 252ff. und Wippermann 2009, aber auch Bauerkämper 2006: 193ff.

136 So die vergleichenden Studien von Kitschelt 1995, Mudde 2007 und Minkenberg 2008.

137 Hierin liegt ein gewichtiger Unterschied zu den meisten politischen Strömungen, die in gleichsetzender Absicht in den großen Sack „Linksextremismus“ gestopft werden – zur Geschichte des Linksradikalismus seit der Studentenbewegung vgl. Haunss 2008. In der Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten dürfte die Nähe zwischen Rechtsextremismus und bestimmten Spielarten des „islamischen“ Fundamentalismus größer sein. Ob dies rechtfertigt, sie als Spielarten eines „neuen Extremismus“ hinzustellen, wie dies in einer aktuellen Publikation über Großbritannien geschieht, sei dahingestellt (Eatwell/Goodwin 2010).

138 Auch wenn es zu den Merkmalen moderner Gesellschaften gehört, dass sie sich ständig verändern, lassen sich im Rückblick deutlich Phasen schneller und tief greifender Umbrüche von solchen verlangsamten, gelegentlich sogar blockierten Wandels unterscheiden. Für den Aufschwung faschistischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit hat der Historiker Charles Maier eindrucksvoll diese historische Phase beschleunigten gesellschaftlichen Wandels porträtiert (vgl. Maier 1980). Die These vom beschleunigten Wandel bestätigt auch eine neuere Studie zu den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien, wobei für dieses Handlungsfeld zusätzlich Politik- und Parteienverdrossenheit eine verstärkende Rolle spielt (vgl. Binder 2005).

139 Crouch bezeichnet damit eine Entwicklung, in der zwar Regierungen noch durch Wahlen gebildet werden, aber alle anderen Elemente demokratischer Kultur (politische Öffentlichkeit, engagierte Bürgerschaft, Parteienwettbewerb entlang politischer Programme und Alternativen etc.) allmählich verkümmern und durch mediale Inszenierungen und Lobbyismus ersetzt werden.

140 „2003 waren 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch, 91 Prozent globalisierungskritisch und 54 Prozent antikapitalistisch eingestellt“ (Stöss 2008: 61). Richard Stöss macht in diesem Zusammenhang auch darauf aufmerksam, dass die überwiegende Mehrheit der kapitalismus- und globalisierungskritisch Eingestellten keine rechtsextremen Orientierungen aufweisen.

krisen könnten sich die Mobilisierungsbedingungen für die extreme Rechte schlagartig verbessern, hat sich bislang nicht bestätigt. Ihre interne Mobilisierungsschwäche, besonders der aktuell desaströse Zustand der NPD, hat dazu sicherlich beigetragen. Da die Krisenfolgen für viele Menschen bislang nicht in ihrem Alltag zu spüren sind, sollte dieser Zwischenbefund aber nicht beruhigen.<sup>141</sup>

2. *Um auf das besondere Profil des Rechtsextremismus in Deutschland zu antworten, bedarf es umfassender Strategien und vielfältiger Praxisformen, die neben repressiven Einhegungen vor allem auf die Korrekturfähigkeit einer demokratischen Zivilgesellschaft und auf zivile Gegenmobilisierungen setzen und diese fördern.*

Sollten diese Lageeinschätzungen zutreffen, werden die Grenzen einer ausschließlich repressiv ausgerichteten Politik im Umgang mit Rechtsextremismus deutlich. Der gegenwärtige Rechtsextremismus in Deutschland agiert wesentlich als soziale Bewegung erfolgreich (siehe Kapitel 2.2). Parteien kann man verbieten, bewegungsförmige Mobilisierungen nicht – es sei denn, man stelle zentrale Bürgerrechte zur Disposition. Bewegungen kann man in erster Linie mit Gegenbewegungen, reduzierten Gelegenheiten zur Agitation, mit der Verweigerung öffentlicher Räume und sozialer Anerkennung und mit der Schwächung ihres gesellschaftlichen Resonanzbodens begegnen. Da Gewalt keine Randerscheinung rechtsextremer Aktionen ist, sondern integraler Bestandteil des Politikverständnisses, kommt dem Schutz potenzieller Opfergruppen eine besondere Bedeutung zu. Die Auseinandersetzungen mit dem historischen Nationalsozialismus, historische politische Bildung, Gedenkstättenarbeit etc. ist wegen des revisionistischen Grundzugs der extremen Rechten in Deutschland auch weiterhin dringend nötig.

Im Unterschied zu einigen EU-Ländern, die wie z. B. Großbritannien vor allem auf Repression setzen, besteht in der Bundesrepublik weitgehend Konsens darüber, dass es einer möglichst abgestimmten, „ganzheitlichen“ Kombination von präventiven, pädagogischen und repressiven Strategien bedarf.<sup>142</sup> Allerdings ist die Entwicklung umfassender Handlungsstrategien in der Bundesrepublik noch wenig fortgeschritten.

In ihrer Antwort auf eine große Anfrage entwickelt die Bundesregierung ein Profil, das im „Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ vom Oktober 2008 wieder aufgenommen wird. Es werden vier Säulen ausgewiesen:

- Menschenrechtspolitik sowie Menschenrechtserziehung,
- Unterstützung der Zivilgesellschaft und Stärkung der Zivilcourage,
- Förderung der Integration von Migrant/innen,
- Maßnahmen, die auf die Täter/innen und deren Umfeld zielen.

Bei diesem „Aktionsplan“ handelt es sich aber eher um eine unverbundene Ansammlung von Überschriften für einzelne Maßnahmen und Konzepte, die bereits umgesetzt werden bzw. abgeschlossen sind – nach dem Motto: Wir tun etwas. Dem Plan ist der Charakter einer Leistungsbilanz im Rahmen internationaler Verpflichtungen eigen. Zentrale Voraussetzungen für einen Aktionsplan fehlen jedoch:

- eine detaillierte Lageanalyse (Motive, Ausmaß, Formen und Folgen von Rassismus),
- strategische Handlungskonzepte mit entsprechend konkreten Zielsetzungen,
- Etappen bzw. Meilensteine ihrer Umsetzung,
- Monitoring und Wirkungsanalysen,
- Selbstverpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung über die Umsetzung.<sup>143</sup>

141 Vgl. Heitmeyer 2010 und Köhler 2009.

142 Dieses Bekenntnis findet sich auch im „Zweiten periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung“ (BMI/BMJ 2006).

143 Zur breiten Kritik am Aktionsplan vgl. ENAR 2009 und Follmar-Otto/Cremer 2009.

Auch wenn die konkrete Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren und Aktionen vor allem im lokalen Raum stattfindet, nehmen Bundes- und Landespolitik erheblichen Einfluss auf die Dynamik von Rechtsextremismus. Ihnen kommt daher eine zentrale Rolle zu, in der sie den Resonanzboden des Rechtsextremismus verringern oder dessen Entfaltungschancen erheblich beschneiden kann.

Dabei lassen sich analytisch drei Ebenen der Intervention unterscheiden:

- *Kontexte.* Auf einer primären Ebene geht es um die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Ausbreitung oder Eindämmung von Rechtsextremismus beitragen.
- *Gelegenheitsstrukturen.* Auf der sekundären Ebene geht es um die Auseinandersetzung mit institutionellen Praxisformen, die in besonderer Weise zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Rechtsextremismus und zu seiner Ausbreitung oder Zurückdrängung beitragen.
- *Direkte Auseinandersetzung.* Auf tertiärer Ebene geht es um die unmittelbare Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Deutungsmustern,<sup>144</sup> Erlebniswelten und Handlungsstrategien durch zielgerichtete Programme sowie veränderte Routinen und Regelangebote.

Wenn wir über die Eindämmung von Rechtsextremismus sprechen, müssen wir deshalb vielfältige Interventionsebenen und Politikfelder in den Blick nehmen und uns nicht allein auf die Programme konzentrieren, die sich der direkten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus widmen, wie dies auf Bundesebene weitgehend geschieht. Solche gezielten Programme sind dennoch unbedingt nötig, u. a. auch weil wir nicht warten können, bis die

Kontextbedingungen und Gelegenheitsstrukturen positiv verändert wurden. Allerdings entscheiden Entwicklungen auf diesen Interventionsebenen womöglich sehr viel stärker über die politischen Konjunkturen des Rechtsextremismus als gezielte Programme.<sup>145</sup> Dringend nötig wäre eine alle Interventionsebenen berücksichtigende, integrierte Sichtweise und Politikformulierung. In der Bundesrepublik dominieren jedoch bislang noch immer Sonderprogramme und Projekte.

3. *Eine an den Ursachen von Rechtsextremismus ansetzende Politik gegen Rechtsextremismus muss auf jene gesellschaftlichen Kontexte Einfluss nehmen, die zur Ausbreitung, aber auch zur Eindämmung von Rechtsextremismus beitragen können. Es geht um Schutzfaktoren und politikfeldübergreifende Präventionsansätze.*

In der vergleichenden Rechtsextremismusforschung gibt es einige gut bestätigte, fast triviale Befunde, die auf gesellschaftliche Erfolgs- bzw. Misserfolgsbedingungen<sup>146</sup> für rechtsextreme Mobilisierungen aufmerksam machen und durch gezielte staatliche Politik beeinflusst werden können:

- *Bildung fördern:* Rechtsextremismus ist eine Option, zu der Bildungsverlierer/innen in besonderem Maße greifen. Die Reduzierung von ungleichen Bildungschancen kann erheblich zur Prävention von Rechtsextremismus beitragen. Will man versuchen, das Niveau extrem rechter Einstellungen in West- und Ostdeutschland signifikant abzusenken, legen einige Autor/innen massive Investitionen in Bildung nahe (vgl. Bühler et al. 2005: 337). Vorrangig geht es um die Überwindung der sozialen Selektivität. Aber auch das Lerngeschehen selbst sollte vom Modell der „Belehrung“ Abschied nehmen und sich stärker als bisher an Formen des selbstregulierten Lernens orientieren. Eine

144 Ein gutes Beispiel für die Interpretation rechtsextremer Ideologiefragmente als Elemente von Deutungsmustern in rechtsextremen Bewegungen bieten Erb/Kohlstruck 2009.

145 Auf dieses Dilemma, trotz guter Programme nur begrenzte Wirkungen zu erzielen, verweist Dovermann 2009.

146 Kontextbedingungen dürfen nicht mit Kausalitätsaussagen auf individueller Ebene verwechselt werden. Wenn z.B. von einer größeren Resonanz rechtsextremer Angebote bei Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen die Rede ist, unterstellt dies keineswegs, dass Bildungsbenachteiligung notwendig zu Rechtsextremismus führt.

stärkere Öffnung der Schulen und eine demokratische Schulkultur werden als weitere Schutzfaktoren ins Spiel gebracht.

- *Soziale Sicherungen erhalten:* Ausgebaute, inklusive Sozialstaaten, auch eine europäische Sozialpolitik reduzieren erheblich die Anfälligkeit für rechtsextreme Hassparolen und Ausgrenzungen.
- *Regionale Ungleichheiten reduzieren:* Absteigende und von Abwanderung betroffene Regionen weisen erhebliche höhere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen auf als prosperierende Ballungsräume. Die Rückbesinnung auf die „alte“ Verfassungsnorm gleichwertiger Lebensverhältnisse ist hier hilfreich.
- *Mehr Demokratie wagen:* Diese Empfehlung ist mehr als eine nostalgische Erinnerung an Willy Brandt. Sie findet sich auch im SIREN-Report „Roads to Right-Wing Populism – and back“ als Empfehlung an die EU.<sup>147</sup> Aber sie ist zugleich ein Ratschlag für die Bundes-, Landes- und die kommunale Ebene. Nicht von ungefähr wird gelebte und erfahrene Demokratie als ein entscheidender Schutzfaktor gegen Rechtsextremismus angesehen – beginnend in Kindereinrichtungen und Schulen, aber dort nicht endend. Das Brandenburger Demos-Institut, das für die mobile Beratung im Lande zuständig ist, arbeitet z. B. mit der Grundannahme „Rechtsextremismus ist dort stark, wo demokratische Strukturen schwach sind!“ Schlagwortartig formuliert: „Wer eine gute Partizipationserfahrung gemacht hat, ist für den Rechtsradikalismus/ Rechtsextremismus gleichsam rettungslos verloren“ (Gessenharter 2010: 42).
- *Vielfalt als Chance begreifen.* In den urbanen Räumen mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sind frem-

denfeindliche Einstellungen deutlich niedriger. Sie sinken noch einmal dort, wo Vielfalt von den zentralen lokalen Akteuren als Quelle des Wohlstands angesehen und integrationspolitisch bekräftigt wird. Dazu gehört auch der Abbau von institutionellen Diskriminierungen und die Unduldsamkeit gegenüber Ausgrenzungen, die Personengruppen ausbürgern und verächtlich machen. Viele Großstädte haben sich schon vor etlichen Jahren auf diesen Weg begeben. Aber erst in jüngster Zeit haben der Bund und die Länder nachgezogen. Erst die massiven demografischen Probleme, besonders die Entvölkerung ganzer Landstriche und die Abwanderung der jüngeren Bessergebildeten, haben hier ein Umdenken eingeleitet. So hat sich der Ausländerbeauftragte Sachsens erstmals 2010 deutlich für eine „Willkommenskultur“ und den Abbau von Diskriminierungen für Zugewanderte (z. B. die Abschaffung der Residenzpflicht) ausgesprochen. Auch der Innenminister Sachsen-Anhalts proklamierte jüngst „Zukunft braucht Zuwanderung“. Das Zuwanderungsgeschehen spielt – anders als zu Beginn der 1990er Jahre – heute in der Bundesrepublik nicht zuletzt wegen der EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik an den Außengrenzen der Gemeinschaft nicht mehr die zentrale Rolle. Stärker ins Gewicht fallen Konflikte, die Folge des Integrationsgeschehens bereits Zugewanderter sind (z. B. Moscheebau-Konflikte). In der Ethnisierung sozialer Desintegrationsprozesse dürfte die größte Herausforderung liegen. Die Unterstützung rechtsextremer Parteien wächst in vielen Ländern mit der Zahl der Arbeitslosen. Allerdings spielt die Zahl der am Ort lebenden Zuwanderer keine mobilisierende Rolle für eine rechtsextreme Stimmabgabe.

.....

147 Die ländervergleichende Studie kommt zu dem Ergebnis: „Making the various spheres of life more democratic and actively searching for ways to enhance the control people have over their lives by empowering them to directly influence conditions that impact on their living situations seems to be crucial in this respect. Consequently, the impact assessment of European-level policies should include a consideration of their effect on the actual scope of policy-making at local, regional and national level. Scope for decision-making and support needs to be given to initiatives that aim at empowering people to influence their living situation“ (Flecker/Kirschenhofer 2004: 34).

Offensichtlich gibt es mehr Anhaltspunkte für die Kontakt- als die Konkurrenzhypothese.<sup>148</sup>

4. *Es gilt, Gelegenheiten für rechtsextreme Mobilisierungen zu reduzieren, ihnen öffentliche Räume streitig zu machen und sich mit deren Agenda offensiv zu beschäftigen.*

Von Gelegenheitsstrukturen sozialer Bewegungen sprechen wir immer dann, wenn es um günstige bzw. ungünstige Mobilisierungsbedingungen geht. Eine klassische Dimension ist z.B. die Geschlossenheit oder die Spaltung von politischen Eliten im Umgang mit rechtsextremen Parteien oder in einem bewegungsnahen Themenfeld. So hat etwa die Bereitschaft in einigen europäischen Parlamenten, mit der extremen Rechten zu kooperieren, in der Regel deren gesellschaftliche Akzeptanz und die ihrer Agenda gesteigert. Wo deren Isolierung, d.h. der „cordon sanitaire“, funktioniert, sind solche Effekte nicht eingetreten. Zu den Gelegenheitsstrukturen von – vor allem gewaltförmigen – Mobilisierungen gehören an zentraler Stelle der polizeiliche und juristische Umgang mit Protest. Wenn Verbote und Auflagen von den Akteuren als inkonsistent und eher duldsam erfahren werden, tragen sie zur Ermutigung bei. Im Falle rechtsextremer Mobilisierungen drohen ausschließlich repressive Strategien zudem, ein kämpferisches Selbstbild der Akteure („Widerstand“, „Opfer“ etc.) zu befestigen und so zur ideologischen Selbststilisierung beizutragen. Es geht neben den Gelegenheitsstrukturen aber auch um „weichere“ Faktoren wie die Deutung von sozialen Problemen. Soziale Bewegungen bieten mit ihren Überzeugungen Diagnosen und Antworten auf soziale Missstände. Auf Wahr-

heit kommt es dabei weniger an. Entscheidend ist vielmehr, ob die Deutungsangebote auf Zustimmung treffen. Die große Resonanz bestimmter Einstellungsdimensionen – wie Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, Rassismus und nationaler Chauvinismus, aber auch Demokratieverdross –, die sich zu extrem rechten Weltbildern verdichten können, aber auch unabhängig davon existieren, legen es nahe, Rechtsextremismusbekämpfung in einen erweiterten Zusammenhang zu stellen: Diskriminierung, Vorurteil, Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen – oder positiv gesagt: Respekt, Toleranz, Vielfalt, Demokratie, Menschenrechte. Besonders Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gehören heute zu den Einstellungsmustern, die in der Bundesrepublik – je nach Studie<sup>149</sup> – gesellschaftlich mehrheitsfähig sind bzw. von großen Minderheiten geteilt werden.

Die Gewaltexzesse der ersten Jahre des vereinten Deutschland bieten ein Negativbeispiel, welche Eskalationsdynamik möglich ist, wenn politische Eliten und Medien auf die Mobilisierung von Vorurteilen setzen („Das Boot ist voll!“, „Asylantenflut“) und damit fremdenfeindliche und rechtsextreme Mobilisierungen begünstigen. Umgekehrt können besonders Großstädte mit hoher Zuwanderung und einer gezielten Integrationspolitik (wie z.B. Frankfurt am Main, München, Nürnberg oder Stuttgart) darauf verweisen, dass bei ihnen die Resonanz rechtsextremer Akteure relativ gering geblieben ist.

Politisch bedeutet dies: Gelegenheitsstrukturen für rechtsextreme Mobilisierungen lassen sich nachhaltig beeinflussen. So könnte z.B. eine wirksame Antidiskriminierungspolitik und die Überwindung von Formen des institu-

148 Zu diesem Ergebnis kommt Rydgren 2008, der es nicht bei Aggregatdaten belässt, sondern diesem Zusammenhang auf der Ebene der Wohngebiete nachgeht. Arzheimer 2009: 273 macht auf den moderierenden Effekt sozialstaatlicher Sicherungssysteme aufmerksam. Sie können bei einem hohen Niveau dafür sorgen, dass Zuwanderung nicht automatisch zur stärkeren Unterstützung extrem rechter Parteien führt.

149 In der letzten Erhebung zu rechtsextremen Einstellungen von 2008 kommen Decker und Brähler in Sachen Ausländerfeindlichkeit zu dem Ergebnis: „Allen der Fragen stimmt knapp die Hälfte der Ostdeutschen zu und ein Drittel der Westdeutschen“ (Decker/Brähler 2008: 20).

tionellen Rassismus (von der Residenzpflicht bis zum verweigerten Wahlrecht, von der schulischen Benachteiligung bis zur Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt) einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Eindämmung von Rechtsextremismus darstellen.

5. *Rechtsextreme Vorstellungswelten sind komplexe Gebilde. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, solche Einstellungsmuster in ihrem Zusammenspiel aufzugreifen, sondern es liegt auch nahe, gezielt an einzelnen Einstellungselementen anzusetzen. Dies gilt besonders für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, ebenso für Antisemitismus. Um dies erfolgreich zu tun, sollte auf die Drohung mit der Keule Rechtsextremismus verzichtet werden, um den Blick für alltägliche Formen des Vorurteils und der Diskriminierung zu schärfen und in der politischen Praxis zu beantworten.*

Ohne auf die unterschiedlichen Ausdeutungen solcher Begriffe wie Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder extreme Rechte einzugehen, ist allen Definitionen gemeinsam, dass wir es mit einem zusammengesetzten Gebilde zu tun haben. Die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, ein überzogenes Nationalgefühl (Chauvinismus), Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus gehören nach einem Konsens verschiedener Forschungsgruppen zu den Kernbestandteilen rechtsextremer Ideologie (vgl. Decker/Brähler 2006: 20f.). Nur wer definitionsgemäß allen Einstellungsdimensionen zustimmt, kann als rechtsextrem gelten. Andere Studien integrieren nach dem klassischen Vorbild der Studie zur „autoritären Persönlichkeit“ von einer Forschungsgruppe um Theodor W. Adorno den Autoritarismus, aber auch Ras-

sismus und Demokratieablehnung.<sup>150</sup> Hinzu kommen aktuelle Ausprägungen wie Globalisierungskritik, Antiamerikanismus oder Antikapitalismus. Was für oder gegen die Konstruktion solcher Einstellungsbündel spricht, kann in unserem Zusammenhang vernachlässigt werden. Wichtig ist jedoch die Einsicht, dass einzelne Einstellungsdimensionen bis weit in die „Mitte“ der Bevölkerung reichen und ihnen jeweils auch gesonderte Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Konkret bedeutet dies, dass es in der politischen Auseinandersetzung nicht nur um Rechtsextremismus gehen kann, sondern Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung eigene Anstrengungen verdienen.

Diese Blickerweiterung in Richtung Antidiskriminierung und gelebte Vielfalt ist aus mehreren Gründen angesagt:

- Der angstfreie und produktive Umgang mit Vielfalt ist eine Schlüsselkompetenz in modernen Gesellschaften.<sup>151</sup> Wer diese Fähigkeit nicht erworben hat, muss mit zusätzlichen biografischen Hürden in allen Lebensbereichen und entsprechend reduzierten Lebenschancen rechnen.
- Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der vorurteilgesteuerten Abwertung von Menschengruppen gehören zu den Themen der radikalen Rechten, bei denen sie zuweilen auf gesellschaftliche Mehrheiten und die Zuarbeit aus Politik und Zivilgesellschaft hoffen (können).
- Politisch diffuse Orientierungen in Richtung Fremdenfeindlichkeit oder Autoritarismus erleichtern den Einstieg in rechtsextreme Szenen. Sie erhalten dort ihren ideologischen „Feinschliff“<sup>152</sup>. Gleichzeitig sind solche diffusen Orientierungen auch der Stoff, auf den

150 Auf die inzwischen häufig vergessene zentrale Bedeutung der Faschismuserfahrung für moderne Gesellschaftstheorien, besonders die der Frankfurter Schule, machen zwei neuere Studien aufmerksam (vgl. Ziege 2009; Salzborn 2010).

151 So die OECD-Initiative DeSeCo (Definition and Selection of Competencies), die auch den theoretischen Hintergrund für die internationalen PISA-Vergleichsstudien lieferte. Neben „interacting in heterogeneous groups“ zählt sie noch „using tools interactively“ und „acting autonomously“ zu den Kernkompetenzen (vgl. OECD 2009: 7).

152 Vorhandene diffuse Orientierungen, die sich zunächst in einem „Rohzustand“ befinden, werden im Laufe der Zeit „feingeschliffen“. Mit diesem Bild beschreibt Becker 2006 die Wirkungen rechtsextremer Milieuangebote (Musik, Stammtischparolen, gemeinsame Erlebnisse) auf passive Einsteiger/innen.

pädagogische und sozialpädagogische Gegenangebote eingehen müssen und können.

- Diskriminierende Vorteile finden sich auch bei Bevölkerungsgruppen, die als Zugewanderte keine Affinität zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aufweisen. Dies gilt z.B. für bestimmte Ausprägungen des Antisemitismus oder die Orientierung an autoritären Familienbildern und Geschlechtsstereotypen.
- Im Unterschied zu rechtsextremen Erscheinungsformen, die inzwischen weithin Aufmerksamkeit gefunden und politische Antworten hervorgebracht haben, tun sich Verantwortliche in der Bundesrepublik offensichtlich schwer, Formen der alltäglichen und strukturellen Diskriminierung als Herausforderung aufzugreifen. Die entsprechende Antidiskriminierungsgesetzgebung und die Berichterstattung über Rassismus sind erst spät, unzulänglich und auf Druck internationaler Verpflichtungen (EU, UN etc.) umgesetzt worden. Ihre praktisch-institutionelle Ausgestaltung steht noch am Anfang und lässt sehr zu wünschen übrig.
- Unter diesen Umständen droht die Debatte über Rechtsextremismus zur Verdrängung gravierender institutioneller Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen beizutragen. Ein erschreckendes Beispiel waren die unwilligen und diskriminierenden Reaktionen auf den Besuch des UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Deutschland.<sup>153</sup> Dass die Bundesrepublik zum Objekt einer Inspektion geworden war, die systematische Menschenrechtsverletzungen im Bildungsbereich untersucht, löste Empörung und ungläubiges Staunen aus. Dabei hatten nicht zuletzt die PISA-Studien eine menschenrechtlich nicht hinnehmbare Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch von

Schüler/innen aus bildungsfernen Schichten im deutschen Bildungssystem sichtbar gemacht. Diese Praxis widerspricht zentralen menschenrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus internationalen Vertragswerken ergeben, die Regierungen der Bundesrepublik unterzeichnet haben (z.B. der Wirtschafts- und Sozialpakt oder die Kinderrechtskonvention). Ähnliche Diskriminierungsprofile lassen sich auch im Ausbildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt identifizieren.

In den Handlungsansätzen fällt nicht nur die weitgehende Fixierung auf Rechtsextremismus und die Vernachlässigung der Einstellungs- und Verhaltensbestandteile auf, die nicht in dieser Weise politisch zugespitzt sind. Es werden auch wichtige Faktoren nicht systematisch in die Präventionsdebatte einbezogen. Dazu gehört vor allem der Umgang mit Integration, Migration und Fremdenfeindlichkeit. Während sich zahlreiche Kommunen seit Jahrzehnten um Chancengerechtigkeit bemühen, ist die Debatte auf Bundesebene durch eine lang andauernde Weigerung geprägt, sich überhaupt mit der Realität auseinanderzusetzen, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Dies ist erst in den letzten Jahren – oft halbherzig – der Fall, ironischerweise in einer Situation, in der die Bundesrepublik sich eher in Richtung negativer Wanderungsbilanzen entwickelt. Die damit verbundene Erfahrung der Diskriminierung und fehlenden Anerkennung ist in verschiedenen Untersuchungen eindrucksvoll belegt worden. Nach einer aktuellen europäischen Vergleichsstudie glauben nur elf Prozent der in Hamburg und Berlin befragten Muslime, dass sie von Deutschen ebenfalls als solche betrachtet werden. Nur ein Viertel der Befragten identifiziert sich mit Deutschland, aber immerhin 70 Prozent mit der Stadt, in der sie wohnen (OSI 2009).

.....

153 Zu den Umständen dieses Besuchs im Frühjahr 2006 und den Schwierigkeiten, eine menschenrechtliche Perspektive auf das Thema Bildung zu etablieren vgl. Overwien/Prengel 2007.

6. Die gezielte öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen ist unverzichtbar. Hier liegen die Aufgaben spezifischer Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen ist alles andere als einfach. Dies liegt schon an der Palette der Verhaltensweisen, um die es geht. Parteien brauchen andere Antworten als Kameradschaften, eine Nazirock-Veranstaltung ist etwas anderes als der Protestmarsch gegen eine Wehrmachtsausstellung. Auch die Anerkennungs- und Aufwertungsangebote, die z. B. in der Anrufung einer rassistisch homogenen Volksgemeinschaft liegen, lassen sich in der Regel nicht mit der Kraft der besseren Argumente aus dem Feld schlagen. Vielmehr braucht es glaubwürdige Alternativen, die oft nur schwer demonstriert werden können. Rechtsextremismus lebt stark von der Intensität der Gefühle seiner Anhänger/innen: von der Wut, „Opfer“ zu sein, über die fiktive Geborgenheit in der „Kameradschaft“ bis hin zu den entgrenzten Machtgefühlen, die sich einstellen, wenn anderen Furcht und Schrecken eingejagt und in Gewaltakten bestätigt werden kann. Es geht auch um solche Bauchgefühle, die für die Mobilisierungsbereitschaft zentral sind.

Mit Blick auf die gängige Unterscheidung zwischen Einstellungen und Handlungen lassen sich zunächst Konzepte unterscheiden, die auf Überzeugungen, d. h. auf Deutungsmuster, Vorurteile, politische Weltbilder etc. Einfluss nehmen wollen. Hierzu gehört das weite Feld pädagogischer und sozialpädagogischer Konzepte, die den Schwerpunkt der meisten Programme gegen Rechtsextremismus bilden. In einer Expertise von 2002 hatte Kurt Möller bereits 17 Praxiskonzepte identifiziert, die von historischer Bildung, Demokratie- und Toleranz-erziehung, der frühen Vermittlung sozialer Kompetenzen und moralischer Urteilskraft über Mediation und Streitschlichtung bis zur Erlebnispädagogik reichen (vgl. Möller 2002). Ihre Strategien bewegen sich zwischen Wissensvermittlung und Erfahrungslernen. Einige

dieser pädagogischen Formate haben sich international bewährt und sind mehrfach evaluiert worden, andere werden weiter eingesetzt, obwohl ihr Nutzen in Zweifel gezogen worden ist. Die Zahl der Ansätze hat sich seit 2002 deutlich erhöht, wobei folgende Tendenzen zu beobachten sind:

- Der Schwerpunkt liegt heute stärker auf Erfahrungslernen, auf pädagogischen Konstellationen, die Selbsterfahrung und Selbstreflexion ermöglichen. Dies widerspricht nicht der Einsicht, dass es auch darauf ankommt, immer neue Wissensbestände für wechselnde Zielgruppen aufzubereiten (Informationen über die Ideologien rechtsextremer Gruppierungen, über ihre Codes, Symbole und Kleiderordnungen, über ihre historischen Vorbilder etc.).

Hinzu kommt, dass bestimmte Formen des Erfahrungslernens niedrigere soziale und Bildungsbarrieren aufweisen. Damit sind sie für wichtige Zielgruppen leichter zugänglich. Rollenspiele, theaterpädagogische Ansätze, Trainings etc. versprechen zudem mehr Nachhaltigkeit, weil sie stärker mit den Erlebniswelten der Zielgruppen verbunden werden können.

Im Kontext des voranschreitenden Präventionsdenkens gewinnen frühe, vorschulische Konzepte an Bedeutung. Alle Instanzen der Primärerziehung (Eltern, Kindereinrichtungen) geraten in den Blick, wenn es um den Erwerb basaler sozialer Kompetenzen, von Empathie und moralischer Sensibilität geht. Als besonderer Schutzfaktor werden zudem Selbstwirksamkeitserfahrungen betont, die nicht zuletzt durch erfolgreiche Beteiligungserfahrungen vermittelt werden. Gefördert werden sollen Kompetenzen, die in vielfältiger Weise nützlich sein können, aber eben auch als Schutzfaktoren im Umgang mit rechtsextremen Gedankenwelten wirken können. Besonders wichtig ist der Einsatz in Programmen und Veränderungs-zonen, in denen versucht wird, progressive Antworten auf die neuen Herausforderungen zu geben und die Beteiligten darin zu bestärken, neue Wege zu suchen und zu gehen. Entlang des Lebenslaufs geht es z. B. um den Ausbau von Elternprogrammen zur Überwindung autoritärer Erziehungsformen,



um die Vermittlung von partizipativen, sozialen Kompetenzen, von moralischer Urteilskraft und empathiestärkender Vorschulerziehung und Bildung (durch beteiligungsorientierte Kita-Verfassungen und frühe Selbstwirksamkeitserfahrungen durch Mitbestimmung), um eine demokratische Schulkultur und selbstreguliertes Lernen, um lokale Bildungslandschaften<sup>154</sup> statt Anstaltsschulen, um die Öffnung der Schulen ins Gemeinwesen, um die Anerkennung und Förderung informellen Lernens im bürgerschaftlichen Engagement (Beispiel: Service-Learning), um das Übergangsmanagement Schule/Beruf als lokale Aufgabe, um die Verantwortlichkeit der Älteren und Alten für den Zustand von Zivilgesellschaft und Demokratie und einen demokratischen Generationenvertrag.

Es gehört zu den Vorzügen solcher Ansätze der Primärprävention, dass sie in der Regel in verschiedenen Dimensionen hilfreich sind. Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstwirksamkeitserfahrungen stärken nicht nur die Resilienz gegenüber Rechtsextremismus, sie fördern auch Wohlbefinden und Gesundheit. Nicht der Mehrfachnutzen stellt ein Problem dar, sondern unerwünschte Nebenfolgen.

Für die tertiäre Ebene, d.h. die direkte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, kommt neben den repressiven Strategien<sup>155</sup> vor allem den Bundesprogrammen des BMFSFJ eine besondere Rolle zu. Die im Jahr 2000 beschlossenen und seit 2001 praktizierten, 2003 heftig angefeindeten und seit 2006 ohne zeitliche Befristung fortgesetzten Bundesprogramme haben unbestreitbare Verdienste. Die ausführliche Analyse in Kapitel 3 zeigt, dass nach zehn Jahren jedoch auch die konzeptionellen Grenzen überdeutlich sind. Dennoch ist das Fortführen und die Weiterentwicklung dieser

Programme von erheblicher Bedeutung für die Arbeit gegen Rechtsextremismus.

*7. Die besondere Herausforderung besteht darin, Rechtsextremismus als Daueraufgabe zu begreifen und gezielte institutionelle Reformen und Veränderungen in diese Richtung anzupacken. Dies ist mit Modellprogrammen und Projekten allein nicht zu erreichen.*

Ein Großteil der Praxis gegen Rechtsextremismus vollzieht sich in Projekten und Modellprogrammen, während die Regelbereiche weitgehend unangetastet geblieben sind. Aber genau dort wäre anzusetzen, wenn nicht nur einige wenige Menschen in Sonderprogrammen, sondern die große Zahl in ihren regulären Einrichtungen erreicht werden sollen. Unstrittig sind z.B. die präventiven Wirkungen einer demokratischen Schulkultur, die zudem lernfördernd wirken kann. Nötig sind auch Bildungsprozesse, die auf Vielfalt, Respekt und Anerkennung ausgerichtet sind, d.h. der Realität einer herkunftsheterogenen Gesellschaft gerecht werden. Kommunen, die ihre Gesundheitseinrichtungen und andere Regeldienste interkulturell öffnen und für ihre vielfältige Bevölkerung fit machen, sind ein Gebot der Stunde. Die Liste wünschenswerter Veränderungen im gesellschaftlichen Normalbetrieb ist in den letzten Jahren immer länger geworden. Dies verweist zunächst auf institutionelles Beharrungsvermögen, gesellschaftliche Blockaden und Rückentwicklungen, die durch den Stachel Rechtsextremismus erfahrbarer geworden sind. Aber diese aktuelle Liste der Veränderungswünsche gäbe es nicht ohne eine Fülle von konkreten Projekten und Initiativen in allen Lebensbereichen, die sich phantasievoll im Hier und Heute für die Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten einsetzen.

154 Exemplarisch z.B. das BMFSFJ-Projekt „Elternbeteiligung und Gewaltprävention in kommunalen Bildungs- und Erziehungslandschaften“.

155 Hierzu zählen auf Bundesebene besonders Organisations- und Parteienverbote sowie strafrechtliche Regelungen und ihre Umsetzung. Auf sie wird hier nicht näher eingegangen. Die meisten wissenschaftlichen Beobachter/innen gehen davon aus, dass die repressiven Möglichkeiten in der Bundesrepublik systematisch ausgereizt, wenn auch nicht immer konkret umgesetzt sind. Während das Bundesverfassungsgericht in seinem Wunsiedel-Urteil vom 4.11.2009 die Möglichkeit des Gesetzgebers bekräftigt hat, der NS-Propaganda Grenzen zu setzen, hat es im Kontext des abgewiesenen NPD-Verbotsverfahrens Hürden definiert, die durch die vorherrschende Verfassungsschutzpraxis nicht überwunden werden können.

## Abkürzungen

ADL	Anti-Defamation League
AgAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006
AKG	Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe
AKT	Antigewalt- und Kompetenztraining
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
CC	Corporate Citizenship
CSR	Corporate Social Responsibility
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DVU	Deutsche Volksunion
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz)
ENAR	European Network Against Racism (Europäisches Netzwerk gegen Rasismus)
ESF	Europäischer Sozialfonds
EUMC	European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit)
FRA	European Agency for Fundamental Rights (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte)
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten (Nachfolgestaaten der Sowjetunion)
HWK	Handwerkskammer
IDEA	International Institute for Democracy and Electoral Assistance
IHK	Industrie- und Handelskammer
JN	Junge Nationaldemokraten
KOREX	Koordinierungs- und Informationsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
LAP	Lokaler Aktionsplan
MBT	Mobiles Beratungsteam
MBR	Mobile Beratung
MEGA	Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit

NDC	Netzwerk für Demokratie und Courage
NDK	Netzwerk für Demokratie und Kultur
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule
SKA	Sozialkompetenz in der Ausbildung
TOA	Täter-Opfer-Ausgleich
TOMEG	Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt
VAJA	Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V.

## Literatur

- Addy, David Nii (2003): Diskriminierung und Rassismus. Internationale Verpflichtungen und nationale Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- ADL [Anti-Defamation League] (2009): Attitudes toward Jews in seven European countries. New York.
- AK Ruhr/LAGA NRW (Arbeitskreis gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen/Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen) (2010): Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland. Neufassung 2010. Essen: Amt für zentralen Service.
- Albrecht, Peter-Georg et al. (2007): Wir und die anderen: Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West. Wiesbaden: VS Verlag.
- Allievi, Stefano (2009): Conflicts over Mosques in Europe: Policy Issues and Trends – NEF Initiative on Religion and Democracy in Europe. London: Network of European Foundations.
- Amadeu Antonio Stiftung (2006): Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Amadeu Antonio Stiftung (2008): „Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Amna, Erik (2010): Active, Passive, or Stand-by Citizens? Latent and Manifest Political Participation. In: ders. (Hrsg.): New Forms of Citizen Participation. Normative Implications. Baden-Baden: Nomos, S. 191–203.
- Art, David (2007): Reacting to the Radical Right. Lessons from Germany and Austria. In: Party Politics (13) 3, S. 331–349.
- Auernheimer, Georg et al. (1998): Interkulturelles Lernen. Arbeitshilfen für die politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Arzheimer, Kai (2009): Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980–2002. In: American Journal of Political Science 2 (53), S. 259–275.
- Bauerkämper, Arnd (2006): Der Faschismus in Europa 1918–1945. Stuttgart: Reclam.
- Becker, Reiner (2006): Der „Feinschliff“. Persönliche Beziehungsnetzwerke und ihre Bedeutung in der Verfestigung rechtsextremistischer Orientierungen. In: Neue Praxis 3, S. 285–307.
- Beelmann, Andres (2008): Evaluation und Qualitätssicherung, in: BMI (Hrsg.): Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: BMI, S. 65–92.
- Beelmann, Andreas/Jonas, Kai J. (Hrsg.) (2009): Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche & Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Binder, Tanja (2005): Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen? Berlin: WZB (SP IV 2005–203).
- Bleich, Erik (2007): Hate Crime Policy in Western Europe: Responding to Racist Violence in Britain, Germany, and France. In: American Behavioral Scientist (51) 2, S. 149–165.
- Bleich, Erik/Hart, Ryan K. (2008): Quantifying Hate: The Evolution of German Approaches to Measuring ‚Hate Crime‘. In: German Politics (17) 1, S. 63–80.

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): Soziale Kompetenz für Kinder und Familien. Ergebnisse der Erlangen-Nürnberger Entwicklungs- und Präventionsstudie. Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Berlin (Download unter: [www.entimon.de](http://www.entimon.de)).
- BMI – Bundesministerium des Innern (2008): Nationaler Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz. Berlin: BMI.
- BMI – Bundesministerium des Innern (2009): Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin: BMI.
- BMI/BMJ – Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): Zweiter periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Bundesregierung.
- Borstel, Dierk (2005): Community Coaching – ein Ansatz der kommunalen Demokratieentwicklung. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 49–53.
- Borstel, Dierk (2009): Rechtsextremismus vor Ort erkennen und couragiert handeln – Ergebnisse des Modellprojekts „Sozialraumanalyse zum Zusammenleben vor Ort“ am Beispiel der Stadt Wernigerode. In: Landeszentrale, S. 25–39.
- Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (Hrsg.) (1997): Die Wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Band 2. Münster: Votum.
- Bohn, Irina (2007): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms. In: BMFSFJ (Hrsg.): Evaluation der sozialpädagogischen Praxis. Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe QS 11. Bonn: BMFSFJ, S. 61–71.
- Borchert, Ralf (2004): „...bisschen was Derberes“. Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft am Beispiel Weimar. Jena: Glaux Verlag.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.) (2009): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brettfeld, Karin/Wetzels, Peter (2007): Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Hamburg/Berlin: Universität Hamburg/Bundesministerium des Inneren.
- Brumlik, Micha (1989): Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Gefühl. In: Heitmeyer, Wilhelm/Möller, Kurt/Sünker, Heinz (Hrsg.): Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung. Weinheim und München: Juventa, S. 175–189.
- Bürk-Matsunami, Thomas/Selders, Beate (2005): Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg. Potsdam: Ms.
- Bundesregierung (2002): Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt (BT-Drucksache 14/9519).
- Burschel, Friedrich (Hrsg.) (2010): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Busmann, Kai-D./Werle, Markus (2004): Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt: Standortnachteil Ost, In: Neue Kriminalpolitik (16) 3, S. 96–99.
- Busmann, Kai-D./Werle, Markus (2004a): Kriminalität – Standortfaktor für betriebliche Entscheidungen? In: Neue Kriminalpolitik (16) 3, S. 90–95.

- Crane, Andrew/Matten, Dirk/Moon, Jeremy (2008): *Corporations and Citizenship*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver et al. (2008): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Denninger, Erhard et al. (Hrsg.) (1977): *Freiheitliche demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Deutsche Sportjugend (dsj) (Hrsg.) (2009): *Eine Frage der Qualität: Vereine & Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport*. Frankfurt/M.: dsj.
- Deutscher Bundestag (2009): *Neuausrichtung der bisherigen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau u.a. Fraktion DIE LINKE (BT-DS 17/162)*. Berlin: BT-Drucksache 17/364 vom 23.12.2009.
- Dovermann, Ulrich (2008): *Politische Bildung für extremistische Straftäter – ein Projekt der bpb im Jugendstrafvollzug*, in: BMI (Hrsg.): *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin: BMI, S. 177–197.
- Dovermann, Ulrich (2009): *Wieso bringen die vielen Projekte so wenig?*. In: Kulick/Staud, S. 138f.
- Düx, Wiebken et al. (Hrsg.) (2008): *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Eatwell, Roger/Goodwin, Matthew J. (Hrsg.) (2010): *The New Extremism in 21st Century Britain*, London/New York: Routledge.
- Eatwell, Roger/Mudde, Cas (Hrsg.) (2009): *Western Democracies and the New Extreme Right Challenge*, London/New York: Routledge (zuerst 2004).
- ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) (2009): *ECRI-Bericht über Deutschland (vierte Prüfungsrunde)*, Strassbourg.
- Edelman, Murray (1988): *Erzeugung und Verwendung sozialer Probleme*. In: *Journal für Sozialforschung*, 2 (28), S. 175–192.
- Erb, Rainer/Kohlstruck, Michael (2009): *Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung*. In: Braun et al. 2009, S. 419–439.
- ENAR (European Network Against Racism) (2009): *Racism in Germany. ENAR Shadow Report 2008*, Brüssel: ENAR.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hrsg.) (1996): *Wohlfahrtspluralismus: vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2004): *Roads to Right-Wing Populism – and Back. The SIREN Policy Recommendations Report*. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt.
- Follmar-Otto, Petra/Cremer, Hendrick (2009): *Der Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland gegen Rassismus. Stellungnahme und Empfehlungen*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- FRA [European Agency for Fundamental Rights] (2009): *Anti-Semitism – Summary overview of the situation in the European Union 2001–2008*, Wien.
- FES (Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin) (Hrsg.) (2006): *Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage. Dokumentation einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Dezember 2005*. Berlin: FES (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/berlin/03632.pdf>; 12.05.2010).

- Frindte, Wolfgang/Preiser, Siegfried (2007): Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11, S. 32–38.
- Frölich, Margrit et al. (Hrsg.) (2007): *Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen*. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gensicke, Thomas (2010): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys (Monitor Engagement Ausgabe Nr. 2). Berlin: BMFSFJ.
- GPRA (Gesellschaft Public Relations Agenturen) (2010): *GPRA-Vertrauensindex Februar 2010* (<http://prreport.de/aktuell/gpra-vertrauensindex/februar-2010/>; 25.04.2010).
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.) (1998): *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland*. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. Opladen: Leske+Budrich.
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.) (2007): *Evaluationen präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus*. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle: DJI.
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2007): *Erlebniswelt Rechtsextremismus*. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Glötz, Peter (2001): *Gesamtstrategie statt Ersatzhandlungen*. Anmerkungen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 1–2, S. 9–13.
- Grell, Britta et al. (2009): *Hate Crime Monitoring and Victim Assistance*. Warschau/Berlin: Nigdy Wiecej/Opferperspektive.
- Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.) (2006): *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gulbins, Guido et al. (2007): „Denn sie wissen nicht, was sie tun“? Evaluation aufsuchender Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: *deutsche jugend* (55) 12, S. 526–534.
- Gulbins, Guido/Rosenbaum, Dennis (2009): *Integration statt Hass*. Einblicke in die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit anhand biografischer Ausschnitte zweier rechtsextrem orientierter Jugendlicher. In: *Jugendhilfe* (47) 1, S. 36–42.
- Gulbins, Guido/Rosenbaum, Dennis (2009a): „Die können ja leben, aber nicht hier!“ Erfahrungen aus der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. In: *Unsere Jugend* (61) 2, S. 62–75.
- Hafeneger, Benno/Paul, Gerhard/Schoßig, Bernhard (Hrsg.) (1981): *Dem Faschismus das Wasser abgraben*. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. München: Juventa.
- Hafeneger, Benno et al. (2010): *Folgenreiche Realitätsverleugung: Extremismusbekämpfung*. In: *Praxis Politische Bildung* 1 (14), S. 69–73.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2008): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hauß, Sebastian (2008): *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*. In: *Roth/Rucht*, S. 447–473.
- Heinrich, Gudrun (Hrsg.) (2004): *Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus*. Rostock: Universität Rostock.
- Heinrich, Gudrun (2008): *Die NPD als Bewegungspartei*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, (21) 4, S. 29–38.
- Heitmann, Helmut/Korn, Judy (2007): *Präventionsarbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen im Jugendstrafvollzug*. In: *Schoeps et al.*, S. 237–241.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002–2009): *Deutsche Zustände*. Folge 1–7. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): *Deutsche Zustände*. Folge 8. Berlin: Suhrkamp.
- Held, Josef et al. (2008): *Rechtsextremismus und sein Umfeld*. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis. Hamburg: VSA.

- Hinterhuber, Eva Maria (2009): Abrahamischer Dialog und Zivilgesellschaft. Eine Untersuchung zum sozial-integrativen Potenzial des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung. Wiesbaden: VS Verlag.
- ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik)/Camino (2009): Gesamtbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2008 – 31.08.2009 der Wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Frankfurt/M.: ISS.
- Jäger, Johannes (2003): Strategien gegen rechtsextreme Orientierungen. In: Soziale Arbeit 4, S. 122–130.
- Jaschke, Hans-Gerd (1991): Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- John, Dominique (2008): Opferperspektive Brandenburg. In: RAA Brandenburg, S. 59–63.
- Kabakci-Kara, Funda (2009): Eltern- und Kindertraining für Familien türkischer Herkunft. Evaluation einer selektiven Präventionsmaßnahme. Erlangen/Nürnberg: Diss. ([www.opus.ub.uni-erlangen.de/opus/volltexte/2009/1448](http://www.opus.ub.uni-erlangen.de/opus/volltexte/2009/1448)).
- Kandt, Klaus (2007): Polizeiliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Brandenburg. In: Schoeps et al., S. 230–236.
- Karapin, Roger (2007): Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right since the 1960s, University Park: The Pennsylvania University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995): The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor: Michigan University Press.
- Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg: Hamburger Edition.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: dies., S. 7–41.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.) (2006): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition & Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kleff, Sanem/Seidel, Eberhard (2009): Diversity. Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin: Thesenpapier Berliner Beratungsnetzwerk.
- Kleger, Heinz (1996): Bürgerbewegungen gegen Fremdenhass. In: Berliner Debatte. Initial, 1 (7), S. 55–72.
- Klein, Anna/Hüpping, Sandra (2008): Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 73–94.
- Klein, Ludger (2007): Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Klump, Andreas (2004): Freiheit den Feinden der Freiheit? Die Konzeption der streitbaren Demokratie in Deutschland – demokratietheoretische Grundlagen, Praxis, Kritik und Gegenkritik. In: BMI (Hrsg.): Extremismus in Deutschland, Berlin: BMI, S. 338–389.
- Koch, Reinhard/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2009): Ein- & Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Braunschweig: Arbeit & Leben Niedersachsen.
- Köhler, Timm (2009): Die extreme Rechte als Gewinner der Krise? Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Demokratie und Gesellschaft. Zusammenfassung einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kösemen, Orkan (2009): Strategies against the Radical Right in Europe. In: Bertelsmann Stiftung, S. 547–557.
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Krüger, Katharina (2009): Was tun gegen Rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Berlin: Landeskommision gegen Gewalt.



- Koordinierungsgruppe gegen Rechtsextremismus (2007): Handlungsempfehlungen gegen Rechtsextremismus (Beschluss vom 29.6.2007) (verschiedene Internetversionen).
- Korgel, Lorenz (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums. In: Molthagen/Korgel, S. 251–267.
- Kühnel, Wolfgang (2006): Bewältigungsmuster und Gruppenprozesse im Jugendstrafvollzug, in: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Hrsg.): Forschungsverbund Desintegrationsprozesse. Abschlussbericht. Bielefeld: IKG, S. 283–305.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas (2010): Religion and Prejudice in Europe: New Empirical Findings – NEF Initiative on Religion and Democracy in Europe. London: Network of European Foundations.
- Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hrsg.) (2009): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss, und wie man sich wehren kann. Köln: Kiepenheuer & Witsch, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2002): Düsseldorfer Gutachten. Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Düsseldorf: Landeshauptstadt.
- Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2009): Rechtsextremismus im Alltag: Hingucken und Einmischen! Dokumentation der Landeskonferenz des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt am 19. November 2009. Magdeburg: LZpB.
- Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.) (2002): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lukas, Veronika/Lukas, Helmut (2007): Evaluation des Modellprojekts „Präventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg“. Berlin: social.consult.
- Lynam, Siobhan (2007): A Strategy Guide for Community Development Projects, Family Resource Centres & Partnerships. Supporting the Implementation of the National Action Plan Against Racism and towards the EU Year of Intercultural Dialogue 2008. Dublin: Pobal/NCCRI.
- Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hrsg.) (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen: Leske + Budrich.
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim: Juventa.
- MBR – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin: MBR.
- MBR – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2008): Handlungsräume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen. Berlin: MBR.
- MBR – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2009): Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur. Berlin: MBR.
- Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hrsg.) (2009): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorien und -forschung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Menke, Barbara et al. (Hrsg.) (2003): Ermutigung zur Zivilcourage. Beiträge der politischen Bildung zu einer Kultur der Anerkennung und Vielfalt. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Meyer, Gerd et al. (Hrsg.) (2004): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Minkenber, Michael (1998): Die Erneuerung der radikalen Rechten in westlichen Demokratien: USA, Frankreich und Deutschland im Vergleich. In: Gessenharter/Fröchling, S. 253–279.
- Minkenber, Michael (2003): Repressionsstrategien gegen Rechtsradikalismus und Gewalt. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (16) 4, S. 31–42.
- Minkenber, Michael (2008): The Radical Right in Europe. An Overview. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Minkenberg, Michael/Erb, Rainer (2006): Repression und Reaktion. Wirkung von Repression auf rechtsradikale Gruppen. In: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Hrsg.): Forschungsverbund Desintegrationsprozesse. Abschlussbericht. Bielefeld: IKG, 189–207.
- Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vor dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegrationsprozessen. Esslingen/Bielefeld (Ms.).
- Mohr, Irina/Molthagen, Dietmar (Hrsg.) (2007): Der Aufstand der Zuständigen. Was kann der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus tun? Ergebnisse einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. März 2007. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (<http://library.fes.de/pdf-files/do/04878.pdf>; 12.05.2010).
- Molthagen, Dietmar/Klärner, Andreas/Korgel, Lorenz/Pauli, Bettina/Ziegenhagen, Martin (Hrsg.) (2008): Lern und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn: Dietz Verlag.
- Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. (<http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>; 12.05.2010).
- Mudde, Cas (1996): The War of Words Defining the Extreme Right Party Family. In: *West European Politics* (19) 2, S. 225–248.
- Mücke, Thomas/Heitmann, Helmut/Korn, Judy o.J.: Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt. Arbeit mit fundamentalistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern mit Migrationshintergrund innerhalb des Jugendstrafvollzugs. Das Curriculum der Trainingskurse. Berlin: Violence Prevention Network.
- Müller, Andreas (2007): Überlegungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im Strafverfahren. In: Mohr/Molthagen, S. 87–94.
- Müller, Andreas o.J.: Jugendstrafrecht und „Vollzug zwischen Helfen und Strafen“: Brauchen wir neue staatsanwaltschaftliche und jugendrichterliche Möglichkeiten? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Narr, Wolf-Dieter (2009): Die „fdGO“ als Waffe. Keine Freiheit den Feinden der Freiheit? In: *Cilip. Bürgerrechte und Polizei*, (93) 2, S. 53–60.
- Nattke, Michael (2009): Rechtsextreme Einstellungen von BerufsschülerInnen. Eine empirische Untersuchung. Dresden: Heinrich Böll Stiftung Sachsen.
- Nauditt, Kristina/Wermerskirch, Gerd (2009): Rechtsextremismus und Moscheekonflikt. Veränderungsarbeit in extremen Spannungsfeldern. In: *OrganisationsEntwicklung*, 3, S. 31–39.
- Neckel, Sighard/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (2008): *Mittendrin im Abseits: ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nicolaus, Herbert (2004): Prävention von Rechtsextremismus als unternehmerische Aufgabe – am Beispiel der EKO Stahl GmbH. In: *Kursiv. Journal für politische Bildung*, 3, S. 48–57.
- Nicolaus, Herbert (2009): Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, für Vielfalt und Toleranz von Unternehmen. ArcelorMittal Eisenhüttenstadt: Ein Praxisbeispiel. Eisenhüttenstadt: ArcelorMittal.
- Nunner-Winkler, Gertrud/Nikele, Marion/Wohlrab, Doris (2005): Partikularismus und Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland. In: *Leviathan* (33) 2, S. 149–181.
- OECD (2009): *21st Century Skills and Competences for New Millenium Learners in OECD Countries* (Education Working Papers No. 41). Paris: OECD.
- Oepke, Maren (2007): Von Haus aus rechtsextrem? Zur Bedeutung innerfamiliärer Transmissionswirkungen bei rechtsextremen Orientierungen. In: *Jahrbuch Jugendforschung*, 7. Ausgabe. Wiesbaden: VS Verlag.
- Özsöz, Figen (2008): Hasskriminalität. Auswirkungen von Hafterfahrungen auf fremdenfeindliche jugendliche Gewalttäter. Freiburg im Breisgau: MPI für ausländisches und internationales Strafrecht (Forschung aktuell 40).

- Overwien, Bernd/Prenzel, Annedore (Hrsg.) (2007): Recht auf Bildung. Zum Besuch des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Deutschland. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2008): Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterial zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen. Weinheim/München: Juventa.
- Patton, Michael Quinn (1998): Die Entdeckung des Prozessnutzens. Erwünschtes und unerwünschtes Lernen durch Evaluation. In: Heiner, Maja (Hrsg.): Experimentierende Evaluation. Weinheim, S.55–66.
- Paxton, Robert O. (2006): Anatomie des Faschismus. München: DVA.
- Peters, Jürgen/Hoffmann, Hans/Schmode, Udo (Hrsg.) (2005): Handeln gegen rechts. Xenos – Berichte aus der Praxis, Hamburg: VSA.
- Petersen, Lars-Eric/Six, Bernd (Hrsg.) (2008): Stereotype, Vorurteil und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz.
- Petry, Christian (1993): Wer Ausländer diskriminiert, schadet der deutschen Wirtschaft. In: Kahane, Anetta/Torossi, Eleni (Hrsg.): Begegnungen, die Hoffnung machen. Freiburg: Herder, S.191–2007.
- Petry, Christian (2008): Gastarbeiter, Ausländer, Mitarbeiter. Vielfalt und Integration am Beispiel des Unternehmens Freudenberg in Weinheim. In; Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.273–281.
- Petry, Christian (2010): Religion und Demokratie. Fünf Thesen zu einem Stiftungsprojekt. In: BBE-Newsletter 3/2010.
- RAA – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Neue Länder (Hrsg.) (1995): Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Handbuch zu interkulturellen Projekten der RAA in den neuen Bundesländern. Berlin: RAA Neue Länder.
- RAA – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (Brandenburg (Hrsg.) (2008): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam: Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg.
- Rauschenbach, Thomas/Düx, Wiebken/Sass, Erich (Hrsg.) (2006): Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimension der Bildungsdebatte. Weinheim und München: Juventa.
- Reichardt, Sven (2002): Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Reinhardt, Sibylle (2006): Unterricht gegen „rechts“ – geht das? Der Fall EKO-Stahl. Vorschlag für eine Fallstudie zur Auseinandersetzung Lernender mit Ausländerfeindlichkeit in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 3.
- Ridder, Helmut (1984): Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung. In: Azzola, Axel et al.: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Alternativkommentar). Band 2. Neuwied und Darmstadt: Luchterhand, S.1408–1494.
- Rieker, Peter (2007): Fremdenfeindlichkeit und Bedingungen der Sozialisation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37, S.31–38.
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim/München: Juventa.
- Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.) (2006): Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective. Halle: DJI.
- Rommelspacher, Birgit (2006): „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt/M.: Campus.
- Roth, Roland/Benack, Anke (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts – Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung ([www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft)).
- Roth, Roland (2003): Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, (16) 4, S.20–30.

- Roth, Roland (2006): Abschied von der Zivilgesellschaft. Kritische Anmerkungen zur zweiten Runde der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, (19) 4, S. 6–15.
- Roth, Roland (2008): Ideen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4 (21), S. 115–121.
- Roth, Roland (2009): Handlungsoptionen zur Vitalisierung von Demokratie. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung (Download: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-DF8A8405-AECD555D/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_29175\\_29176\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-DF8A8405-AECD555D/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf)).
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter/Heitmeyer, Wilhelm (2008): Mobilisierung von und für Migranten. In: Roth/Rucht, S. 573–592.
- Rydgren, Jens (2003): Meso-level Reasons for Racism and Xenophobia. Some Converging and Diverging Effects of Radical Right Populism in France and Sweden. In: *European Journal of Social Theory*, 1 (6), S. 45–68.
- Rydgren, Jens (2008): Immigration sceptics, xenophobes or racists? Radical right-wing voting in six West European countries. In: *European Journal of Political Research* (47), S. 737–765.
- Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt/New York: Campus.
- Schauka, Frank (2009): Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Einsichten von Strafgefangenen. Potsdam: AWO Landesverband Brandenburg.
- Schellenberg, Britta (2005): Rechtsextremismus und Medien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 42, S. 39–45.
- Schellenberg, Britta (2008): Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. München: CAP.
- Schellenberg, Britta (2009): Country Report Germany. In: Bertelsmann, S. 179–248.
- Schellenberg, Britta (2009a): Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa. München: CAP.
- Schellenberg, Britta (2010): Rechtsradikalismus in Europa: Trends, Themen und Gegenstrategien. In: Spöhr/Kolls, S. 79–100.
- Schicht, Günter (2007): Menschenrechtsbildung für die Polizei. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.) (1983): Faschismus als soziale Bewegung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schmid, Hansjörg/Akca, Almila Ayse/Barwig, Klaus (2008): Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitz, Adelheid/Häusler, Alexander (2008): Aktiv für eine vielfältige, soziale und demokratische Stadt – kommunale Strategien gegen die extreme Rechte. In: Häusler, S. 241–257.
- Schneider, Hans Joachim (2006): Hass-Gewalt-Delinquenz junger Menschen. In: BMJ (Hrsg.): Hasskriminalität – Vorurteilkriminalität. Projekt Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen. Band 1, Berlin: BMJ, S. 43–82.
- Schneider, Helmut/Stange, Waldemar/Roth, Roland (2009): „Kinder ohne Einfluss? Eine Studie des ZDF zur Beteiligung von Kindern in Familie, Schule und Wohnort in Deutschland 2009“. Mainz: ZDF 2009 (Download: <http://unternehmen.zdf.de/fileadmin/files/Download>).
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.) (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schulte, Axel (2006): Diskriminierung als soziales Problem und politische Herausforderung. In: Nicklas et al., S. 369–380.
- Simon, Titus (Hrsg.) (2005): Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Verlag Erich-Weinert-Buchhandlung.

- Simon, Titus et al. (2009): Es wächst nicht einfach Gras darüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Berlin: Bund der Deutschen Landjugend.
- SOR-SMC (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Exjugoslawen, Russlanddeutsche, Türken, Polen. Berlin: SOR-SMC.
- Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Stender, Wolfram (2008): Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland. In: Migration und Soziale Arbeit 3/4, S. 284–290.
- Stewen, Isabell (2009): Zwischen rechter Selbstdefinition und Stöckelschuhen. Ein Ausschnitt aus der Aufsuchenden Jugendarbeit mit Mädchen in rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Gruppen. In: Betrifft Mädchen 1, S. 36–40.
- Stiftung SPI (2009): Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Dialogstrategien für ein gleichberechtigtes Miteinander. Berlin: SPI.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, Richard (2003): Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen. In: Lynen von Berg/Roth, S. 95–100.
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (2. aktualisierte Auflage).
- Stöss, Richard (2008): Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 9 – neu). Berlin: FUB.
- Stöss, Richard (2009): Die extreme Rechte in Deutschland. Entwicklungen – Potenziale – Ursachen. Berlin: FUB.
- Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf (2009): Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune. In: Molthagen/Korgel, S. 15–22.
- Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim/München: Juventa.
- Tech, Daniel (2006): Flexicurity und beschäftigtenorientierte Unternehmensstrategie im Betrieb. Düsseldorf: edition der Hans-Böckler-Stiftung.
- The Pew Global Attitudes Project (2008): Unfavourable Views of Jews and Muslims on the increase in Europe. Washington, D.C.
- Thein, Martin (2009): Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie. Göttingen: Cuvillier Verlag.
- Violence Prevention Network (2009): Praktische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen. Fachtagung am 18. und 19. Dezember 2009. Tagungsdokumentation. Berlin: Violence Prevention Network.
- Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hrsg.) (2004): Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Universität Bielefeld/Amadeu Antonio Stiftung (2009): Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Präsentation der Studie am 13. November 2009 in Berlin. Material für die Pressekonferenz mit Kurzbericht zur Studie, Berlin.
- VAJA/Möller, Kurt (2007): Distanz(ierung) durch Integration. Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. Konzept, Praxis, Evaluation. Bremen: VAJA.

- Wahl, Klaus (Hrsg.) (1999): *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*, Berlin.
- Weber, Thomas (2010): *Anti-Parlamentarier im Parlament. Die rechtsextreme NPD im Kreistag des Landkreises Harz*. Magdeburg: OvG-Universität (MA-Arbeit).
- Wildt, Michael (2007): *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Wildt, Michael (2008): *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wilking, Dirk (2009): *Rechtsextreme Interventionen in Verein, Kirche, Feuerwehr – Welche Gegenstrategien hat die Zivilgesellschaft im ländlichen Raum?* In: *Landeszentrale*, S. 18–24.
- Wilson, Richard Ashby (Hrsg.) (2005): *Human Rights in the 'War On Terror'*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Winkler, Jürgen R. (2000): *Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme*. In: *Schubarth/Stöss*, S. 38–68.
- Wippermann, Wolfgang (2009): *Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft.
- Zeuner, Bodo et al. (2007): *Gewerkschaften und Rechtsextremismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ziege, Eva-Maria (2009): *Antisemitismus und Gesellschaftstheorie. Die Frankfurter Schule im amerikanischen Exil*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.





